

Roter Morgen

Zeitung der KPD

20. Jahrgang

18. April 1986

RM

Nummer 11

Bonn mordet mit!

Reagans Überfall auf Libyen

von HELMUT WEISS

Weit über einhundert Todesopfer, Hunderte von Verletzten, schwere Zerstörungen: Das ist das Werk Ronald Reagans. „Bomben auf Gaddhafi“ schwadroniert „Bild“ über diesen Massenmord, Verständnis für die amerikanische „Haltung“ bekundet der Bundeskanzler.

Niemand kennt die „unwiderlegbaren Beweise“ für eine libysche Beteiligung am Bombenattentat in Westberlin, die Reagan als Grund für seinen verbrecherischen Einsatzbefehl angeführt hat — aber viele wissen, was der amerikanische Geheimdienst CIA bereits alles an „Beweisen“ für alles mögliche fabriziert hat.

Alles dahingestellt: Es war nicht die erste amerikanische Aggression gegen Libyen, aber die brutalste und blutigste. Vorher war von „Beweisen“ ohnehin keine Rede.

Erst schießen, dann lügen

Reagan als blutiger Weltpolizist? Ein Akt der Selbstverteidigung? So wie beim Überfall auf Grenada. So wie bei den Überfällen auf Nicaragua. Wie beim CIA-gesteuerten Mord an Allende in Chile. Wie beim Überfall auf Kuba — die Liste ist zu lang. Kein übereifriger Polizist handelt da, sondern ein rücksichtsloser Imperialist und Menschenschlächter. Wenn von Verteidigung die Rede ist, kann es nur darum gehen, sich gegen diese Kette von US-Aggressionen zur Wehr zu setzen.

Libyen hat in den vergangenen Jahren zu jenen Staaten gehört, die in der Weltöffentlichkeit die schärfsten Kritiker der US-Politik waren — das ist der Grund für die aggressive Vorgehensweise der Rea-

gan-Regierung und nichts anderes. Alles andere sind billige Vorwände. Es soll eine Lektion sein: „Wer gegen uns ist, wird bestraft“ — so lautet die Botschaft Reagans.

Geißler fürs Grobe

Die Reaktionen in Westeuropa waren unterschiedlich. Zumeist wurde Reagans Bombenterror als „unklug“ oder „überzogen“ dargestellt — nirgends eine grundsätzliche Verurteilung. Nur London stimmte ausdrücklich zu. Kein Wunder: der Falklandkrieg winkt.

In Bonn äußerte der Kanzler Verständnis dafür, daß sich die USA „zur Wehr setzen“. Die groben Keile durften andere schwingen: Geißler und Dregger bejubelten den barbarischen Akt. Überall der Tenor: „unsere amerikanischen Freunde ...“. Nun: Reagan ist ihr Freund, das ist Tatsache und dies nicht trotz seiner Blutspur.

Von London aus gestartet, von Stuttgart aus kommandiert — so lief der amerikanische Überfall, die „europäischen Verbündeten“ machen bestenfalls taktische Einwände. Die Abkommen der BRD mit den USA könnten eine ernsthafte US-Forderung nach direkter Unterstützung untermauern. Schon einmal wurde „seit 5.45 Uhr“ zurückgeschossen, und Amerika wurde angeblich auch in Vietnam verteidigt — an der Logik des Imperialismus hat sich nichts geändert. In diesen Fußstapfen wandelt Ronald Reagan.

Hände hoch, Überfall — Nato-Land ist überall!

Die Fakten zeigen es erneut: Die NATO ist ein Kriegs Bündnis. Ein



Wie hier in Bochum — da waren es rund 1000 Teilnehmer — demonstrierten bereits am Dienstag Zehntausende in verschiedenen Städten der BRD gegen die US-Aggression auf Tripolis und Bengasi. Am Samstag wird es neben der zentralen Demonstration in Bonn auch noch zahlreiche örtliche Aktivitäten geben

wesentlicher Schritt zu ihrer Schwächung, ein wichtiger Beitrag zur Sicherung des Friedens für unser Land ist der Kampf dafür, daß die BRD aus der NATO austritt, nur über einen solchen Weg ist auch der Kampf gegen die NATO insgesamt erfolgreich zu führen. Alle NATO-Staaten (die ja nur beteuern, sie hätten Zeitpunkt und Umfang der US-Aggression nicht genau gekannt und damit selbst zugeben, daß sie natürlich grundsätzlich Bescheid wußten) sind an diesem Akt mitschuldig. Deshalb:

Stoppt die US-Aggression gegen Libyen!

Schluß mit der Bonner Unterstützung für die US-Aggression! Raus aus der NATO!

Kommt zur Demonstration in Bonn: Samstag, 19. April, 13 Uhr, Bonn/Bad Godesberg, Stadthalle Ebertstraße!

Das Votum

von HORST DIETER KOCH

Das Ergebnis des „Arbeitnehmer-Votums“ über die reaktionäre Änderung des § 116 AFG, zu dem der DGB aufgerufen hat, liegt bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe noch nicht vor.

Die bekannt gewordenen betrieblichen und örtlichen Ergebnisse deuten aber darauf hin, daß erstens unter Berücksichtigung der kurzen Zeit, die zur Vorbereitung und Durchführung dieser Aktion verblieb, die Beteiligung an der Abstimmung sehr eindrucksvoll war, daß zweitens das Abstimmungsergebnis für die Regierungskoalition vernichtend ausgefallen ist.

Kurz: Der Ausgang des Arbeitnehmer-Votums dürfte überdeutlich bestätigt haben, daß die Mehr-

heit der Bevölkerung diese einschneidende Einschränkung des Streikrechts ablehnt.

Die absehbaren regierungsamtlichen Stellungnahmen, die den repräsentativen Charakter der Abstimmung und das Abstimmungsverfahren anzweifeln werden, können nur verstanden werden als Versuch, von dieser eindeutigen Bekundung des politischen Willens der Arbeiter und Angestellten abzulenken.

Daß der Ausgang der Abstimmung allerdings die Entscheidung im Bundesrat noch beeinflussen wird, kann nicht erwartet werden. Darum kommt es nach dieser Abstimmung um so mehr darauf an, in den Gewerkschaften konkret zu diskutieren, wie der Kampf gegen die Einschränkung des Streikrechts weitergeführt werden soll.



ANTI-NATO: Der Kongreß „Kein Frieden mit der NATO“ tagte am vergangenen Wochenende und verabschiedete fast einstimmig eine Resolution — Mehr dazu auf Seite 5. **SKANDAL:** Die „Stuttgarter Kanaken-Zeitung“ sorgt für Furore: Sie enthüllte den DM-Deal im Wohnungsamt. Selbst Rommel

blieb da nichts zu vertuschen — Chronologie und Artikel eines gar nicht seltenen Skandals auf Seite 13. **SPD:** Und diese Woche „zum Thema“: Die Wirtschaftspolitik der SPD, mehr als nur der Streit Fahrtmann gegen Roth — Seiten 7 bis 10.



Lummer ab-Diepgen da?

Nun mußte er also doch gehen, Lummers Heinrich. Der Mann mit dem Salami-Gedächtnis hatte den Dreck an seinem Stecken nicht länger verbergen können. Geschäfte mit Waffenhändlern und libanesischen Falange-Killern hatten dazu ebensovienig ausgereicht wie seine Beziehungen in die örtliche Unterwelt. Erst seine Finan-



zierung von Nazi-Aktivitäten war zuviel. Glaubt da jemand, diese paar Tausender wären das einzige gewesen, was er in dieser Richtung unternommen hätte? Seine gesamte präfaschistische Politik spricht dagegen.

Nicht vergessen: Es war der heutige Bundespräsident, der diesen Mann ins Amt holte. Und keiner soll glauben, die Tatsachen über Lummer seien damals in jenen Kreisen unbekannt gewesen.

Auch nicht vergessen: Lummer ist nur die Spitze des Eisberges der Beziehungen zwischen der Westberliner CDU und verbrecherischen Aktivitäten. Daß drei Senatoren auf einmal gehen mußten, ist zwar hierzulande selten, bedeutet aber gar nichts, verglichen mit den Zuständen und Vorgängen, die da ans Tageslicht kamen.

Erst recht nicht vergessen: Dieser Senat hat einen Chef. Und dieser nahm „seine“ Leute bis zum letzten Augenblick gegen die Enthüllung der Wahrheit in Schutz und konnte selbst nicht leugnen, beteiligt zu sein.

Neuwahlen wären das einzig angebrachte. Damit soll gar nicht in die unter den Linken stets aufbrechende Debatte eingegriffen werden, ob das denn nun der Festigung des Systems diene oder nicht — diese erschien noch selten so überflüssig wie diesmal. Oder kann sich jemand vorstellen, daß eine Wahl, die unter dem Vorzeichen von kriminellen Akten von Senatoren, ihren Verbindungen zu Faschisten usw. stattfindet, tatsächlich der Reaktion nützen könnte?

(hrw)

Stur

25 Anträge, Norbert Blüm aus der IG Metall auszuschießen, hat die zuständige Verwaltungsstelle Dortmund der IGM bisher abgelehnt. Auch der mit großer Mehrheit gefaßte Antrag der 14. Jugendkonferenz wird nichts bewirken.

Als Begründung führte Gerd Kappelhoff von der Verwaltungsstelle Dortmund gegenüber der „Welt der Arbeit“ an: „Blüm sei nicht als IG-Metall- sondern als CDU-Mitglied Minister geworden.“ (!)

Über Zweitverdiener und Hinzuverdiener

Bei den laufenden Tarifverhandlungen fordert die IG Metall im Bezirk Nordwürttemberg/Nordbaden 150 DM mehr für die unteren Lohngruppen, mindestens aber 7 Prozent mehr Lohn und Gehalt. (Bisheriger Tariflohn in den unteren Lohngruppen: 9,55 bzw. 10,03 DM)

Die Unternehmer haben diese Forderung bisher strikt abgelehnt. Mit welchen unglaublichen Argumenten, wurde erst in der letzten Woche bekannt. „Wissenschaftlich“, mit dem Ergebnis einer Umfrage in Mitgliedsfirmen des Baden-Württembergischen Arbeitgeberverbandes haben die Unternehmer nämlich erklärt, warum es einen „sozialen Bedarf“ zur Anhebung der Löhne in den unteren Lohngruppen ihrer Ansicht nach nicht gibt:

„Wissenschaftliches“ Ergebnis Nr. 1: 90 Prozent der Beschäftigten in den unteren Lohngruppen sind Frauen. (Und daß Frauen weniger verdienen als Männer ist ja schließlich bekannt, oder?)

„Wissenschaftliches“ Ergebnis Nr. 2: 62 Prozent dieser Frauen sind „Zweitverdiener“, die „zum Familieneinkommen hinzuverdienen“. (Und deshalb müssen sie erst recht weniger verdienen als Männer, denn sonst wären sie ja keine „Zweitverdiener“, oder?)

„Wissenschaftliches“ Ergebnis Nr. 3: 24 Prozent sind Alleinstehende ohne Kinder. 11 Prozent haben entweder einen Ehegatten oder Kinder zu versorgen. (Daß diese Gruppe weniger verdienen muß, ist auch logisch, schließlich kann

jemand, der nur eine unvollständige Familie versorgt, kein vollständiges Einkommen beanspruchen, oder?)

„Wissenschaftliches“ Ergebnis Nr. 4: Nur 3 Prozent der Beschäftigten in den Lohngruppen I bis III müssen „eine Frau und Kinder“ ernähren. Ja, und hier gäbe es nun eigentlich einen „sozialen Bedarf“ auf Anhebung, wenn, ja wenn dem nicht das „wissenschaftliche“ Ergebnis Nr. 5 entgegenstünde. Denn dieses „wissenschaftliche“ Ergebnis Nr. 5 besagt, daß lediglich 0,2 Prozent der Privathaushalte in Baden-Württemberg zusätzlich zum Erwerbseinkommen Sozialhilfe beziehen.

Wonach also „wissenschaftlich“ einwandfrei bewiesen wäre, daß ein „sozialer Bedarf“ auf Anhebung lediglich für einen Bruchteil von 0,2 Prozent der Beschäftigten in der Metallindustrie Nordbaden/Nordwürttemberg besteht. Und darüber lohnt sich nach Ansicht der Arbeitgeber das Verhandeln eben nicht.

Nach Zeitungsberichten soll es über diese Unverschämtheiten der Unternehmer zu „lebhaften Auseinandersetzungen“ bei der letzten Verhandlungsrunde gekommen sein. Allerdings hat sich der Protest der IG Metall über die Diskriminierung der Metallarbeiterinnen durch die Unternehmer bisher in Zimmerlautstärke gehalten. Zumindest ist die Öffentlichkeit durch etwaige lautstarke Proteste seitens der IG Metall nicht gerade aufgeschreckt worden.

Sozialhilfe-Aktionen

Mitte April trafen sich in Frankfurt Vertreter/innen von 110 örtlichen Sozialhilfeinitiativen aus sechs Bundesländern. Sie beschlossen für Oktober einen bundesweiten Aktionstag gegen die sich „verschlechternde wirtschaftliche und soziale Lage“ der Sozialhilfeempfänger. Schwerpunkt der Aktionen soll das Ruhrgebiet sein, wo die langanhaltende hohe Arbeitslosigkeit für viele Menschen ins soziale Elend geführt hat.

10 Jahre RASD

Vor zehn Jahren wurde die Demokratische Arabische Sahara-Republik gegründet. Unter der Führung der Frente Polisario wurden seitdem sowohl die Angriffe Mauretaniens als auch teilweise Marokkos auf das Gebiet der Westsahara zurückgeschlagen. Der marokkanisch besetzte Teil der Westsahara ist seit Jahren von einem Wall umgeben, um die weitere Demoralisierung der Armee Hassans durch Guerilla-Angriffe zu verhindern. Dieses massive Vorgehen Marokkos (ohne die Unterstützung der USA und vor allem Frankreichs, aber auch der BRD unmöglich) hat zwar einerseits zu militärischem Erfolg geführt, andererseits das Land aber in eine ruinöse Schuldenpolitik gestürzt — und in die politische Isolation, die zum Austritt Marokkos aus der OAU führte. In der Sahara-Republik selbst sind nach dem Abzug der spanischen Kolonial-

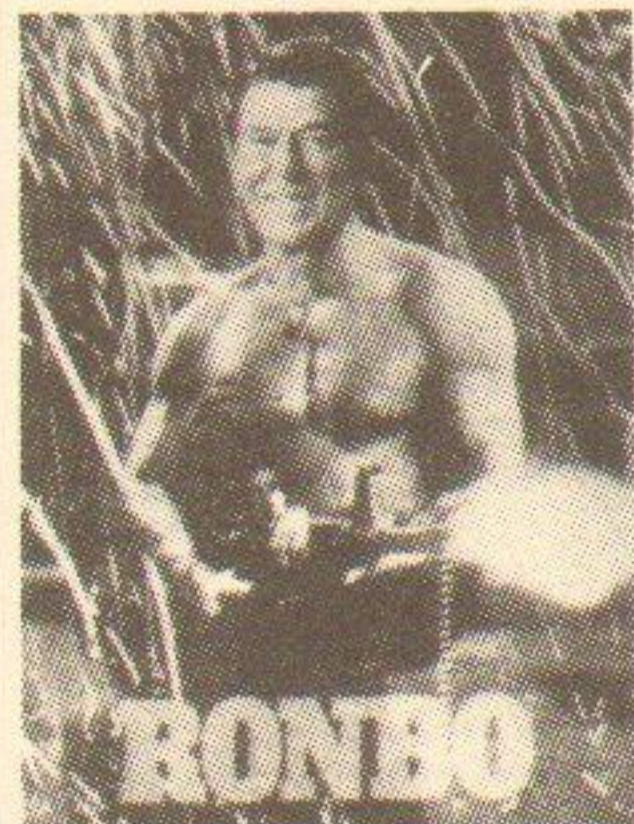
macht erstmals Schulen und medizinische Betreuung eingeführt worden.

Aus Anlaß des 10. Jahrestages der Gründung der RASD betonte der Vorsitzende der Frente Polisario, Mohammed Abdelaziz, daß seine Organisation und die RASD bereit seien, jederzeit Verhandlungen mit Hassan zu führen, aber nicht über dessen Angebot einer begrenzten Autonomie innerhalb Marokkos.

US-Privatinitiative

So sehr sich Ronald Reagan auch anstrengt, immer aggressiver gegen die sandinistische Regierung vorzugehen — seinen Hinterleuten geht dies alles nicht schnell genug. Erst in diesen Tagen organisierte der „Council for National Policy“ erneut eine Millionenspende an die Contras.

Der CNP ist seit längerem (seit 81 genau) der Dachverbund aller Rechten und Rechtsradikalen in den USA, wird vor allem vom Reaganischen „Think tank“ der Heritage Foundation gemagt und vereint in seinen Reihen nahezu alles, was berüchtigt reaktionär ist. Die Leute, die diese private Initiative starteten, unter anderem: Joseph Coors, größ-



ter Bierbrauer der USA, Sponsor von Heritage und CNP; Jerry Falwell von der „moral Majority“; Jesse Helms, Rechtsaußen Senator; Nelson Bunker Hunt, bekannt als „Silberkönig“ und Finanzier der John Birch Society; General John Singlaub von der Antikommunistischen Weltliga und General Daniel Graham, Organisator der Pressekampagne

für SDI; und viele andere mehr oder weniger bekannte, aber allesamt berüchtigte Gestalten.

Tödliches Gas

Nach der Genfer Konvention ist CS als Kriegswaffe geächtet. Auch die Bundesrepublik hat sich per Unterschrift selbst verpflichtet, im Kriegsfall das Lähmungsgas CS nicht einzusetzen.

Trotzdem wurde es 1981 für die Polizei in den unionsregierten Ländern angeschafft. Trotzdem wurde es Ostern 1986 zum ersten Mal in großem Umfang gegen Demonstranten eingesetzt. Wortbruch kann man der Bundesregierung deshalb nicht vorwerfen. Denn schließlich handelte es sich Oster 1986 in Wackersdorf nicht um einen Kriegsfall, sondern um eine Demonstration.



Daß Alois H. ein Opfer des CS-Einsatzes im Nicht-Kriegsfall Wackersdorf geworden ist, wird sich niemals endgültig beweisen lassen. Genauso wie sich nicht beweisen ließ, daß der 19-jährige Polizist, der 1982 einen Tag nach einer CS-Gasübung im Baden erkrankte, durch die Waffe CS starb. Denn CS ist im Körper schwer nachzuweisen.

Aber zwei Todesfälle, bei denen der dringende Verdacht besteht, daß sie durch den Einsatz von CS hervorgerufen wurden, sind bereits mehr als genug. Der Einsatz von CS muß sofort verboten werden.

Streiks gegen Rationalisierung

Mit mehrstündigen Arbeitsniederlegungen protestierten

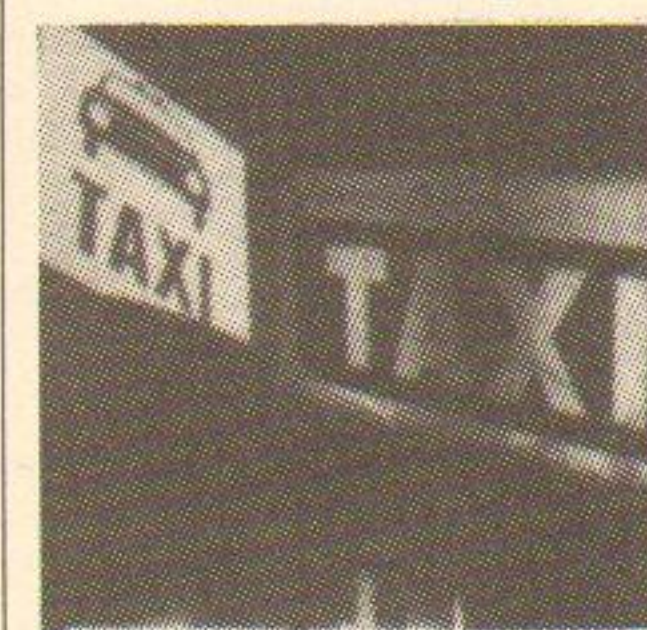
Anfang der Woche 400 technische Zeichner in sechs Fernmeldeämtern der Bundespost gegen die Einführung neuer Personalbemessungswerte. Dadurch würden ca. 900 der jetzt 3 500 Arbeitsplätze für technische Zeichner bei der Post vernichtet.

Schwarz-Schilling wollte die Streiks per einstweiliger Verfügung verbieten lassen, unterlag aber vor dem Frankfurter Arbeitsgericht.

Nachttaxi für Frauen

Jetzt ist es endlich da — das erste Nachttaxi für Frauen. Seit der letzten Woche haben Mädchen und Frauen in Bielefeld die Möglichkeit, zwischen 20.00 Uhr abends und 5.00 Uhr morgens zum Einheitspreis von 2,50 DM Taxis zu benutzen. Den Rest des Fahrpreises zahlt die Stadt. Bewilligt sind zunächst 200 000 DM dafür.

500 000 DM für den gleichen Zweck hat der Kölner Stadtrat jetzt bewilligt. Nachttaxis soll es in Köln voraussichtlich ab September geben. Der Fahrpreis soll maximal 3 DM betragen.



Sackgasse

Als Sackgasse erweisen sich auch nach Ansicht der Bundesanstalt für Arbeit die befristeten Arbeitsverträge, weil sie oft „zur Abdrängung in einen dauerhaft instabilen Berufsverlauf“ führen.

Eine Untersuchung des Bundesarbeitsministeriums belegt das. Danach hatten 1982 nur 15 Prozent von Arbeitslosen aus dem Jahre 1977, die zwischenzeitlich eine befristete Beschäftigung ausgeübt hatten, eine feste Anstellung. 65 Prozent hatten keine feste Anstellung gefunden. 20 Prozent schieden aus dem Berufsleben aus.

Willkommener Besuch

Da war wieder einer in Bonn. Einer von denen, die da so gerne gesehen werden. Und sie nannten ihn „Präsident“. Und verlangten — natürlich — weitere demokratische Öffnung. Er hieß diesmal nicht Evren, nicht Pinochet oder Botha, nicht Stroessner oder Papadopoulos. Sondern einfach Chun.

Chun — zur Erinnerung: das Blutbad von Kwangju, die Tausende politischer Häftlinge, die 150 verbotenen Zeitungen, die Gleichschaltung des Staatsapparates, die Zerschlagung der Gewerkschaften. Das scheint eine demokratische Leistungsbilanz, wie man sie in Bonn liebt. Zur Erinnerung auch dies: Zwei Wahlen hat er durchführen lassen. Das erste Mal, unter seinem Kriegerrecht, bekam er 3/4 aller Stimmen. Das zweite Mal, unter gelockertem Kriegerrecht nur ein Drittel — aber sein eigenes Wahlsystem genügte, um seiner Partei zwei Drittel aller Sitze zu sichern. Übrigens: Streiks der zugelassenen Betriebsgewerkschaften sind erlaubt — sofern der Unternehmer zustimmt. Dafür gibt es eine durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit, die während seiner Diktatur von 49 auf 53 Stunden angestiegen ist.

Mit Südkorea winken gute Geschäfte, außerdem ist Tokio dort wieder so gut im Rennen (beteiligt an allen vier Seouler Multis), warum sollte die Bundesregierung gerade da Skrupel bekommen oder die Presse gerade da Wahrheiten verbreiten? Außerdem hofft man notfalls auf eine Lösung à la Manila, schließlich sind es ohnehin die USA, die bestimmen, was in Südkorea passiert. Als 1980 Hunderte von Jugendlichen in Kwangju ermordet wurden, konnte dies erst geschehen, nachdem das Pentagon grünes Licht gegeben hatte.

Jeder sucht sich eben seine Freunde selbst — nur darf er sich nicht wundern, wenn er entsprechen beurteilt wird.

(hrw)

Roter Morgen

Herausgeber: ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) KPD Verlag Roter Morgen GmbH, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321000290. Verlag Roter Morgen, Tel.: 0231/433691. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Platzmann-Druck, 4600 Dortmund.

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich Freitags. Einzelpreis 1,50 DM, Abonnement: 40 DM für 1 Jahr, 20 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Dem „Roten Morgen“ liegt viermal im Jahr die „Gemeinsame Bellage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAUHD (A), FAU-R, GIM, KG (NHT), KPD, PA“ bei.



Landesweite Demo für das FAP-Verbot

Das 5. Ruhrgebietstreffen antifaschistischer Initiativen, das am 5. April in Duisburg stattfand, beschloß den folgenden

Aufruf zur landesweiten Demonstration für Auflösung und sofortiges Verbot der FAP am 21. 6. 86 in Duisburg

In Nordrhein-Westfalen häufen sich besonders in letzter Zeit Überfälle von neofaschistischen Gruppierungen und ihrem Umfeld. Der größte Teil dieses faschistischen Terrors geht auf das Konto der FAP (Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei). In ganz NRW hat sich diese Organisation Gruppierungen geschaffen.

Im Januar wurde in Duisburg ein junger Gewerkschafter von FAP-Leuten mit einer Gaspistole überfallen und schwer verletzt.

Unter der Losung: „Aus der Geschichte lernen, FAP verbieten, den Terror stoppen“, fordern im Rahmen der „Landesweiten Initiative zum Verbot der FAP“ schon jetzt Tausende von Bürgerinnen und Bürgern in NRW die Unterbindung jeglicher Nazi-Propaganda und jeder Naziaktivität, sowie das sofortige Verbot der FAP.

Bundestagsabgeordnete, Mitglieder des Europaparlaments, Landtags- und Gemeindeabgeordnete, über 300 Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre sowie Widerstandskämpfer, Pfarrer und andere Persönlichkeiten haben sich diesem Aufruf angeschlossen.

Einem eindeutigen Beschluß der Landesbezirkskonferenz des DGB NRW zufolge, ist der „Rechtsradikalismus“ in all seinen Erscheinungsformen zu bekämpfen.

Das Ruhrgebietstreffen der örtlichen antifaschistischen Initiativen unterstützt die landesweite Initiative.

Die FAP ist eine neofaschistische Organisation, die als Ersatz der am 7.12.83 durch den Bundesinnenminister verbotenen „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten“ (ANS/NA) tätig ist.

Die FAP verherrlicht bis heute den 2. Weltkrieg. Sie strebt für die Bundesrepublik eine neue „Volksgemeinschaft“ mit einer Führerelite an. Sie strebt nach einem neuen „Großdeutschland“ und meldet Besitzansprüche auf Gebiete anderer Länder an. Damit gefährdet sie das friedliche Zusammenleben mit unseren Nachbarn in Ost und West.

Die FAP ist gegen die Arbeiterbewegung und alle fortschrittlichen Kräfte, sie predigt Rassenhaß und Ausländerfeindlichkeit.

Aus diesem Grund und vor dem Hintergrund der NRW-weiten faschistischen Umtriebe rufen wir zu einer landesweiten Demonstration am 21.6.86 in Duisburg auf. Der Kontrollrat der Alliierten der Anti-Hitler-Koalition hat nach dem 2. Weltkrieg Rechtsvorschriften zur Befreiung des deutschen Volkes erlassen. Wie Artikel 139 des Grundgesetzes bestätigt, sind diese Rechtsvorschriften nach wie vor gültig. Faschistische Organisationen und Parteien sind demzufolge illegal. Trotzdem ist die FAP — auch in Nordrhein-Westfalen — sogar zu verschiedenen Wahlen zugelassen worden und kann, staatlich gedeckt durch Polizei und Gerichtsurteile, ihre Tätigkeit mit dem Anschein der Legalität entfalten. Die FAP muß stattdessen vom Landesinnenminister und vom Bundesinnenminister sofort aufgelöst und verboten werden. Dies wäre ein Schritt, den Spielraum faschistischer Organisationen und faschistischer Propaganda einzuengen. Wehret den Anfängen!

Wir fordern die Unterbindung jeglicher Nazi-Propaganda und jeder Naziaktivität!

Wir fordern die Auflösung und das sofortige Verbot der faschistischen FAP!

Treffen antifaschistischer Initiativen

Etwa 90 Antifaschistinnen und Antifaschisten aus 19 Orten des Ruhrgebiets, Westfalen-Lippe und des Rheinlands waren am 5.4. zum 5. Ruhrgebietstreffen antifaschistischer Initiativen gekommen.

Nach den Berichten aus den Orten stand die Gestaltung der landesweiten Demonstration für sofortiges Verbot und Auflösung der FAP im Mittelpunkt der Beratungen. Als Demonstrationstermin wurde der 21. Juni bestätigt. Am Abend des selben Tages findet in Detmold eine regionale Protestaktion gegen die Sonnenwendfeier der Nazis, deren Kern dort die Kühnen-Truppe im Gewand der FAP, des Jugendbundes Cherusker usw. stellt, statt.

Die Anti-FAP-Demonstration in Duisburg wird immer mehr zu einer Aktion, die von breitesten Teilen der antifaschistischen Bewegung NRWs — mit Schwerpunkt im Ruhrgebiet — getragen wird. Unter anderem wird das auch auf den geplanten beiden Kundgebungen (Auftakt- und Abschlußkundgebung) in Duisburg zum Ausdruck kommen. Als Redner sind Vertreter der SPD im Landtag (nach Möglichkeit ein Gewerkschafter), der Grünen, ein antifaschistischer Stadtrat, eine Vertreterin bzw. ein Vertreter unserer ausländischen Mitbürger, ein Vertreter des Widerstandes, der Kriche und Sprecher örtlicher antifaschistischer Zusammenschlüsse (sicher: Dortmunder Antifa-Forum, Duisburg, eventuell: Gelsenkirchen) sowie ein Vertreter einer autonomen antifaschistischen Initiative vorgesehen. Unter den Autonomen ist die Unterstützung der Kampagne umstritten, weil viele die politische Bedeutung dieser Bewegung vollkommen unterschätzen. Dennoch gibt es autonome Gruppen, die sich in die Kampagne einreihen.

Im übrigen ist festzustellen, daß auf Grundlage des teilweise schon zwei oder mehr Jahre dauernden örtlichen Bemühens um gemeinsame antifaschistische Initia-

tiven die Bereitschaft zur intensiven und mit immer weniger Vorbehalten belastete Zusammenarbeit von Antifaschisten verschiedener Organisationszugehörigkeit in letzter Zeit wesentlich gestärkt worden ist, ohne daß übersehen werden könnte, daß es — vor allem an Orten, wo eine solche Entwicklung erst anfängt, bzw. bei höheren Funktionären bestimmter Organisationen — dabei z. T. erhebliche Widerstände zu überwinden gibt.

Am 18.4. werden auf einem Treffen des vom Ruhrgebietstreffen eingerichteten (offenen) Koordinationsausschusses weitere Einzelheiten festgelegt. Mehr dazu im nächsten RM.

Ernst Thälmann 100 Jahre



Am 16. April jährt sich zum 100. Mal der Geburtstag von Ernst Thälmann. Fast 42 Jahre nach seiner Ermordung steht sein Mörder endlich vor Gericht.

Die BRD, deren Justizorgane sich so lange weigerte, den Mörder zur Rechenschaft zu ziehen, kennt auch an diesem Jahrestag keine Ehrung für den Mann, der sowohl an der Spitze der revolutionären Arbeiterbewegung als auch des antifaschistischen Widerstands gestanden hat.

Mit dem Namen Ernst Thälmann ist die Entwicklung der KPD zur Massenpartei der Arbeiterklasse auf das Engste verbunden. Mit seinem Namen ist verbunden der konsequente Kampf gegen Kapitalismus, Imperialismus und Reaktion, gegen den Faschismus. Auch er war, wie jeder andere, nicht frei von Fehlern und Irrtümern: Aber sie geschehen, wie alles was er tat, im entschiedenen Kampf für ein sozialistisches Deutschland.

Nicht umsonst gehörte Ernst Thälmann zu den ersten, die von der barbarischen Nazi-Diktatur eingekerkert wurden, nicht umsonst war er über ein Jahrzehnt lang der wichtigste Häftling der Nazis, der stets ungebrochen blieb. Nicht umsonst auch bleibt er von den Herrschenden in der BRD ungeehrt.

Um so mehr Grund für alle Revolutionäre in der BRD, ihn, unabhängig von sonstigen Standpunkten, erst recht zu ehren als einen der bedeutendsten Revolutionäre der deutschen Geschichte. Im Geiste Thälmanns kämpfen — das kann nicht heißen, seine Politik kopieren zu wollen, das muß heißen, entschieden einzutreten für die Interessen der Arbeiterklasse, für die proletarische Revolution, für den Sozialismus.

Brasilianischer Gewerkschaftsverband gegründet

Am vorletzten Wochenende versammelten sich mehrere Tausend Delegierte verschiedener regionaler und nationaler Gewerkschaftsdachorganisationen sowie von zahlreichen Einzelgewerkschaften, um mit der CGT den einheitlichen Gewerkschaftsbund Brasiliens zu gründen.

Diese Gründung war nicht nur durch eine landesweite Kampagne, sondern auch durch zahlreiche Teilkonferenzen, auf denen es Kampfabstimmungen über die Gründung des nationalen Verbandes gab, vorbereitet worden. Insbesondere die nationale Konferenz der arbeitenden Frauen, deren 6000 Teilnehmerinnen einstimmig für die Gründung gestimmt hatten, war der Durchbruch auf diesem Weg, dem sich allerdings eine der wichtigsten Gewerkschaften, die CUT bis zuletzt widersetzte. Lula und seine Anhänger werden sich nun überlegen müssen, ob sie als einzige „außen vor“ bleiben wollen.

Streik für mehr Freizeit und Lohn



Auf 29 Schiffe unter bundesdeutscher Flagge hatte sich Anfang der Woche der Streik der Seeleute ausgeweitet. Die ÖTV fordert mehr Lohn und 30 Tage mehr Freizeit. Der Schlichtervorschlag will den Seeleuten lediglich 3 (!) Tage mehr Urlaub und 2,88 Prozent mehr Heuer zubilligen. Die Reeder konterten die Forderung nach mehr Freizeit gar mit der Forderung nach Wiedereinführung der 56-Stunden-Woche.

tips Medien-Dschungel

Nützliche Gebrauchsanweisung für den „richtigen Umgang“ mit Presse, Funk und Fernsehen hat die Initiative „Journalisten warnen vor dem Atomkrieg“ herausgegeben. Das 80 Seiten umfassende Buch enthält zahlreiche Hinweise und Adressen für jene, die in den Medien zu



kurz kommen: Wie schreibt man Leser- und Hörerbriefe? Wie organisiert man eine Pressekonferenz? Wie formuliert man eine Presseerklärung? Wie setzt man eine Gegendarstellung durch? Das Mediendschungelbuch, Rotation Verlag, Berlin, 80 S., 10 Mark.

VoBo-Boykott

Was man machen kann, damit Mikrozensus und Volkszählung ins Wasser fallen, soll beraten werden: in Bochum (19./20. April in der Evang. Studentengemeinde, Querenburger Höhe/Unicenter). Diskussionspunkte sollen sein: 1. Zusammenhang und politische Bedeutung von Mikrozensus und Volkszählung, 2. Politische Einschätzung der Kampagne gegen die Sicherheitsgesetze, 3. Organisation und Koordination des Mikrozensusboykotts. Die Vorbereitungspapiere (Rundbriefe zum Mikrozensus) können angefordert werden bei:

VoBo-Gruppe c/o Politische Buchhandlung, Universitätsstr. 26, 463 Bochum

Sinn Fein-Delegation

Auf Einladung der Zeitschrift „Irland-Informationen“ werden Danny Morrison und Breige Brownlee von der irischen Sinn Fein-Partei, die gemeinhin als „politischer Arm“ der IRA bezeichnet wird, die Bundesrepublik besuchen, und zwar vom 27. Mai bis 8. Juni.

In einer Reihe von Städten werden Informationsveranstaltungen organisiert — Berlin, Münster, Offenbach, Aachen,



Bonn und Braunschweig. Aber es gibt noch Tage, die nicht verplant sind. Asten, politische Gruppen u.a., die an der Ausrichtung einer örtlichen Veranstaltung interessiert sind (und wer die genauen Termine der bereits geplanten Veranstaltungen wissen will), möge sich an die Zeitschrift „Irland-Informationen“ wenden: c/o D. Schulze-Varmeling, Zum Gründchen 21, 4417 Altenberg, Tel.: (02505) 3234.

Auch in diesem Jahr rufen Vertreterinnen von Organisationen aus der Frauenbewegung, von Gewerkschaften und verschiedenen Parteien wieder zu einer Aktion am Muttertag in Bonn auf.

Im Aufruf für die Aktion heißt es u. a.:

„Frauen, am 10. Mai wird wieder der Muttertag gefeiert — jener „Ehrentag“ für Frauen, an dem ein paar Blumen und Pralinen über frauenfeindlichen Alltag und frauenfeindliche Politik hinwegtrösten sollen. Bereits zweimal haben wir „Putz“ in Bonn gemacht. Wir haben der „Wenderegierung“ und allen Patriarchen in Bund und Ländern gezeigt, daß Frauen nicht bereit sind, ihre Politik länger hinzunehmen. Auch im dritten Jahr haben wir reichlich Anlaß zum Protest. (...)

Wir fordern:

Selbstbestimmungsrecht

und Straffreiheit der Frau beim Schwangerschaftsabbruch! Für viele von uns heißt das, daß der § 218 ersatzlos aus dem Strafgesetzbuch gestrichen werden muß. Andere treten für eine Fristenregelung ein.

Jede sexuelle Gewalt, auch Vergewaltigung in der Ehe, muß strafbar sein!

Bundeseinheitliche und kostendeckende Pauschalfinanzierung der Frauenhäuser und Beratungsstellen für Frauen in Problemsituationen.

Verbot aller Gen- und Reproduktionstechnologien, die Menschenwürde und Selbstbestimmung mißachten.

Gleichstellung

im Erwerbsleben, gesellschaftlichen Einrichtungen und Teilung der gesamten gesellschaftlichen Arbeit zwischen Frau und Mann.

Radikale tägliche Arbeitszeitverkürzung, als Einstieg 35-Stunden-Woche jetzt! Schaffung neuer Arbeitsplätze!

Sozialversicherungspflicht und tarifliche Absicherung

Aktion Muttertag '86



jeder Erwerbsarbeit von der ersten Stunde an! Rücknahme des Beschäftigungsförderungsgesetzes! Verbot von KAPOVAZ, Job-sharing und jeder Form von elektronischer Heim- und Fernarbeit!

Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit!

Quotierung, d. h. Bevorzugung bei Ausbildung, Einstellungen und Beförderungen, bis Frauen in allen Bereichen anteilmäßig und gleichberechtigt beteiligt sind; Frauenförderungspläne in allen Bereichen!

Ausreichendes Kindergeld für jedes Kind, drei Jahre bezahlten Elternurlaub (aufgeteilt zwischen Vater und Mutter) mit Arbeitsplatzgarantie, ausreichende gesellschaftliche Einrichtungen für Kinder und zur Entlastung von Haus- und Familienarbeit.

Existenzsichernde Grundrente für Frauen! Anerkennung von Erziehungszeiten für alle Frauen, auch rückwirkend! Auch alte Menschen haben das Recht, ihre Wohnform selbst zu bestimmen.

Frieden, Abrüstung, internationale Solidarität

Schluß mit der militärischen Verplanung von Frauen und Männern! Keine Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr!

Stopp und Zurücknahme der Stationierung neuer Atomraketen in der Bundesrepublik und Europa.

Schluß mit dem Rüstungswahnsinn und Verzicht auf alle atomaren, biologischen, chemischen und konventionellen Waffen im Weltraum und auf der Erde! Kein SDI und kein EVI!

Sofortiger Abbau der Rüstungshaushalte!

Atomteststopp, ABC-Waffen-freie Zone in Europa und der ganzen Welt, Abrüstungsvorleistungen der Bundesregierung!

Stopp den Rüstungsexporten! Vollständige Abrüstung in Ost und West!

Wir rufen auf: Machen wir der frauenfeindlichen Politik der Regierenden einen Strich durch die Rechnung! Eine ganz andere Politik muß her!

Frauen, schließt euch zusammen! Demonstriert für eure Interessen und Forderungen! Macht Druck! Nur dann wird sich etwas verändern. Dann wird keine Regierung, keine Partei, kein Patriarch mehr an uns vorbeikommen! Mischt euch ein in die Auseinandersetzungen im Wahlkampf, meßt die Parteien an ihren Taten und unseren Forderungen!

Frauenrecht ist Menschenrecht, Menschenrecht ist Frauenrecht.

(...)

Demonstration: 10. 5. 86, 10.30 Bonn-Endenich

Die Kritik am Film „Rosa Luxemburg“ ist vielfältig:

„Ein Film zeigt immer nur das, was er zeigt, alles kann er nicht zeigen. Was also zeigt uns Margarethe von Trotta von Luxemburg: die Liebende, die Revolutionärin, die Theoretikerin, das Opfer? Mir scheint: von allem ein Bißchen, den kleinsten gemeinsamen Nenner, von keiner die radikalste Seite, das ist es, was ihr Portrait so unähnlich erscheinen läßt mit dem Bild, das die Geschichte in uns von Rosa eingegraben hat.“ (Gertrud Koch, „konkret“)

„Margarethe von Trotta Film schlägt sich auf die Seite derer, die die Briefeschreiberin um die Politikerin prellen. Heutzutage geht das, weil wir im Kabinett politischer Charaktere eine Figur installiert haben, die das Menschliche und das Politische immer schon in sich vereint: die „Frau“. (Barbara Huhn, taz)

„Doch ganz im Gegensatz zu ihrer Heldin — die nur eines in ihrem Leben rigoros aus ihrer Politik herausholt: ihr Frausein — ganz im Gegensatz dazu machte die Regisseurin, die in den Jahren des Aufbruchs der neuen Frauenbewegung begann, ihr Frausein bisher immer zum Thema. Das Trotta nun ausgerechnet eine der wenigen Frauen, die an dem Punkt so schmerzlich versagt haben, so kritiklos präsentiert, bedeutet einiges. Frauenpolitisch ist das eine Anbiederung an die Männer.“ (Alice Schwarzer, „Emma“)

Der Film „unterwirft seine Titelfigur einem gnadenlosen Verkleinerungsverfahren, nach dem keiner mehr begreift, wie die, die zu sein sie behauptet, geschichtliche Wirkung entfalten konnte. Es ist ihm vor allem um eine Allerweltsweisheit zu tun: (...) daß hinter einer dezidiert politisch-literarischen Existenz auch nur ein Mensch — pardon, nur eine Frau stand. Das Fatale daran ist, daß Margarethe von Trotta mit diesem „nur“ bitter ernst macht, ohne zu merken, daß sie damit noch die schlichteste Lebensäußerung banalisiert.“ (Karsten Visarius, „Frankfurter Rundschau“)

Etwas irritiert dadurch, daß in der weiblichen Kritik der Film in der Regel besser wegkommt als in den männlichen Verrissen, gehe ich ins Kino. Wird der Trotta-Film der Roten Rosa, dem „Adler“, wie Lenin sie nannte, gerecht?

Es ist ein gewagtes und mutiges Unternehmen von Margarethe von Trotta, ausgerechnet die umstrittene und selbst so widersprüchliche Person Rosa Luxemburg zu verfilmen. Ein Spielfilm ist kein Dokumentarfilm, und in 120 Minuten wird keiner ein vollständiges, alle Aspekte ausschöpfend behandelndes Portrait erwarten können. Ein Spielfilm ist immer ein subektiver

Die Rosa der Trotta

von JÜRGEN TOBEGEN



Film, eine Interpretation der Filmemacherin, die Widerspruch hervorrufen muß, je nachdem mit welchem Luxemburg-Bild im Kopf der Besucher sich den Film ansieht. Doch da liegt gerade der Reiz für diesen Film.

Margarethe von Trotta will die Frau hinter der Frau zeigen, sie will den Widerspruch zwischen dem politischen Engagement der Rosa und ihren persönlichen, privaten Wünschen, Sehnsüchten und Hoffnungen ergründen. Eine durchaus positive Absicht, die im Film leider ins Gegenteil abgleitet.

Wir erleben die Rosa der Briefe, die um ihr politisches und theoretisches Werk und damit um ihre Gefährlichkeit geprellt wird. Die Briefe werden uns oft ohne den konkreten Bezug, ohne die konkrete Situation, in der sie entstanden, ohne die Distanz, die zwischen dem Erleben und dem Verarbeiten beim Briefeschreiben liegt, gezeigt. Trotta versucht uns das Portrait einer Revolutionärin zu zeichnen, für deren Persönlichkeit die Realität des Klassenkampfes unerheblich ist. Wir erfahren zwar, daß in der Zeit zwischen 1906 und 1919, in der der Film spielt, zwei russische Revolutionen, der erste Weltkrieg, der Verrat der Sozialdemokratie, die Novemberrevolution liegen, doch für den Film, wie für das Rosa-Portrait sind die Ereignisse mehr oder weniger nur der historische Hintergrund.

Außer den Reden auf einigen Veranstaltungen und Parteitag, die von Trotta mit der Absicht in Szene gesetzt werden, uns die brillante Rednerin, die es versteht, Massen mitzureißen, zu zeigen, außer der Redakteurin, die einzelne Artikel schreibt, gibt es die Revolutionärin Rosa, ihren maßgeblichen Einfluß auf den Verlauf des Klassenkampfes dieser Jahre nehmen konnte, nicht.

Ähnlich die Darstellung der Massen für deren Befreiung Rosa ihr Leben opferte. Der Film kennt einmal die von Trotta inszenierten Mas-

senszenen und dann zum Schluß einige historische Dokumentaraufnahmen. In den ersten Szenen gleichen die Massen einer Grundschulklasse, die voller Ehrfurcht zu ihrer Autorität aufblickt, nur einmal selbst zu Wort kommen, als in einer lustigen Szene ein trotteliger Arbeiter die Rosa fragt, ob er seine schwangere Frau heiraten dürfte, wo doch die Ehe etwas Bürgerliches ist ...

Direkt historisch falsch wird es dann in der Novemberrevolution, in deren Verlauf der Spartakusbund in Berlin immerhin Zehntausende mobilisieren konnte. Im Trotta-Film stürmt Rosa auf die Barrikade zu den bewaffneten Reitern, um sie zur Aufgabe des Kampfes zu überreden. Die bewaffneten Arbeiter winken mit dem Argument ab, Lenin habe auch nur mit wenigen angefangen ...

Die Oktoberrevolution in Rußland, die Auseinandersetzung Rosa Luxemburgs mit Lenin und die Gründung der KPD kommen in dem Film nicht vor.

Warum hat Rosa Luxemburg sich an die Spitze des Klassenkampfes begeben, mehrere Jahre Haft und schließlich ihre Ermordung in Kauf genommen? Weil sie Kinder, Blumen und Tiere liebte? Sich nach einem Baby und einer erfüllten Partnerschaft sehnte? — All das hätte Rosa auch haben können, wenn sie ihr bürgerliches Elternhaus nicht mit dem Leben einer Revolutionärin getauscht hätte. Warum hat sie so erbittert gegen Bernstein, Bebel und später Kautsky gekämpft, eine Sozialdemokratie des Reformismus so konsequent abgelehnt und eine revolutionäre Partei, die KPD mitgegründet? Weil sie eine impulsive, temperamentvolle Frau war, die verzagen, hassen und kämpfen konnte? Der Film sucht in der Psyche der Rosa die Antwort. — Warum wurde diese Frau von der Reaktion so gehaßt und später ermordet? Die Rosa des Trotta-Films ist mutig, konsequent, entschlossen,

sympathisch, lieb, zärtlich, gefühlvoll ... doch worin lag ihre Gefährlichkeit für die Bourgeoisie? Sie bleibt unbegreiflich, ihre Ermordung schicksalhaft.

Die privaten Szenen gelingen der Trotta noch am besten, wenn auch sie oft oberflächlich bleiben — etwa die Liebeszenen — und bis an die Grenze zum Kitsch gehen. Es ist ein schöner Film, mit vielen ergreifenden Szenen, und einer durch Barbara Sukowa ausgezeichnet verkörperten Titelrolle, doch der Rosa Luxemburg, so wie sie uns aus der Geschichte übermittelt ist, bleibt er fremd.

Ist es gerechtfertigt, einem Film, der das Persönliche der Rosa herausarbeiten will, vorzuwerfen, er prelle die Titelfigur um ihr politisches und theoretisches Werk? Die Rosa im Film ist eine politische Frau, eine Politikerin. Doch ihre Persönlichkeit ergibt sich für Margarethe von Trotta aus den poetischen Briefen. Und genau diese Zerteilung der Person, die der Film nahelegt, ist zu kritisieren. Für Rosa gab es diesen Gegensatz zwischen ihren „Spartakusbriefen“ und den „Briefen aus dem Gefängnis“ nicht. So wie sie sich nach Liebe, Zärtlichkeit und Wärme sehnen konnte, hat sie sich nach der Befreiung der Arbeiterklasse gesehnt und dafür bewußt ihr Leben gelebt.

Die Rosa des Trotta-Films ist die Luxemburg der 80er Jahre, die aus „Betroffenheit“, aus dem Bauch und nicht aus dem Kopf heraus Politik macht. Es ist ein Film, der sich diesem Zeitgeist anpaßt. Ein Film, der der Person Rosa Luxemburg gerecht werden will, wäre ein Film quer diesem Zeitgeist. Es wäre ein Film, der Widerspruch und Distanzierung hervorruft, und so zum Nachdenken provoziert. Es wäre ein Film, über den kein Peter Glotz schreiben könnte: „Aus dem bewegten Leben der schrillen Agitatorin, der klugen Theoretikerin, der verletzlichen Liebenden wird Gefühl gepreßt. Aber haben wir darauf nicht gewartet — auf deutsche Filmregisseure, die das Publikum erreichen können, so wie die alten Zauberer aus Hollywood?“

Margarethe von Trotta will mir ihrem Film erreichen, daß sich die Öffentlichkeit wieder mehr mit der großartigen Frau — Rosa Luxemburg — auseinandersetzt. Bis heute darf ihr Kopf nicht auf Briefmarken gedruckt werden, gibt es kaum eine Straße, die ihren Namen trägt, und noch 1962 wurde die Ermordung von Rosa und Karl im Bundestag als „standrechtliche Erschießung“ gerechtfertigt.

Eine verstärkte Auseinandersetzung mit Rosa dürfte der Film erreichen. Es bleibt aber die Frage, ob es auch eine Auseinandersetzung mit Rosas politischen Ansichten wird.

Geht's jetzt voran?

Kongress „Frieden mit der NATO?“ mit 400 Teilnehmern

Am 12./13.4. fand in Köln der Diskussionskongress „Frieden mit der NATO?“ statt. Der Kongress endete mit einer gemeinsamen Erklärung der Teilnehmer (s. Dokumentation auf dieser Seite). Dies ist insoweit als Erfolg anzusehen, als die Inhalte dieser Erklärung über den „Aufruf zum Diskussionskongress“ hinausgehen und somit einen ersten Fortschritt in der gemeinsamen Diskussion widerspiegeln.

Für alle diejenigen, welche an der Basis der Friedensbewegung die Mitgliedschaft der

BRD in der NATO in das Zentrum ihrer Arbeit stellen wollen, konnte allein die Tatsache, daß ein Kongress zu diesem zentralen Punkt der Innen- und Außenpolitik stattfand, Anlaß für eine gewisse „Genugtuung“ sein, weil endlich einmal im kompakter Weise politisch thematisiert wurde, was leider in der laufenden Friedensarbeit häufig zu kurz kommt. Daß das eine wie das andere nicht unmaßgeblich damit zusammenhängt, daß die von der DKP beeinflussten Teile der Friedensbewegung bis jetzt nicht bereit sind, die Frage der NATO in

den Mittelpunkt der Friedensarbeit zu stellen, liegt auf der Hand. So konnte es denn auch nicht überraschen, daß dieses Spektrum auf dem Kongress nur schwach vertreten war. Die Auswahl der Themen zu den 12 Arbeitsgruppen wie die der Referenten erlaubten es dennoch, sich intensiver mit den Anschauungen auseinanderzusetzen, die die NATO-Frage als Zentralpunkt nicht zulassen.

Im nächsten RM werden wir ausführlicher über die Diskussion im Rahmen des Kongresses berichten.

Abrüstungsinitiativen der Friedensbewegung in NATO-Staaten, in Westeuropa und Amerika sind bisher gescheitert. Die wichtigsten westeuropäischen Regierungen und die Vormacht USA weigern sich konsequent, ihren Aufrüstungskurs zu beenden. Dies gilt für minimale Schritte wie die Beendigung von Atomtests, erst recht aber für den Stopp strategischer Aufrüstungsmaßnahmen im Weltraum oder auf der Erde oder die Herrichtung der Bundesrepublik zum konventionellen und atomaren Kriegsschauplatz. Dieser Aufrüstungskurs wird durch die beteiligten Regierungen über die NATO koordiniert, gesteuert und effektiviert. Damit wird das Militärbündnis NATO auch zunehmend Gegenstand kritischer Betrachtung der Friedensbewegung.

NATO-Staaten haben nach dem 2. Weltkrieg indirekt und direkt die meisten Kriege zu verantworten und selbst geführt. Offiziell soll die NATO nur dem Schutz der Mitgliedsstaaten dienen. Das gemeinsame Interesse an der bestehenden Weltwirtschaftsordnung zugunsten der Industrieländer führt aber zu gegenseitiger Unterstützung und Koordination in jedem Kriegsfall. Die NATO-Stützpunkte in der Bundesrepublik sind nicht nur Hinterland für solche Interventionen, sondern inzwischen hat sich die Bundesrepublik vertraglich zu solchen Hilfeleistungen verpflichtet.

Die NATO ist gegenwärtig in Europa der größte Unsicherheitsfaktor. Sie betreibt militärische Aufrüstung statt friedlichem Ausgleich und Aussöhnung mit den Völkern Osteuropas und zementiert damit die Spaltung Europas in zwei feindliche Blöcke. Trotz immer wieder bekundeter Abrüstungsbereitschaft seitens der Sowjetunion und des Warschauer Paktes erzeugt die NATO mit Hilfe von Unwahrheiten das Feindbild von der „Gefahr aus dem Osten“. Innenpolitisch soll mit Hilfe des Antikommunismus verhindert werden, daß Auseinandersetzungen frei und vernunftgebunden im Interesse der Menschen ausgetragen werden können.

Die USA ist keinesfalls die einzige Macht in der NATO, die für mehr Aufrüstung und Konfrontation eintritt. Die Bundesregierung selbst drängte in den 50er Jahren gegen Widerstand auf eine Wiederbewaffnung und auf eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr. Aktuell tritt sie für eine Stärkung der NATO und ihres westeuropäischen „Pfeilers“ ein, für verstärkte konventionelle Aufrüstung, eine Raketenabwehr und nicht zuletzt für den (Mit-)Besitz von Atomwaffen.

Der NATO-Partner Bundesrepublik ist über jeden Zweifel erhaben, für Abrüstung einzutreten.



Ein Bündnis für die Aufrüstung — ist für uns nicht akzeptabel

Erklärung der Teilnehmer des Diskussionskongresses „Frieden mit der NATO?“

ten. Dafür stehen die Unterzeichnung des SDI-Rahmenabkommens, das die US-Regierung bestärkt, den größten Aufrüstungsschub in der Menschheitsgeschichte vorzunehmen, und die jüngsten Vorstöße Dreggers und Todenhöfers von der CDU, die sich gegen jeden Abbau von atomaren Mittelstreckenraketen wandten, deutlich zeigen. In der „Frontstaatsituation“ braucht auch die Bundesrepublik die Hochrüstung der NATO als Pressionspolitik der „Abschreckung“ gegenüber Osteuropa.

Innenpolitisch wird die NATO als der Garant für Frieden, Sicherheit und Freiheit dargestellt. Die Staatsräson erklärt Gegner der NATO zu Staatsfeinden und Helfern und Helfershelfern Moskaus. Das NATO-Bündnis soll als unantastbar erklärt werden. Dagegen setzen wir unsere Erkenntnis: Die Konfrontationspolitik der NATO und der sie tragenden Regierungen

• gefährdet die Sicherheit und reduziert den „Frieden“ zu einem Nichtkrieg auf dem Pulverfaß,

• macht Freiheiten zur Ware im Schlußverkauf militärstrategischen Zynismus,

• verlangt ungeheure materielle Opfer, bindet unsere Phantasie und Fähigkeit zur Lösung humaner Aufgaben und soll auch die Menschen in Osteuropa zur Verschleuderung ihrer Ressourcen für militärische Zwecke zwingen.

In der Friedensbewegung gibt es unterschiedliche Auffassungen darüber ob oder wie eine tatsächliche Friedenspolitik und Abrüstungsschritte im Rahmen des NATO-Militärbündnisses durchgesetzt werden können.

• Eine Position geht davon aus, daß die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO offen und offensiv in Frage gestellt werden muß, damit notwendige einseitige Abrüstungsmaßnahmen überhaupt Realität werden können.

• Andere meinen, daß einseitige Abrüstungsschritte, eingebunden in eine Strategie einseitiger Abrüstung notwendig die Frage der NATO-Mitgliedschaft stellen und zu einer Auflösung und Destruktion der

NATO bzw. zu einem NATO-Austritt führen. Dies ist politisch gewollt.

• Eine weitere Position will mit sicherheitspartnerschaftlichen Lösungen und einseitigen Abrüstungsschritten die Abschaffung der Militärbündnisse und die Etablierung einer europäischen Friedensordnung erreichen.

• Ausgehend von der Erkenntnis, daß die NATO die Triebkraft der Aufrüstung ist, stellt das Konzept „friedliche Koexistenz / Entspannung“ für das Ziel, im Systemantagonismus eine Rückkehr zum kalten Krieg zu vermindern, politische und militärische Entspannung (= Abrüstung) und umfassende Zusammenarbeit durchzusetzen und im Rahmen eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems die Militärbündnisse NATO und Warschauer Pakt aufzulösen, wobei einseitige Abrüstungsschritte für möglich gehalten werden.

Gemeinsam wenden wir uns gegen die Vorstellung, die NATO sei zu Verteidigungszwecken gegründet und stelle einen „Hort des Frie-

dens“ dar. Wir nehmen alle Versuche, die NATO zur „Heiligen Kuh“ zu erklären und damit unseren Abrüstungsforderungen entgegenzutreten zum Anlaß, um um so bohrender nach dem Sinn eines Militärbündnisses zu fragen, das den Abrüstungswillen der Bevölkerung schon mehr als einmal mit Füßen getreten hat und im Kriegsfall den sicheren Untergang herbeiführen würde.

Kontroverse Schlußpassagen:

1. Version: Wir fordern die Friedensbewegung auf, die Zugehörigkeit der Bundesrepublik zur NATO als Staatsdoktrin offen in Zweifel zu ziehen und die Auseinandersetzung mit all jenen zu suchen, die die Frage eines NATO-Austritts tabuisieren wollen. Nichts spricht dafür, daß eine politisch neutrale Bundesrepublik an Sicherheit einbüßen würde. Ein einseitiger Austritt könnte vielmehr den Prozeß der Auflösung der europäischen Militärbündnisse befördern und die Politik der Überlegenheit und Vorrüstung der NATO beenden helfen. In diesem Sinn begrüßen wir alle Initiativen, die den Status der Bundesrepublik in der NATO ändern und ihre Einbindung lockern wollen. Entscheidendes Kriterium für die Friedensbewegung bleibt darüber hinaus die Voraussetzungen für reale Abrüstungsmaßnahmen in unserem Lande zu schaffen. Frieden mit der NATO ist nicht möglich!

2. Version: (J.B. Runge, Friedensliste): Die NATO ist nicht Teil natürlicher bundesdeutscher Staatsraison und darf es nicht werden. Die Friedensbewegung tut gut daran, wenn sie die NATO nicht zum Tabuthema macht. Die unkritische Zustimmung zur NATO — so verbreitet sie in der Öffentlichkeit noch weitgehend ist — so gefährlich ist sie. Die Friedensbewegung muß stärker als bisher kritische Fragen an die NATO und ihre Politik stellen und als NATO-kritische Bewußtsein in unserem Lande stärken. Dabei ist es legitim und nützlich, wenn Teile der Friedensbewegung die Mitgliedschaft der BRD selbst in Frage stellen.

In der Friedensbewegung sollte mehr als bisher über die positiven Alternativenkonzepte zur herrschenden Un-Sicherheitspolitik nachgedacht und offen diskutiert werden, um selbst politikfähiger zu werden. Dabei werden auch im Zusammenhang mit der NATO-Frage Antworten zur Friedens- und Realitätstauglichkeit der Konzepte gegeben werden müssen.

Ergebnis des Stimmungsbildes: über 300 Stimmen für Version 1, 15 Stimmen für Version 2, 1 Stimme gegen das gesamte Papier.

1. Mai '86

Mitmachen, stark sein,
die Zukunft gestalten.

DGB

von HORST DIETER KOCH

„Mitmachen. Stark sein. Die Zukunft gestalten. DGB“ — das ist das Motto des diesjährigen Mai-Aufrufs des DGB. Die Auflistung dessen, was der Mai-Aufruf an richtigen Forderungen enthält, wollen wir uns ebenso schenken wie eine grundsätzliche ideologische Auseinandersetzung mit der durchschimmernden reformistischen Orientierung. Aber einige kritische Anmerkungen dort, wo der Aufruf unserer Ansicht nach wesentliche Fehlorientierungen des gewerkschaftlichen Kampfes enthält, erscheinen angebracht:

1. Im Mittelpunkt des diesjährigen 1. Mai muß die Frage der reaktionären Änderung des § 116 AFG stehen. Der DGB-Aufruf stellt sich dieser Frage nur scheinbar. Gut und richtig werden die Absichten dargelegt, die Kapital und Reaktion mit dem neuen Anti-Streik-Paragraphen verfolgen. Erstaunlicherweise stellt der Aufruf die Forderung nach Rücknahme der reaktionären Gesetzesänderung überhaupt nicht auf. Mit dem Argument, Selbstverständliches müsse nicht eigens wiederholt werden, läßt sich das nicht erklären; denn der Aufruf enthält überhaupt kein Wort zur Fortsetzung des Kampfes gegen die § 116-Änderung.

Stattdessen wird das uneingeschränkte Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte bei der Entscheidung über Kurzarbeit gefordert. Sicher eine richtige Forderung, aber im Zusammenhang damit, daß nichts über die Fortführung des Kampfes gegen die gewerkschaftsfeindliche Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes gesagt wird, entsteht der Eindruck, der DGB habe den Kampf gegen diese Einschränkung des Streikrechts aufgegeben und richte sich auf die neue Rechtslage ein.

Daß der Aufruf die Forderung nach dem Verbot der Aussperrung enthält, ist dagegen sicher eine richtige Konsequenz aus der Auseinandersetzung um das Streikrecht, obwohl es der klareren Orientierung sicher genützt hätte, wenn der DGB-Bundesvorstand sich dazu durchgerungen hätte, das absurde Theater der letzten Jahre aufzugeben, um unmißverständlich das gesetzliche Verbot der Aussperrung zu fordern.

2. Der Aufruf fordert „Arbeitszeitverkürzung in allen Formen“. Aber die wichtigste Forderung, die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, findet keine besondere Erwähnung. Um diese Forderung hat sich mit dem Streikkampf 1984 die schärfste Auseinandersetzung zwischen organisiertem Unternehmertum und politischer Reaktion einerseits und der Gewerkschaftsbewegung andererseits auf tarifpolitischem Gebiet entwickelt. Auch der reaktionäre Angriff auf das Streikrecht ist zum erheblichen Teil vor dem Hintergrund des 84er Kampfes für die 35 Stunden und seiner anstehenden Fortsetzung zu sehen.



Daß sich auch in diesem Jahr nicht alle Spitzen der Einzelgewerkschaften auf die besondere Unterstützung dieser Forderung einigen konnten, ist ein nicht hinzunehmendes Unding, zumal die Erfahrungen seit Inkrafttreten der Wochenarbeitszeitverkürzung in einigen Branchen und von Vorruhestandstarifverträgen in anderen völlig eindeutig gezeigt haben, daß die Wochenarbeitszeitverkürzung in ihren positiven Wirkungen für Arbeitende und Arbeitslose allen anderen Formen der Arbeitszeitverkürzung überlegen ist.

3. Der Mai-Aufruf kritisiert treffend das sogenannte „Beschäftigungsförderungsgesetz“. Es ist bekanntlich zum 1. Mai letzten Jahres in Kraft getreten. Ebenso bekannt ist, daß die DGB-Gewerkschaften so gut wie nichts unternehmen haben, um dieses Gesetz, das heute in vielen Betrieben ziemlich katastrophale Auswirkungen hat, zu verhindern.

Um so unverständlicher ist es, daß der diesjährige Mai-Aufruf des DGB erneut ein reaktionäres Gesetzesvorhaben der Regierung, das schwerwiegende Auswirkungen für den gewerkschaftlichen Kampf haben würde, mit Stillschweigen übergeht: gemeint ist der Regierungsentwurf zur Arbeitszeitordnung, der vom Standpunkt der Arbeiterbewegung aus in einer Reihe von Fragen noch hinter das geltende Gesetz aus dem Jahre 1938 (!) zurückgeht. Der Regierungsentwurf sieht unter anderem vor: Festsetzung der 6-Tage-Woche, erhebliche Ausweitung der unternehmerischen Möglichkeiten, die tägliche Arbeitszeit über 8 Stunden hinaus auszudehnen, erhebliche Ausweitung der zulässigen Sonn- und Feiertagsarbeit. Vor allem soll der Gesetzentwurf eine Klausel enthalten, die das Überschreiten der

gesetzlichen Arbeitszeitgrenzen durch Tarifverträge und sogar Betriebsvereinbarungen vorsieht. Die Unternehmer sollen also in kampfschwachen Bezirken und Betrieben ungehindert von gesetzlichen Beschränkungen die Daumenschrauben anlegen können.

Nach der Pleite in Sachen Beschäftigungsförderungsgesetz kann diese erneute passive Haltung des DGB gegenüber einem extrem arbeiter- und gewerkschaftsfeindlichen Gesetzesvorhaben nicht hingenommen werden.

4. Alle Jahre wieder sind jene Passagen des DGB-Mai-Aufrufs ein besonderes Ärgernis, die sich mit der Friedenspolitik beschäftigen. Ein allgemeines Bekenntnis zu einer „Politik der Abrüstung, Entspannung und Verständigung“, die nebulöse Forderung an die Supermächte, „eine neue Phase der Entspannungspolitik einzuleiten“ und die sinnige Feststellung, „der Abbau von Atomwaffen sei sinnvoller als die Stationierung neuer Waffen im Weltraum“ — das war's dann auch schon.

Was uns fehlt, wäre zumindest: Die klare Forderung nach einem Abbau der stationierten Pershing II, eine klare Ablehnung der beschlossenen Stationierung der Cruise missiles im Herbst, eine eindeutige Ablehnung der bundesdeutschen Beteiligung an SDI, die Forderung nach drastischer Reduzierung des Rüstungshaushaltes, um die dringend gebotene Steigerung der Ausgaben auf verschiedenen Feldern des sozialen Bereichs zu finanzieren.

Man muß es deutlich sagen: Mit den friedenspolitischen Passagen des diesjährigen Mai-Aufrufs setzt der DGB die Linie der Abgrenzung gegenüber der Friedensbewegung fort.

IGM-Jugendkonferenz zum § 116

Auf der Jugendkonferenz der IG Metall am vorletzten Wochenende wurden auch eine Reihe von Anträgen zur weiteren Auseinandersetzung um den § 116 vorgebracht und verabschiedet. Wir dokumentieren hier einige davon (auch mit Folgerungen bezüglich Norbert Blüm), die besonders interessant erscheinen. In der nächsten Ausgabe des „Roten Morgen“ erscheint ein Artikel, der diese Konferenz — auf der Basis von Delegiertenberichten — kommentiert.

Kampagne zum Verbot der Aussperrung

„1. Nach der im Bundestag beschlossenen Änderung des § 116 AFG wird es nicht genügen, die Rücknahme der Änderung, zum Beispiel in Form eines „Wahlprüfsteines“ für die Bundestagswahlen 1987, zu fordern.“

Auch die alte Forderung des § 116 AFG von 1969 versagte den heiß Ausgesperrten im bestreikten Tarifgebiet das Kurzarbeitergeld. Die Neutralitätsanordnung der Bundesanstalt für Arbeit (BfA) von 1973 legte bereits der Tarifpolitik Fesseln an: Kein Kurzarbeitergeld an kalt Ausgesperrte in einem anderen Tarifgebiet, wenn „nach Art und Umfang gleiche Forderungen“ erhoben wurden.

Beide Regelungen begünstigen einseitig die Unternehmer und befreien sie von der Lohnfortzahlungspflicht, benachteiligen die Gewerkschaften und sind daher das Gegenteil von neutral. Sie stellen bereits einen Eingriff in die Eigentumsrechte der Versicherten bezüglich ihrer Beitragsleistungen an die BfA dar (inklusive des „Arbeitsgeberanteils“, der von den Unternehmern unter „Lohnnebenkosten“ abgebucht wird).

2. Bei der kommenden Tarifaufeinandersetzung um Arbeitszeitverkürzung kann es vor der Bundestagswahl bzw. in den ersten 100 Tagen danach zu heißen und kalten Aussperrungen, zur Produktionsstilllegungen kommen. Diskussionen um ein Mobilisierungs- und Handlungskonzept und eine umfassende Strategie sind bereits jetzt erforderlich.

a. Wir fordern den Vorstand der IG Metall auf, darauf hinzuwirken, daß der DGB für den Herbst 1986 eine breite Kampagne für ein gesetzliches bundesweites Aussperrungsverbot beschließt und die Forderung danach zu einem seiner Wahlprüfsteine macht.

b. Das gleiche gilt für Kampagnen für gesetzliches Aussperrungsverbot in den einzelnen Bundesländern. (...)“

„Schwarz/Rot/Gold — AFG bleibt unser — Oder was?“

In den letzten beiden Jahren ist reaktionäres Gedankengut in der breiten Öffentlichkeit zunehmend offensiv vertreten worden. Die Auseinandersetzung um das Motto „Schlesien bleibt unser“ anlässlich des Treffens der Berufsvertriebenen war ein vorläufiger Höhepunkt, der aber kein Einzelfall ist.

Nach der Devise „Wir Deutschen brauchen uns vor nichts und niemandem zu schämen — wir sind wieder wer“ machen gerade Politiker der C-Parteien nationalistisches Gedankengut wieder hoffähig. In diesem Zusammenhang wurden von reaktionären und nationalistischen Kreisen die traditionsreichen Nationalfarben schwarz/rot/gold für ihre Zwecke verwandt.

Nicht mit dieser reaktionären Zielsetzung, sondern in erster Linie als werbewirksamer, inhaltsloser Augenfänger benutzten CDU und SPD die Nationalfarben in schräger bzw. Wellenform für sich.

Angesichts der Tatsache, daß die Nationalfarben vorwiegend so besetzt sind, halten wir die Verwendung der Nationalfarbe als Symbol der Kampagne gegen die Änderung des § 116 AFG für sehr bedenklich. Die Delegierten der 14. Jugendkonferenz der IG Metall fordern den Vorstand auf, dies bei künftigen Kampagnen zu berücksichtigen.“

Blüm raus!

Angesichts der beschlossenen Änderung des § 116 AFG fordert die Bundesjugendkonferenz den Jugendausschuß beim Vorstand auf, den folgenden Antrag an den Gewerkschaftstag zu stellen:

Der Gewerkschaftstag der IG Metall fordert den Vorstand der IG Metall auf, gegen das IG-Metall-Mitglied Norbert Blüm wegen gewerkschaftsschädigendem Verhalten ein Untersuchungsverfahren gemäß § 119 der Satzung einzuleiten, um Herrn Blüm aus der Organisation auszuschließen. (...)“

2. § 2 der Satzung nennt die Aufgaben und Ziele der IG Metall; eine der Aufgaben ist die „Verbesserung und einheitliche Gestaltung eines demokratischen Arbeits- und Sozialrechts“.

Unter Blüms Federführung wurden bisher im Bereich des Arbeits- und Sozialrechts über 200 Gesetzesnovellierungen durchs Parlament gepetscht, die sämtlich Nachteile für Arbeitnehmer und ihre Familien, für sozial schwache Gruppen in unserer Gesellschaft mit sich gebracht haben:

Zur „Schaffung von Arbeitsplätzen“ werden Arbeitslose durch Kürzung des Arbeitslosengeldes/der Arbeitslosenhilfe geschröpft. Zur „Sicherung der Altersversorgung“ werden die Renten gekürzt. Zur „Förderung der Rehabilitationen“ werden die Behinderten zur Ader gelassen. Zur „Stabilisierung des Gesundheitssystems“ werden die Kranken gebeutelt. Zur „Gleichstellung der Frau“ wird der Frauenschutz durchlöchert. Um den wirklich Bedürftigen zu helfen, wird die Sozialhilfe gedrückt. Um den jungen Menschen wieder eine „Perspektive“ zu geben, wird der Jugendarbeitsschutz durchlöchert. Um die Beschäftigung zu „fördern“, werden Mitbestimmungsrechte abgebaut.

3. § 2 nennt ferner als Aufgabe und Ziel die „Sicherung der rechtlichen Voraussetzung für die gewerkschaftliche Handlungsfreiheit ...“

In Wort und Tat hat Norbert Blüm in praktischer Politik und mit Hilfe von Gesetzesänderungen massiv auch gegen diese Satzungsgrundlage verstoßen.

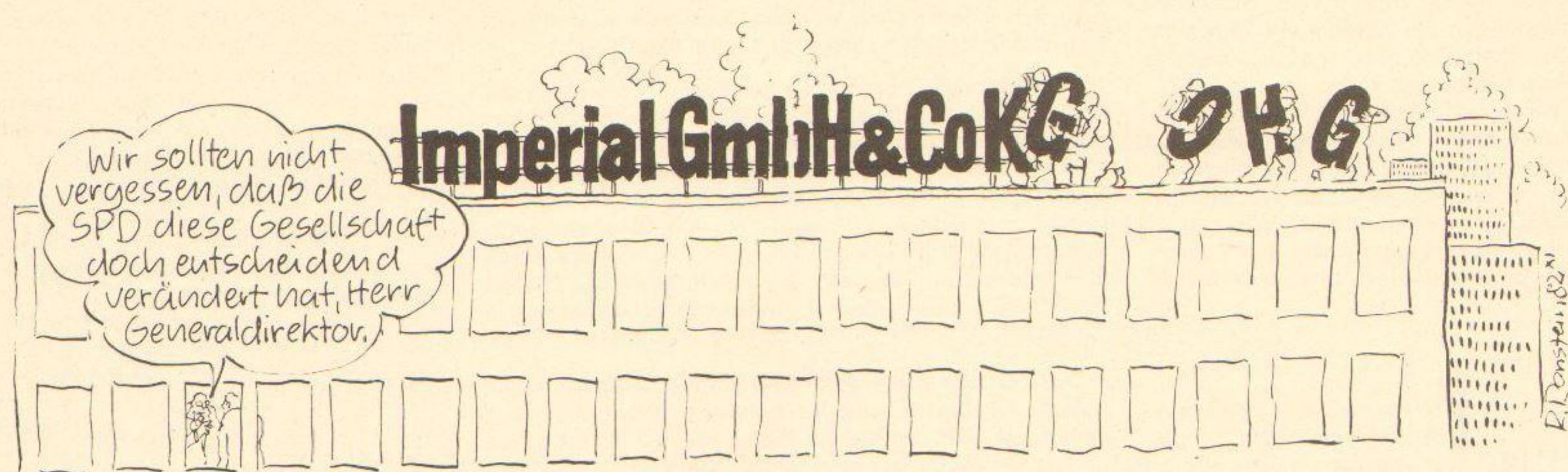
Mit dem „Gesetz zur Verstärkung der Minderheitenrechte in den Betrieben und Verwaltungen“ versucht Blüm, künftig die inner- und außenbetriebliche Interessenvertretung der arbeitenden Menschen zu schwächen: Mit Sprecherausschüssen und Splitterorganisationen in den Betrieben werden die Betriebsvertretungen und die DGB-Gewerkschaften und damit der arbeits- und sozialrechtliche Schutz der Beschäftigten abgebaut.

Insbesondere stellen wir fest, daß die Diffamierung unseres Vorstandes und unseres Vorsitzenden, Hans Mayr, schon aufgrund der Selbststachtung der Organisation nicht mehr hingenommen werden kann.

Norbert Blüm ist ein übler Demagoge, der keine Gelegenheit ausläßt, unsere IG Metall zu diffamieren.

Die Debatte und der Beschluß des Bundestages zur Änderung des § 116 AFG machen das Maß so voll, daß auch die bisher übliche Begründung, „man müsse sich argumentativ und nicht administrativ mit Norbert Blüm auseinandersetzen“, ihre Bedeutung verliert.

Jemand, der auf Argumente nur mit üblen Beleidigungen, Unterstellungen und Beschimpfungen der IG Metall und ihrer Repräsentanten reagiert, ist es nicht länger wert, Mitglied zu sein.“



Im Juni 1948 beauftragte der Essener Parteitag der SPD die Kommission „Wirtschafts- und Finanzpolitik“ unter der Leitung von Wolfgang Roth damit, ein mittelfristiges Wirtschaftsprogramm für die Partei zu erarbeiten.

Die Ergebnisse der Kommission sollten einerseits einfließen in den Prozeß der Erstellung eines neuen Grundsatzprogramms der SPD, andererseits aber auch zur Klärung der Strategie für den Bundestagswahlkampf in diesem Jahr beitragen.

Erneuerung des Reformprojekts?

Zu den wirtschaftspolitischen Konzeptionen der SPD

von DETLEF SCHNEIDER

Gerade auf dem zentralen Feld der Wirtschaftspolitik zeigte sich indes, wie schwer sich die SPD insgesamt mit ihrer Programmarbeit tut. Erst nach anderthalb Jahren und mehreren als ungenügend abgelehnten Entwürfen konnte die Roth-Kommission einen Text präsentieren, den der Parteivorstand akzeptierte und im November 1985 als Antrag an den Hamburger Wirtschaftskongreß der SPD, der für den 9./10. Mai dieses Jahres geplant ist, übernahm.

In einem der Vorentwürfe dieses Textes war noch gefordert worden: „Wir brauchen eine Politik, die die Ursachen der Fehlentwicklungen aufzeigt und gezielt bekämpft.“ Daß dieser Satz nun in der vom PV abgesegneten Fassung fehlt, ist durchaus symptomatisch: Die Kommission hat letztlich auf den Versuch einer Untersuchung der Ursachen für die „Fehlentwicklungen“ der letzten Jahre (sprich: der kapitalistischen Wirtschaftskrise) ebenso verzichtet wie auf jeglichen Ansatz einer kritischen Analyse sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik in der Schmidt-Ära.

Unter dem Stichwort Krisenursachen findet man nur einige unbestimmte Hinweise auf den „Verfall der internationalen Ordnung“, auf die Problematik der internationalen Geldmärkte oder die sich schwieriger gestaltenden Wettbewerbsbedingungen auf dem Weltmarkt; also ein bloßes Aufzählen nicht von Ursachen, sondern von Auswirkungen und Erscheinungsformen der Krise, womit insgesamt suggeriert werden soll, die internen Krisenfolgen wie die Massenarbeitslosigkeit seien nur das Ergebnis scheinbar zufälliger, vom Weltmarkt ausgehender Zwänge.

Dieser Verzicht auf die Ursachenbenennung, auf ein Herausarbeiten der Krisenursachen aus den inneren Widersprüchen der kapitalistischen Produktionsweise selbst, ist von den SPD-Linken erwartungsgemäß heftig kritisiert worden. So ruft beispielsweise Detlef Hensche der Roth-Kommission einige „Binsenweisheiten“ ins Gedächtnis, die nach seiner Ansicht in einem programmatischen Text zur sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik nicht fehlen dürften:

„Damit es nicht in Vergessenheit gerät: Solange eine Wirtschaftsordnung die Entscheidung über Investitionen, die Verfügung über Produktionsaufnahme, über Produktionseinstellung und -verlagerung, solange die freie Kapitalbewegung und die Verwendung der Gewinne allein dem privaten Kosten-Nutzen-Kalkül privater Unternehmer überlassen bleibt, solange produziert diese Wirtschaftsordnung wachsende Arbeitslosigkeit, Umweltgefährdung und Ausbeutung der Dritten Welt. Eine privatwirtschaftliche Ordnung kann sich niemals von den immanenten Widersprüchen lösen ...“ (Hensche, S. 20)

Zuerst weist Hensche in diesem Zusammenhang den üblichen Einwand der Parteirechten zurück, es handle sich bei solchen Ausführungen nur um ein „theoretisches Räsönieren“, das für die praktische Politik bedeutungslos sei: „Theorielosigkeit, das Ausweichen vor der selbstpostulierten Ursachenbenennung hat verhängnisvolle Folgen.“ Diese Folgen für die grundlegende Orientierung der Wirtschaftspolitik lassen sich bereits auf dieser Ebene der Diskussion umrißhaft erkennen. Während sich aus Henschens Argumentation die Notwendigkeit einschneidender Eingriffe in die private Verfügungsgewalt des Kapitals über die Produktionsmittel ergibt, kann aus den Positionen der Roth-Kommission nur eine Strategie der Anpassung an die veränderten Weltmarktbedingungen erfolgen.

Vertrauen in die Marktkräfte

Das Bekenntnis zur „Marktwirtschaft“, zum Wettbewerb und zur Unternehmensautonomie gehört für die SPD zu jener eisernen Ration prinzipieller Entscheidungen, die auf programmatischer Ebene die Einbindung

der Partei in das kapitalistische System besiegeln und somit nicht zur Disposition stehen. Gerade diesen Aspekt hat Wolfgang Roth kürzlich noch einmal herausgestrichen: „Alle Fragen, die darauf hinauslaufen, ob es einen anderen Weg als den der privaten Marktwirtschaft gibt, verkennen eins, daß die SPD derart verwoben ist mit der Grundentscheidung für eine private, dezentrale Eigentumsordnung und Sozialstaat, daß es anders gar nicht geht.“ (Roth-Interview, S. 15)

Es ist auch kaum verwunderlich, daß eine Partei, die wie die SPD „derart verwoben“ ist in die Strukturen kapitalistischer Ökonomie und Politik trotz der Krisenerfahrungen der letzten zehn Jahre an ihrer Grundsatzentscheidung festhält. Erstaunlich ist allenfalls, wie offensiv sich die Parteiführung in der jüngsten Zeit zu dieser Entscheidung bekennt und dabei die SPD in Abgrenzung zu den Unionsparteien als die eigentliche Partei der Marktwirtschaft profilieren will.

So erklärte beispielsweise Johannes Rau in seiner Ahlener Rede: „Wir Sozialdemokraten finden uns gegenwärtig in der Rolle, Markt und Wettbewerb gegen jene zu verteidigen, die ‚Markt‘ sagen und Macht meinen.“ (Rau, S. 9) Gemeint sind damit vor allem Unionspolitiker wie Späth oder Strauß, die aktiv an Großfusionen wie Daimler/AEG/Dornier mitgebastelt und sich dadurch nach Ansicht der SPD-Führung marktwidrig verhalten haben.

Ihnen gegenüber soll die SPD als Garantin des „freien Wettbewerbs“ auftreten, einer Idylle kapitalistischer Konkurrenz, die der Programmentwurf der Roth-Kommission so beschwört: „Wettbewerb wirkt der Verkrustung von Märkten entgegen, fördert die Erneuerung der Wirtschaftsstruktur, bietet Beschäftigungschancen, trägt zur Preisstabilität bei und stärkt die Position der Verbraucher. Wettbewerb dient nicht nur ökonomischen Zielen; indem er dem Entstehen wirtschaftlicher Machtpositionen entgegenwirkt, engt er auch das Entstehen politischer Machtpositionen ein.“ (Wirtschaftsprogramm, S. 54)

Diese Idylle mag zwar den Lehrbuchweisheiten neoliberaler Wirtschaftspolitik tatsächlich eher entsprechen als die Strategien eines Lothar Späth; mit der Wirklichkeit des real existierenden Kapitalismus indes hat sie absolut nichts zu tun. Weder verhindert beispielsweise der „Wettbewerb“ die Entstehung ökonomisch/politischer Machtkonzentration (sondern gerade die Konkurrenz treibt unerbittlich die Konzentration und Zentralisation des Kapitals voran), noch erhöht er die „Beschäftigungschancen“ — auch hier wirkt die kapitalistische Konkurrenz in eine ganz andere Richtung als behauptet: nämlich auf die Beschleunigung von Rationalisierungsprozessen, auf die Ersetzung von lebendiger Arbeit durch Maschinerie.

Dieser „plumpe ‚Antimonopolismus‘“ (Jusos, S. 22) beinhaltet allerdings nicht einmal den Ansatz einer Strategie zur wirklichen Einschränkung monopolistischer Machtentfaltung mittels entsprechender staatlicher Eingriffe. Zwar

spricht sich die Roth-Kommission in allgemeiner Form für verbesserte Fusionskontrolle, Abwehr von Wettbewerbsbeschränkungen usw. aus. Wenn es jedoch konkret wird, möchte die SPD selbst den geschmähten Konzernbastler Späth noch in den Schatten stellen. So werden etwa auf EG-Ebene ausdrücklich transnationale Konzernzusammenschlüsse in großem Umfang befürwortet, weil sich anders die Konkurrenzfähigkeit der westeuropäischen Kapitale gegenüber den US-Monopolen nicht sichern ließe.

Die Beschwörung der angeblich segensreichen Wirkungen kapitalistischer Konkurrenz zielt denn auch in eine ganz andere Richtung:

- Die SPD-Führung macht damit deutlich, daß sie — ebenso wie die Konservativen — ihre grundlegende wirtschaftspolitische Orientierung in der Gewährleistung einer möglichst freien Entfaltung der Marktkräfte sieht. Anders als die Konservativen jedoch (deren Politik in erster Linie darauf gerichtet ist, den Arbeitsmarkt von „Hemmnissen“ wie kampfstarken Gewerkschaften, Kollektivverträgen, Schutzrechten usw. zu befreien), wendet sich die SPD ausdrücklich gegen die „Anwendung des Prinzips der Warenmärkte auf dem Arbeitsmarkt.“ (Wirtschaftsprogramm, S. 8)

- Verbunden mit dieser grundlegenden Orientierung ist der Versuch, innerhalb der Arbeiterbewegung ein neues Leitbild des kreativen Unternehmers als der eigentlichen personellen Verkörperung gesellschaftlichen Fortschritts aufzubauen. So fordert etwa Peter Glotz die Linke auf, sie müsse „die eingewurzelten Vorurteile gegen die als gefährlich empfundene Phantasie des Unternehmers und den Prozeß der schöpferischen Zerstörung, den er durch neue Ideen und Produkte auslöst, abbauen.“ (Glotz, Manifest, S. 25) Dieser Typus des Unternehmers als Repräsentant der dynamischen Marktkräfte müsse vielmehr als der eigentliche Bündnispartner der Arbeiterbewegung in einem erneuerten Sozialpakt zwischen Kapital und Arbeit begriffen werden.

Wenn die Roth-Kommission einen mittelfristigen Programmentwurf formuliert hat, der gerade auch eine Antikrisenstrategie enthalten soll, dann ergibt sich somit der eigenartige Umstand, daß sie Krise und Krisenfolgen ausgerechnet durch die Forcierung jener Mechanismen überwinden will, die zwangsläufig die Krise hervorgebracht haben. Dieses blinde Vertrauen auf die positiven Wirkungen der dynamischen Marktkräfte läßt folglich auch kaum einen Raum für ein aktives und steuerndes Eingreifen des Staates in den Reproduktionsprozeß des Kapitals. Die von der Parteilinken geforderten — und teilweise auch in früheren Programmen und Beschlüssen festgeschriebenen — Strategien eines Eingriffs in die Unternehmensautonomie durch Vergesellschaftungen, Ausweitung des öffentlichen Sektors, Investitionsauflagen, effektive Kontrollrechte der Betriebsräte usw. werden rigoros abgelehnt.

Auch ein sozialdemokratischer Staat soll im wesentlichen nur Garant des freien Wettbewerbs und Förderer einer reibungslosen Kapitalakkumulation sein. Daneben soll er das Sozialstaatsprinzip durchsetzen; hier werden jedoch Handlungsmöglichkeiten von vornherein schon dadurch stark begrenzt, daß ein weiterer Ausbau des Sozialstaats von einer neuen Dynamik des Wirtschaftswachstums (die allerdings

Fortsetzung auf Seite 11

Fortsetzung von Seite 1

nirgends in Sicht ist) abhängig gemacht wird. Schließlich wird dem Staat ausdrücklich die Verantwortung für die Herstellung von Vollbeschäftigung zugeschrieben, weil dies der Markt allein nicht gewährleisten könne.

Dazu bemerken die Jusos in ihrer Kritik des Programm-entwurfs der Roth-Kommission: „Wer im übrigen glaubt, den Wettbewerb zu forcieren, die Arbeitsmärkte aber davon ausklammern zu können, der irrt.“ (Jusos, S. 22) Wie wenig es der Kommission tatsächlich gelingt, diesen Widerspruch aufzulösen, zeigt sich deutlich in ihren weiter unten behandelten Strategien und Vorschlägen zum Abbau der Arbeitslosigkeit.

„Vernünftige Bedingungen der Kapitalverwertung“

Wenn auch auf dem Feld der Arbeitsmarktpolitik dem staatlichen Handeln eine besondere Rolle zugeschrieben wird, sieht die Roth-Kommission doch nicht in der Auflage staatlicher Beschäftigungsprogramme oder in einer Ausweitung beschäftigungsintensiver öf-

fentlicher Dienstleistungen den wesentlichen Hebel zur Herstellung der angestrebten Vollbeschäftigung. Primär wird vielmehr auch hier zunächst auf die Marktkräfte gebaut, auf einen neuen Investitions- und Wachstumsschub. Allerdings müßte der Staat seine Finanzmittel einsetzen, um einen solchen Schub anzustoßen: durch eine Stärkung der privaten Investitionen, durch die gezielte Förderung von Spitzentechnologien und andere Maßnahmen, die geeignet sind, die Konkurrenzfähigkeit des BRD-Kapitals auf dem Weltmarkt zu

gen in die Unternehmen zu lenken und so deren Eigenkapitalausstattung zu verbessern.“ (Wirtschaftsprogramm, S. 51) Es fragt sich allerdings, aus welchen Quellen das in vermehrte Investitionstätigkeit zu lenkende Kapital fließen soll.

Hier setzt die Kommission bei einer „Fehlleitung“ der Kapitalströme an, die sie für die wesentliche Ursache der schwächlichen Investitionsdynamik hält: Roth stellt fest, daß „hohe Zinsen für festverzinsliche Wertpapiere eine dauernde Sperre gegen ausreichend hohe Investitionen für mehr Arbeitsplätze errichten.“ (Roth, S. 60) Mit Geldvermögensanlagen ließe sich risikolos weit mehr verdienen als durch unternehmerische Tätigkeit. Zudem würden achtzig Prozent der Erträge aus Geldanlagen — weil unzureichend erfaßt — am Finanzamt vorbeifließen und völlig unbesteuert bleiben.

Diese Erträge also will die SPD künftig durch Verbesserung der Erfassungsmethoden besteuern. Betont wird dabei, daß damit nicht zusätzliche Mittel „für den Staat“ (also beispielsweise für sozialpolitische Aufgaben) erschlossen werden sollen — Ziel sei es vielmehr, „die Diskriminierung der Investitionen im privaten Bereich zu beseitigen.“ (Roth, S. 147) Es handelt sich also um eine Umverteilung innerhalb der Kapitalistenklasse selbst, bei der die Profite des produktiven Kapitals bis in eine Höhe bezuschußt werden sollen, daß deren Rate im Vergleich mit den aus Geldanlagen zu erwartenden Gewinnen bestehen kann.

Dieses Konzept einer vom Staat zu gewährleistenden Mindestrendite hat sich in der SPD-Führung weitgehend durchgesetzt. Auch Peter Glotz, der strategische Denker im Parteivorstand, spricht sich eindeutig dafür aus: „Es muß klipp und klar sein, daß die Linke vernünftige Bedingungen der Kapitalverwertung in Deutschland garantiert.“ (Glotz, Zuspitzung, S. 33) Wenn die Herstellung solcher Bedingungen aber zur Leitlinie gemacht wird, bedeutet das naturgemäß,

notwendig einen schweren Konflikt mit dem Kapital hervorrufen; und die bisherige Praxis der SPD als Regierungspartei spricht nicht gerade dafür, daß sie willens und fähig wäre, einen solchen Konflikt durchzustehen.

Zum anderen zeigt die SPD auch sonst keine Bereitschaft, eine Geldpolitik gegen wichtige Kapitalinteressen zu entwickeln. So wird etwa die Bundesbank kritisiert, daß sie in den letzten Jahren den internationalen Trend zu hohen Zinsen durch ihre eigene Politik noch verstärkt hätte. An der Autonomie der Bundesbank will aber auch die Roth-Kommission nicht rütteln. Ebenso wenig sind für sie Kapitalverkehrskontrollen oder andere Maßnahmen ein Thema, mit denen sich der Abfluß von Kapital auf die internationalen Geldmärkte verhindern oder zumindest abbremsen ließe. So liegt die Vermutung nahe, daß eine Garantie von „vernünftigen Bedingungen der Kapitalverwertung“ letztlich auf eine weitere Umverteilung von unten nach oben, zugunsten der Kapitalprofite und zu Lasten der Masseneinkommen hinauslaufen wird.

Förderung der Weltmarkt-offensive des BRD-Kapitals

Das gilt um so mehr, als auch die mit der Investitionsförderung verbundene Modernisierungsstrategie sich zwangsläufig gegen die Werktätigen kehren muß. Im Entwurf der Roth-Kommission heißt es dazu: „Wir Sozialdemokraten wollen die staatlichen Einflußmöglichkeiten nutzen und der japanischen und amerikanischen

Herausforderung offensiv begegnen.“ (Wirtschaftsprogramm, S. 47) Es ist auffällig, daß SPD-Spitzenpolitiker in der letzten Zeit immer lauter in die Klagen der Kapitalisten über eine angebliche Gefährdung der „deutschen Wettbewerbsfähigkeit“ auf dem Weltmarkt einstimmen.

Zwar klingt dieses Lamento angesichts der anhaltenden Exporterfolge des BRD-Kapitals nicht gerade überzeugend. Aber man hofft eben, durch die gebetsmühlenartige Wiederholung dieser Klagen Stimmung für eine Unterstützung „unserer Wirtschaft“ in ihrer Weltmarkt-offensive gegen die amerikanisch/japanische Konkurrenz mobilisieren zu können. Den Hebel zur weiteren Entfaltung dieser Offensive sieht auch die SPD-Führung in einer forcierten Modernisierung der Produktionsstrukturen.

Mit dieser Aufgabe jedoch sind offensichtlich die sonst so wortreich gepriesenen Marktkräfte (ebenso wie die schöpferischen Phantasien der Unternehmer) überfordert. Also muß auch hier der Staat aktiv werden. Zwar könne, so Peter Glotz, eine flächendeckende Modernisierung nur vom Markt bewerkstelligt werden. Aber die BRD stehe mit Staaten in Konkurrenz, die ihrerseits ihre Industrien massiv fördern. Deshalb müsse auch hier der Staat „mit einer Mischung von Information, Motivation und Anreizen wichtige Schlüsseltechnologien herausgreifen, die Kommunikation zwischen Industrie, Universitäten, Großforschungseinrichtungen und Fachhochschulen organisieren, die Nachfrage des Staates zur Förderung neuer Produkte und Produktionsverfahren einsetzen und die betroffenen Menschen, die Manager ebenso wie die Arbeiter, so ausbilden, daß sie mit den neuen Anforderungen fertig werden.“ (Glotz, Zuspitzung, S. 127)

Die Förderung von Spitzentechnologien, „saftige Forschungszulagen“ (Glotz) und andere Subventionen sollen sich gerade auf jene Wachstumsindustrien konzentrieren, die ohnehin profitabel und konkurrenzfähig sind. Für die „alten Industrien“ bedeutet das den konsequenten Abbau von Erhaltungssubventionen, wobei die Folgen eines solchen Kahlschlags für die Betroffenen allerdings sozial abgefedert werden sollen. Letzteres stellt sich für die SPD-Führung auch nicht als besonderes Problem dar, denn von der gezielten Unterstützung der profitabelsten Kapitale erhofft man sich: einen allgemeinen Modernisierungsschub, der auch andere Teile der Industrie erfaßt; die Eroberung neuer Märkte und einen neuen Schub in der Exportoffensive des BRD-Kapitals; die Ausweitung der Produktion und damit eine verstärkte Nachfrage nach Arbeitskräften.

Damit wäre also die Strategie einer staatlich garantierten Mindestrendite und eines staatlich geförderten Modernisierungsprozesses selbst das beste Mittel, um die sozialen Folgen der gegenwärtigen Strukturkrise abzuschwächen. Denn die damit geschaffenen Möglichkeiten zu vermehrten Investitionen und neuen Durchbrüchen auf dem Weltmarkt müßten ja zu erweiterter Beschäftigung, steigenden Masseneinkommen, größeren Spielräumen für den Ausbau des Sozialstaats usw. führen. Diese Rechnung (die ja nur eine modernisierte Variante jener bekannten Kalkulation darstellt, nach der die Gewinne von heute die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen sein sollen) enthält allerdings gleich eine ganze Reihe von schwerwiegenden Fehlern.

- Die Dynamik der internationalen Märkte wird entschieden überschätzt. Abgesehen davon, daß sich der Weltmarkt in den letzten zehn Jahren selbst in Aufschwungsperioden nur noch schwach entwickelt hat, ist in der nächsten Zeit mit einer neuen Weltwirtschaftskrise und einer erneuten starken



B. Ronstein 82^{xii}

erhöhen.

Der Angelpunkt dieser Konzeption ist nach den Ausführungen der Roth-Kommission eine kräftige und dauerhafte Steigerung der Investitionsfähigkeit. Dazu sei — so wird versichert — keine „Lohnzurückhaltung“ notwendig, wie sie von Kapitalisten und Koalitionsparteien gefordert wird. „Vielmehr kommt es darauf an, Kapital in weit größerem Maße als bisher und unter günstigeren Bedingun-

die gesamte staatliche Ausgabenpolitik primär an den jeweiligen Bedürfnissen des Kapitals zu orientieren und sie diesen Bedürfnissen unterzuordnen.

Ob das Verlangen des produktiven Kapitals nach einer „vernünftigen“ Profitrate allerdings durch die oben angesprochene Umverteilung von Gewinnen aus Geldanlagen zu befriedigen ist, scheint mehr als fraglich. Zum einen würde das Vorhaben einer massiven Besteuerung dieser Gewinne

Verengung der internationalen Märkte zu rechnen.

- die Weltmarktkonkurrenz wird damit noch mehr als heute Verdrängungskonkurrenz sein. Das heißt, es geht nicht mehr darum, wer sich auf einem expandierenden Weltmarkt das größte Stück des Zuwachses sichern kann, sondern darum, wie auf einem stagnierenden oder schrumpfenden Weltmarkt die Verluste zu verteilen sind.

- Das wird den internationalen Konkurrenzkampf weiter verschärfen und auch den Subventionswettbewerb drastisch anheizen. Denn ebenso wie es die SPD-Führung für die BRD vorschlägt, setzen natürlich die Regierungen aller imperialistischen Länder auf die massive Förderung der Wettbewerbsfähigkeit „ihrer“ Kapitale. Mit der weiteren Zuspitzung der Konkurrenz wird sich insgesamt die Labilität der internationalen Märkte und der ökonomischen Beziehungen verstärken, werden protektionistische Tendenzen zunehmen, wird die Aggressivität in den internationalen Handelsbeziehungen anwachsen usw. (Dabei sollte nicht vergessen werden, daß der BRD-Imperialismus schon heute mit seinen riesigen Exportüberschüssen einen erstrangigen Faktor bei der Destabilisierung des Weltmarktes darstellt.)

- Unter diesen Bedingungen wird das BRD-Kapital zur Verteidigung und zur Ausweitung seiner internationalen Positionen massiv auf weitere Kostensenkungen drängen. Das bedeutet verstärkte Rationalisierung und weiteren Abbau von Arbeitsplätzen, zunehmenden Druck auf Löhne und Lohnnebenkosten, steigende Anforderungen an die finanzielle Unterstützung durch den Staat.

- Wenn die SPD-Führung also ihre wirtschaftspolitische Strategie in erster Linie an einer Sicherung der Kapitalprofite und an einer Stützung der Weltmarktoffensive orientiert, unterwirft sich damit den notwendig anwachsenden Ansprüchen und Forderungen des Kapitals. Auf diese Weise ist aber auch ein Weg vorprogrammiert, der die finanziellen Spielräume für irgendwelche sozialen Abfederungen der vom Weltmarkt ausgehenden Zwänge gegen Null zurückschraubt und der als logische Konsequenz nur wieder die weitere Ausblutung der Werktätigen zugunsten der Expansion der „deutschen Wirtschaft“ zuläßt.

Versöhnung von Ökonomie und Ökologie

Eine solche Strategie der exportorientierten Modernisierung ist in ihren wesentlichen Elementen bereits während der Schmidt-Periode verfolgt worden; mit den bekannten Ergebnissen: Die immer rigoroser vorangetriebenen Umverteilungsprozesse zugunsten des Kapitals führten zu

einem Abbröckeln in der Anhängerschaft der SPD, zu einer schweren Krise der Partei, und schließlich war selbst das Bündnis zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften „für einen historischen Moment gefährdet.“ (Glotz, Zuspitzung, S. 154) Wenn dennoch diese Strategie auch für die späten achtziger Jahre bruchlos übernommen und weiterentwickelt werden soll, dann unterstreicht das ein erstaunliches Maß an Lernunfähigkeit bei der SPD-Führung.

In einem Punkt allerdings ist die erwähnte Strategie nicht unbedeutend modifiziert worden: Es soll nun nicht mehr allein um eine Modernisierung der Produktionsapparate und -verfahren, der Produktpalette usw. gehen, sondern auch um eine „ökologische Erneuerung unserer Industriegesellschaft.“ Die SPD ist in der Opposition zu der Erkenntnis gelangt, daß „die Trennung von ökonomischen und ökologischen Aspekten künstlich ist.“ (Roth, S. 57) Sie stellt in ihrer wirtschaftspolitischen Programmatik somit auch den Anspruch, Ökonomie und Ökologie endgültig miteinander zu versöhnen.

Gerade sozialdemokratische Gewerkschaftsführer, die vor noch nicht allzulanger Zeit mit Kampfpapieren gegen Umweltschützer als Arbeitsplatzvernichter ins Feld gezogen sind, sehen heute in ökologischen Fragen bei der SPD einen „Kompetenzvorsprung vor anderen politischen Kräften“ und sind der Meinung, daß die SPD es besser als jede andere politische Gruppierung verstehe, „Lasten und Kosten dieser (Umwelt-) Maßnahmen gerecht und fair zu verteilen.“ (Rappe/Steinkühler)

Es handelt sich hier allerdings um ein recht eigenartiges Verständnis von „gerechter“ Lastenverteilung. Denn nach den Konzepten zur „ökologischen Erneuerung“ und zur Umweltsanierung, wie sie etwa im Programmentwurf der Roth-Kommission entwickelt werden, sollen die anfallenden Kosten nicht etwa den für die Umweltzerstörung verantwortlichen Unternehmen aufgebürdet werden, sondern den Verbrauchern.

Den Kern dieser Konzeption bildet ein bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau einzurichtendes Sondervermögen „Arbeit und Umwelt“. Es soll in einem Zeitraum von zehn Jahren finanzielle Mittel in Höhe von etwa 18 Milliarden Mark pro Jahr mobilisieren und für Umweltinvestitionen zur Verfügung stellen. Mit diesen Mitteln sollen zum einen die Altlasten schrittweise beseitigt werden. Zum anderen stellt das Sondervermögen für Unternehmen, Gemeinden usw. aber auch „zinsgünstige Kredite für Umweltinvestitionen und ‚verlorene‘ Zuschüsse für Umweltinvestitionen von herausragender Bedeutung zur Verfügung.“ (Wirtschaftsprogramm, S. 25) Finanziert werden soll das Sondervermögen durch einen steuerlichen Zuschlag auf den Verbrauch von Strom, Mineralölprodukten und Erdgas.

Das Projekt Sondervermögen zielt also in zwei Richtungen: Es will die schlimmsten Umweltschäden reparieren, gleichzeitig aber vor allem staatliche Mittel bereitstellen für die Entwicklung von Umwelttechnologien, umweltverträglichen Produkten usw. Die Roth-Kommission hegt die Hoffnung, daß gerade auf diesem Gebiet ein Modernisierungs- und Wachstumsschub ausgelöst werden könnte, den sie euphorisch mit dem „Wiederaufbau“ nach dem Zweiten Weltkrieg vergleicht. „Umweltschutz ist ein Motor für die technische Entwicklung mit langfristigen Wachstumschancen.“ Mit Hilfe des Sondervermögens könnte das BRD-Kapital gerade in diesem Bereich einen entscheidenden Vorsprung bei Produkten und Produktionsverfahren ausbauen und „damit neue Absatzfelder auf den Weltmärkten gewinnen. So sind Anstrengungen zur Umweltschonung heute Wettbewerbsvorteile der Industrie, und vor allem zukunftsichere Arbeitsplätze von morgen.“ (Wirtschaftsprogramm, S. 38) Insgesamt beziffert die Kommission die durch den Einsatz des Sondervermögens zu schaffenden Arbeitsplätze auf 400 000.

Das Zauberwort in dieser Konzeption heißt „Ökonomisierung der Ökologie“: Durch die Subventionen aus dem Sondervermögen sollen die Unternehmen dazu angereizt werden, Investitionen in umweltverträgliche Verfahren und Produkte zu tätigen. Es müßte sich dann bei Produzenten wie Verbrauchern die Einsicht durchsetzen, daß auch für die Nutzung von Umwelt ein Preis zu zahlen sei. Dementsprechend sollten die Unternehmen dann höhere Kosten, die ihnen durch umweltverträgliches Produzieren entstünden, auf die Preise umwälzen. Somit hätte also das Sondervermögen eine Entwicklung angestoßen, in der die Marktkräfte selbst für eine „ökologische Erneuerung“, für die Überwindung des Widerspruchs zwischen Ökonomie und Ökologie sorgen würden.

Dazu bemerken Herr/Voy in einer Kritik des Programm-entwurfs: „Bei diesen Formeln auch vieler Grüner besteht der ideologische Kern in der Behauptung, daß durch die Anwendung von Geld und Preisen, also durch die Vermarktung der Natur, die ökologischen Probleme nicht nur zu lösen seien, sondern daß auch die ökologischen Probleme nur dadurch entstanden seien, daß insbesondere durch die grobschlächtigen, rein auf Verbote und starren Regelungen beruhenden staatlichen Interventionen der Markt in der Vergangenheit daran gehindert worden sei, mit seinen spontanen, dezentralen, flexiblen, innovativen Kräften ökologische Probleme gar nicht erst aufkommen zu lassen. Nicht die Marktwirtschaft habe versagt, sondern der dirigistische Staatseingriff.“ (Herr/Voy, S. 10)

Tatsächlich ist die Tendenz unverkennbar, staatliche Eingriffe wie Auflagen, Verbote usw. zugunsten von ökonomischen Anreizen zurückzunehmen. Hier ist es insbesondere die SPD-Rechte, die in der Programmdiskussion schon frühzeitig und in eindeutiger Weise Pflöcke setzen möchte. So warnte etwa Gesine Schwan in einem Papier des Seeheimer Kreises (Sprecher: Hermann Rappe) die Partei, in Sachen Umweltschutz „nicht in eine allgemeine Verbotshaltung zu verfallen, sondern an den vorhandenen Interessen und an der Kooperationswilligkeit der Menschen anzuknüpfen.“

Die Vorstellungen allerdings, über eine Ökonomisierung der Ökologie, durch abermaliges blindes Vertrauen auf die Marktkräfte, ließe sich die bedrohliche Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen aus der Welt schaffen, ist illusionär und gefährlich. Denn es handelt sich hier nicht um einen



Scheinkonflikt, der nur entstanden wäre, weil man vergessen hätte, der Natur rechtzeitig ein Preisschild aufzudrücken, sondern um einen realen Widerspruch zwischen dem Profitinteresse des Kapitals und dem gesellschaftlichen Interesse an einer intakten Umwelt.

Maßnahmen zum Umweltschutz werden für das Kapital immer zusätzliche Kosten sein, die entsprechend seine Konkurrenzfähigkeit untergraben. Insofern ist es auch absurd anzunehmen, die Unternehmen würden solche Kosten freiwillig auf sich nehmen und dann einfach mit höheren Preisen als ihre Konkurrenten auf den Markt gehen. Eine solche Kostenabwälzung auf die Preise ist nach der Marktlogik überhaupt nur möglich bei Unternehmen mit einer absoluten Monopolstellung wie etwa den Stromerzeugern. Generell aber lassen sich umweltverträgliche Produkte oder Produktionsverfahren nur durchsetzen mittels rigoroser staatlicher Auflagen für die Unternehmen.

Nach der gesamten Logik des Konzepts der „ökologischen Erneuerung“ müßte aber eine SPD-Regierung entweder vor solchen Auflagen zurückschrecken (weil sie die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt beeinträchtigen) oder aber die durch solche Auflagen entstehenden zusätzlichen Kosten dauerhaft subventionieren. Die Hoffnung jedenfalls, durch das Sondervermögen „Arbeit und Umwelt“ einen neuen Wachstumsboom in Gang setzen zu können, ist völlig überzogen.

Was von dieser Konzeption bleibt, ist einerseits die Förderung von Umwelttechnologien, die auch international nachgefragt werden (nicht zuletzt wegen der teilweise viel schärferen Auflagenpolitik in anderen Industrieländern); also die Subventionierung von zukunftssträchtigen Profitquellen für das Kapital. Andererseits wird natürlich ein Programm mit solch umfangreicher finanzieller Ausstattung wie das geplante Sondervermögen nicht unwesentlich zur Erledigung längst überfälliger Reparaturarbeiten wie der Entgiftung der Böden und des Wassers beitragen können.

Völlig unannehmbar ist es allerdings, daß sich die SPD hier vom Verursacherprinzip verabschiedet hat, daß also die Kosten für diese Reparaturmaßnahmen (ebenso wie die Kosten für eine staatliche Förderung von Umwelttechnologien) über die Verteuerung der Energiepreise den Verbrauchern aufgebürdet werden sollen, letztlich also gerade die Empfänger der niedrigsten Einkommen am stärksten belasten werden, während andererseits die größten Umweltzerstörer noch Subventionen abrufen können und auch die Sanierung der Altlasten noch ein profitables Geschäft verspricht.

Soziales Bündnis „Arbeit für alle“

Die SPD zentriert ihre programmatischen Vorstellungen zur Wirtschaftspolitik um die Frage der Beseitigung von Massenarbeitslosigkeit – im Gegensatz zu den Konservativen (siehe z.B. die Stuttgarter Leitsätze der CDU), für die Vollbeschäftigung längst kein durch staat-

liches Handeln anzustrebendes Ziel mehr ist. Dabei setzt die SPD in ihren Strategien – und hier wiederum durchaus in

Fortsetzung auf Seite IV

Fortsetzung von Seite III

Übereinstimmung mit den Konservativen — primär auf eine Wiederbelebung der Marktkräfte, durch die eine neue Weltmarktoffensive eingeleitet und mittels des erwarteten Wachstumsschubs die Beschäftigung ausgeweitet werden soll.

Aber: „Wir Sozialdemokratien wissen, daß mit Wirtschaftswachstum allein die Arbeitslosigkeit nicht beseitigt werden kann.“ (Wirtschaftsprogramm, S. 20) Dieser Herausforderung müßten sich vielmehr Staat, Arbeitgeber und Gewerkschaften gemeinsam stellen. Die SPD schlägt dazu ein umfassendes soziales Bündnis „Arbeit für alle“ vor. Es soll neben der Stützung der privaten Investitionen, der Förderung von Modernisierungsprozessen und dem erwähnten Sondervermögen „Arbeit und Umwelt“ vor allem beinhalten: den Ausbau von sozialen Diensten und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die Verkürzung und freiere Gestaltung der Arbeitszeit, Qualifizierungsmaßnahmen (insbesondere für Jugendliche und Arbeitslose) sowie eine „solidarische“ Finanzierung dieser auf höhere Beschäftigung zielenden Maßnahmen.

Ein wichtiger Hebel für ein Reformprogramm, das sich gleichermaßen am Abbau der Massenarbeitslosigkeit wie an den Bedürfnissen der Werktätigen insgesamt orientiert, müßte der konsequente Ausbau des Sozialstaats sein. Zu einer solchen Perspektive kann sich die SPD-Führung allerdings nicht durchringen. In Erinnerung ist hier noch die Bauchlandung des Kanzlerkandidaten Rau nach seiner vollmundigen Ankündigung einer Rücknahme aller von der jetzigen Regierung verfügten Sparmaßnahmen im sozialen Bereich. (In seiner Ahlener Rede bekannte sich Rau denn auch nur noch zur Aufhebung einer einzigen Maßnahme, nämlich der Kürzungen beim Bafög.)

Das liegt aber durchaus in der Konsequenz einer Strategie, nach der eine Erweiterung der Sozialleistungen nur dann möglich ist, wenn durch hohe Wachstumsraten entsprechende finanzielle Spielräume entstehen und wenn diese Ausgaben nicht zu Lasten von „vernünftigen“ Bedingungen der Kapitalverwertung gehen.

Die Roth-Kommission ignoriert folglich auch völlig die Vorschläge, die der DGB zu einer Ausweitung öffentlicher Dienstleistungen und öffentlicher Beschäftigung gemacht hat. Stattdessen ist nur eine beschränkte Ausweitung sozialer Dienste in bestimmten Bereichen (wie der Betreuung von Alten, Behinderten und Ausländerkindern) vorgesehen. Fatal ist insbesondere der Umstand, daß die dazu notwendigen zusätzlichen Stellen durch ABM-Kräfte besetzt werden sollen. Statt also den Stellenabbau im öffentlichen Dienst umzukehren, setzt sich die Kommission für die Ausweitung eines „zweiten Arbeitsmarktes“ mit ungesicherten und ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen ein und vertieft damit die Spaltungslinien zwischen den Werktätigen im öffentlichen Dienst.

In bezug auf die „solidarische“ Finanzierung zusätzlicher ABM-Stellen heißt es: „Von der öffentlichen Hand werden auf Dauer nur mehr Dienstleistungen angeboten werden können, wenn sich die Einkommensstrukturen im öffentlichen Dienst ändern.“ (Wirtschaftsprogramm, S. 68) Hier ist offensichtlich in erster Linie daran gedacht, auch Beamte mit Beiträgen für die Arbeitslosenversicherung zu belasten. Überhaupt ist ein Grundgedanke der Roth-Kommission, daß staatliche Ausgaben für mehr Beschäftigung — sei es die Ausweitung von ABM-Stellen oder die verbesserte Umschulung von Arbeitslosen — durch die „Arbeitsplatzbesitzer“ zu finanzieren sind.

Offenkundig hat sich nicht nur in der Kommission, sondern auch in der SPD-Führung inzwischen Fritz Scharpf's These vom „Sozialismus in einer Klasse“ durchgesetzt, nach der die Kosten für die Milderung von Krisenfolgen wie Massenarbeitslosigkeit ausschließlich innerhalb der Lohnabhängigen selbst umverteilt werden müssen. „Diese Kosten müssen aufgebracht werden, und wir kommen dabei nicht darum herum, sie aus den Arbeitnehmereinkommen und aus dem Konsum derer, denen ein Einkommen zur Verfügung steht, zu bestreiten. Es ist also eine Art Solidaropfer, eine Art Umverteilung innerhalb der Arbeitnehmerschaft und der Konsumenten notwendig, die den Faktor Kapital ausklammert. Das muß man leider so hart sagen.“ (Scharpf, S. 788)

Nach dem gleichen Muster soll ja auch — wie wir gesehen haben — die Umwelt saniert werden. Aber wer „vernünftige“ Bedingungen der Kapitalverwertung garantieren will, muß eben in jedem Fall den „Faktor Kapital“ (also den Verursacher von Massenarbeitslosigkeit ebenso wie von Umweltzerstörung) von der Beteiligung an einer Reparatur der sozialen Folgen des Profitsystems ausnehmen.

Ein weiterer Bestandteil in dem angestrebten Sozialen

Bündnis „Arbeit für alle“ ist die Arbeitszeitverkürzung. In dieser Frage soll ein „Grundkonsens“ zwischen Staat, Gewerkschaften und Arbeitgebern hergestellt werden. Dieser Konsens würde zwei wesentliche Bestandteile haben:

- „Auch hier gilt: ohne Solidarbeitrag derjenigen, die Arbeit und Einkommen haben, wird eine umfassende Arbeitszeitverkürzung nicht möglich sein.“ (Roth, S. 154)
- Neben der generellen Verkürzung der Arbeitszeit kann auch die freiere Arbeitszeitgestaltung einen Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit leisten.“ (Wirtschaftsprogramm, S. 76)

Es geht also auch hier wieder einmal darum, das Kapital von Kosten zu entlasten und stattdessen den „Solidarbeitrag“ der Werktätigen einzufordern; darüber hinaus werden die Gewerkschaften bedrängt, ihren Widerstand gegen die weitere Flexibilisierung der Arbeitszeiten aufzugeben. (D. Hensche merkt zu diesen Passagen im Programm-entwurf der Roth-Kommission an, sie „hätten aus jeder Broschüre des BDA übernommen werden können.“)

Insbesondere in Sachen Flexibilisierung hat die SPD-Führung in letzter Zeit eine heftige ideologische Kampagne geführt. Roth z. B. will den zu Recht diskreditierten Begriff Flexibilisierung durch „freiye Arbeitszeitwahl“ ersetzen. Glotz hat dafür (auf dem Umweg über André Gorz) sogar den Marx-schen Begriff der „disponiblen Zeit“ geklaut: Es wird damit unterstellt, mit dem Eingehen auf die Flexi-Strategien des Kapitals ließen sich die starren Grenzen zwischen Arbeitszeit und Freizeit auflösen und somit für die Werktätigen neue Möglichkeiten einer freieren Gestaltung ihrer Lebensbedingungen eröffnen.

Dabei wird allerdings geflissentlich übersehen, daß es das Kapital ist, welches über die Zeit disponiert, daß seine Flexi-Strategien nicht darauf abzielen, die Zeitsouveränität der Werktätigen zu erweitern, sondern umgekehrt sich das Kapital die Möglichkeit schaffen will, je nach den Bedingungen der Produktion über die gesamte Lebenszeit der Werktätigen als Arbeitszeit verfügen zu können. Insofern ist Hensche zuzustimmen: „Freiere Gestaltung der Arbeitszeit, flexible Arbeitszeiten sind jetzt in den nächsten Jahren in der sozialen und betrieblichen Wirklichkeit Rationalisierungsinstrumente der Unternehmer gegen die Arbeiter, und nicht umgekehrt Gestaltungsspielräume der abhängig Beschäftigten gegen die Interessen der Unternehmer.“ (Hensche, S. 25)

„Solidarpakt“ zwischen Arbeit und Kapital

Folgen. „Wir brauchen Solidarpakte gegen die Arbeitslosigkeit, in die jede Gruppe etwas einbringt.“ (Roth, S. 76) Dabei geht die SPD-Führung — wie gezeigt — außerordentlich freizügig mit dem sozialen Besitzstand der Werktätigen um: In bezug auf eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit z. B. hätten sie empfindliche Lohneinbußen und eine Unterwerfung unter die Flexi-Strategien des Kapitals in den „Solidarpakt“ einzubringen.

Die Frage ist allerdings, ob das Kapital — auch bei weitgehenden Opfern der Werktätigen — überhaupt zu einem solchen „Solidarpakt“ bereit ist. Über diese Frage verbreitet die SPD-Führung gefährliche Illusionen. Roth etwa schwadroniert von einer wachsenden Angst im Unternehmerlager vor der industriellen Reservearmee, „die überhaupt nicht mehr regiert werden kann und die Stabilität der Gesellschaft bedroht.“ Die Konsensbereitschaft des Kapitals nehme daher zu, und es sei unübersehbar, daß „Positionen, wie sie noch im Lambsdorff-Papier festgehalten sind, an Einfluß verlieren.“ (Roth-Interview, S. 15) Rau hat festgestellt, daß die Unternehmer und Manager, mit denen er zu tun hat, in Opposition zum Kohl-Kabinett stehen; keiner von ihnen hätte die „Position der Bundesregierung vertreten.“ (Rau, S. 4)

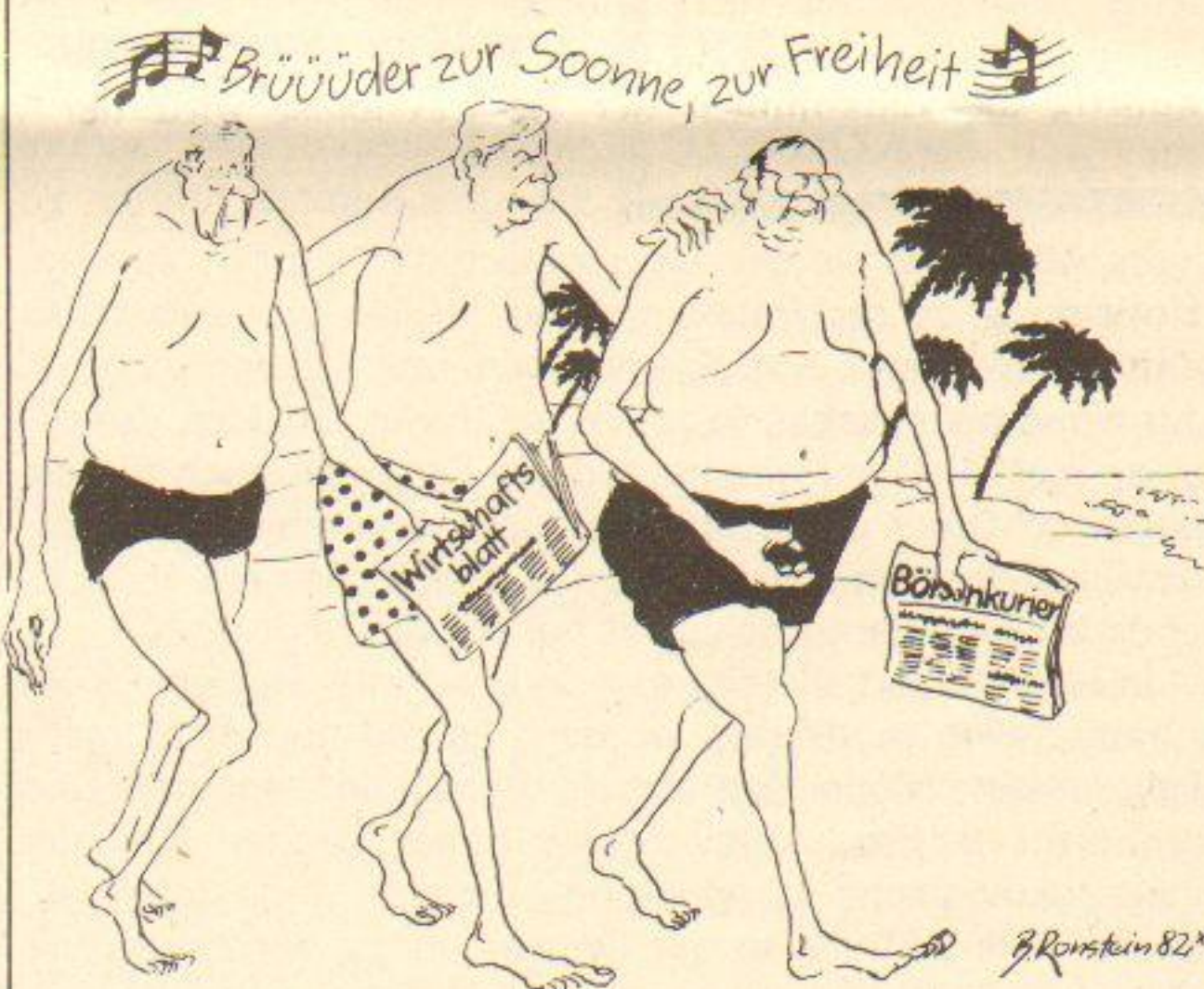
Auf einer solchen grotesken Fehleinschätzung der sozialen Wirklichkeit will die SPD-Führung ihren Sozialpakt aufbauen: Sie bietet sich wieder einmal dem Kapital als Garantin des sozialen Friedens an, als Partei, die — nicht zuletzt mittels ihres Einflusses auf die Gewerkschaften — dafür Sorge tragen könne, daß die Werktätigen alle ihnen zugemuteten „Solidaropfer“ ohne Widerstand auf sich nehmen würden. Was allerdings das Kapital in einen solchen Pakt einzubringen

hätte, wird weder aus dem Entwurf der Roth-Kommission, noch in anderen Positionspapieren aus dem Führungskreis der SPD richtig deutlich. Man könnte aber den zu erbringenden Beitrag des Kapitals wohl so umreißen: Garantie der Kernbestandteile des Sozialstaats, Zustimmung zu den beschränkten staatlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Verzicht auf Angriffe gegen die rechtlichen Positionen der Gewerkschaften.

Das Kapital aber hat an solchen Sozialpakten, die ihm eine gewisse Zurückhaltung auferlegen, nur dann ein Interesse, wenn es sich (in Zeiten der Vollbeschäftigung etwa) in einer ungünstigen Lage gegenüber der Arbeiterklasse befindet. Eine solche Lage ist aber gegenwärtig nicht gegeben. Das Kapital ist weder von Furcht gepackt vor dem Anschwellen der industriellen Reservearmee, noch hat es irgendein Interesse an einem „Grundkonsens“ zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit. Denn gerade diese Reservearmee ist für das Kapital der entscheidende Hebel, um die Arbeiterklasse vollends seinem Diktat zu unterwerfen. Die Existenz einer wachsenden Massenarbeitslosigkeit verschafft dem Kapital gerade die Möglichkeit, jede Zurückhaltung aufzugeben und durch eine gründliche Schwächung der Gewerkschaften sowie einen Angriff auch auf die Grundelemente des Sozialstaates das gesellschaftliche Kräfteverhältnis entscheidend zu seinen Gunsten zu verschieben.

Die gesamte Strategie der SPD-Führung aber gründet letztlich auf einem solchen illusionären Sozialpakt zwischen Arbeit und Kapital: Sie ist durchgängig bestimmt von Vorleistungen und Opfern, die zwecks Garantie eines „vernünftigen“ Profits durch die Werktätigen zu erbringen sind; damit verknüpft ist die bloße Hoffnung, das Kapital möge es nicht gar zu schlimm treiben und ein gewisses Entgegenkommen zeigen. Mit einer solchen Strategie würde sich eine SPD-Regierung, mehr noch als zu Beginn der achtziger Jahre, wieder in einen fundamentalen Gegensatz zu den Interessen ihrer Anhängererschaft bringen und ihr erneutes Scheitern vorbereiten.

Ob davon dann allerdings die Linke profitieren könnte, scheint mehr als fraglich. Eher dürfte (wie jetzt in Frankreich geschehen) ein zweiter Zusammenbruch des sozialdemokratischen Reformprojekts erneut die Positionen der Konservativen festigen. Kein Wunder also, daß auch linke Sozialdemokraten wie Hensche „einem sozialdemokratischen Wahlsieg im Jahre 1987 mit durchaus gemischten Gefühlen entgegensehen. Er könnte für lange Zeit der letzte gewesen sein!“ (Hensche, S. 25)



- P. Glotz, Die Arbeit der Zuspitzung, Westberlin 1984
P. Glotz, Manifest für eine Neue Europäische Linke, Westberlin 1985
D. Hensche, Wege in die Industriegesellschaft ... In: Sozialismus 12/85
H. Herr/K. Voy, Übereinstimmung im einzelnen, Differenz im ganzen. In: Kommune 12/85
Jungsozialisten, „Wer vom Kapitalismus nicht reden will ...“ In: Anpassung oder Reform, Hamburg 1985
H. Rappe/F. Steinkühler, „Hohe Wachstumsraten sind kein Ziel an sich“. In: Frankfurter Rundschau 2.5.85
J. Rau, Versöhnen statt spalten. In: politik. Informationsdienst der SPD, Nr. 13, Dezember 85
W. Roth, Der Weg aus der Krise, München 1985
Roth-Interview: Sozialismus 9/85
F. Scharpf, „Mehr Skepsis ist angebracht“. In: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 9/85
G. Schwan, Der Kurs der SPD aus Godesberger Sicht. In: Frankfurter Rundschau 27.3.85
Wirtschaftsprogramm: Die Wirtschaft ökologisch und sozial erneuern. Manuskript, Bonn 1985

„zum thema“, die Beilage im „Roten Morgen“ — Zei- tung der KPD.

Kontakt zur KPD: über die lokalen Kontaktadressen oder das Zentrale Büro: KPD, Wellinghofer Str. 103 4600 Dortmund 30, Tel.: (0231) 433691. Die Zeitung „Roter Morgen“ erscheint 14tägig zum Einzelpreis von 1,50

Mark. Sie kann mit diesem Coupon bestellt werden.

Hiermit bestelle ich:
Abonnement(s)
ab.Nr.

- ☐ jährlich 40 DM
☐ halbjährlich 20 DM

☐ Ich lege Post/Bank-scheck bei über DM

☐ Ich habe den Betrag von DM an den Verlag überwiesen

☐ Ich bitte um Vorausrechnung

☐ Ich bin arbeitslos / Schüler / Student und zahle nur den halben Preis. Bescheinigung liegt bei.

Name

Vorname

Straße:

PLZ/Ort

Die Abonnementgebühren sind im Voraus zu zahlen. Das Abonnement verlängert sich, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Bankverbindungen: Sparkasse Dortmund, Kto.-Nr.: 321000290 (Bankleitzahl 440501199) Postscheckkonto Dortmund 79600 - 461

Gorbatschows ökonomisches Reformprogramm

Im ersten Teil des Artikels (siehe RM 10/86) wurden die vom 27. Parteitag der KPdSU beschlossenen ökonomischen Reformen dargestellt. Der Artikel kam zu der Auffassung, daß die beschlossenen Maßnahmen längerfristig nicht geeignet sind, die Probleme der sowjetischen Wirtschaft im Sinne der sowjetischen Führung zu lösen. Im folgenden zweiten Teil des Artikels wird vor allem die Rolle, die Gorbatschows Reformprogramm der Arbeiterklasse zuweist, untersucht.

von HORST DIETER KOCH

Das gesamte ökonomische Konzept des 27. Parteitages der KPdSU dreht sich um die Kernthese, daß dem betrieblichen Gewinn die entscheidende Steuerungsfunktion für die Wirtschaft zukommt. In diesem Rahmen fordert Gorbatschow auch eine aktive Rolle der Belegschaften, der Gewerkschaften, Kritik an unfähigen Leitungen usw. Wichtiger als diese moralischen Appelle dürfte sein, daß künftig die Einkommen der Beschäftigten an die betrieblichen Gewinne gekoppelt sein sollen.

Man darf annehmen, daß diese Koppelung tatsächlich dazu führt, daß die Belegschaften an der Steigerung des betrieblichen Gewinns interessiert werden, obwohl das natürlich davon abhängt, wie groß der Einfluß des einzelbetrieblichen Gewinns auf die Einkommen tatsächlich sein wird.

Um die klassenpolitische Wirkung dieser allgemeinen Orientierung zu beurteilen, gilt es sich zu vergegenwärtigen, daß die Kategorie des betrieblichen Gewinns in Wirklichkeit kaum etwas über den tatsächlichen gesellschaftlichen Nutzen der Produktion in einem Betrieb aussagt. So kann etwa ein Betrieb einen relativ hohen Gewinn erwirtschaften, aber gleichzeitig einen vielfach höheren Schaden für die Gesellschaft durch Umweltzerstörung anrichten.

Um das noch an einem anderen Beispiel zu verdeutlichen: der betriebliche Gewinn ist selbstredend dann möglichst groß, wenn eine möglichst hohe Auslastung des Betriebes erreicht wird. Eine wesentliche vom 27. Parteitag beschlossene Maßnahme sieht vor, daß die Betriebe die Lieferverträge frei aushandeln sollen, daß staatliche Anordnungen (etwa: der Betrieb X muß mit dem Betrieb Y einen Vertrag über die Lieferung von Halbfertigprodukten abschließen, er kann also keinen Vertrag mit dem Betrieb Z abschließen) weitgehend abgebaut werden sollen. Das eröffnet etwa einem Betrieb mit modernen Anlagen und eingefuchster Belegschaft die Möglichkeit, mit Betrieben Verträge abzuschließen, die früher ihre Produkte von anderen Betrieben aufgrund staatlicher Eingriffe beziehen mußten, jetzt aber den Zulieferbetrieb wechseln, weil der betreffende Betrieb größere Gewähr für gute

Teil II: Die ökonomischen Beschlüsse des 27. Parteitages vertiefen die gesellschaftliche Ohnmacht der Arbeiterklasse

Qualität und termingerechte Lieferung bietet, was ja wiederum für die Gewinnchancen des Abnehmerbetriebes von großer Bedeutung ist. Unser modern ausgerüsteter Betrieb erlangt so hohe Auslastung und hohen Gewinn. Seine Ressourcen, Anlagen, die Arbeitskraft seiner Belegschaft werden optimal genutzt. Dem steht aber gegenüber, daß andere Betriebe Abnehmer verloren haben. Die in ihnen gebundenen gesellschaftlichen Ressourcen werden zumindest teilweise vergeudet. Die gesellschaftliche Bilanz dieses Vorgangs sieht also völlig anders aus als die Bilanz unseres Musterbetriebes. Erstere kann negativ sein, obwohl die Bilanz unseres Musterbetriebes äußerst positiv ausgefallen ist.

Die gesellschaftliche Bilanz würde mit Abstand besser aussehen, wenn unser Musterbetrieb und seine qualifizierte Belegschaft sich darum bemühen würden, mit ihren Erfahrungen den anderen Betrieben zu helfen, ihr Produktionsniveau zu erreichen, statt sie niederzukonkurrieren.

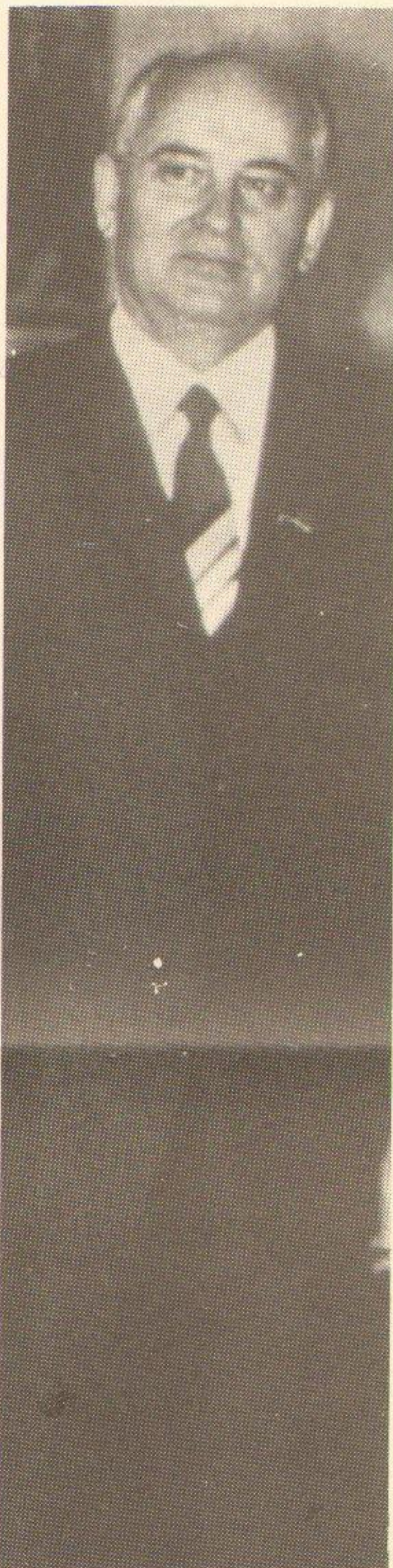
Mit der Orientierung auf die Steigerung des einzelbetrieblichen Gewinns, durchgesetzt über den ökonomischen Zwang auf die Belegschaften mittels des Lohnsystems, wird der Arbeiterklasse tatsächlich jede gesellschaftliche Führungsrolle abgesprochen.

Die Setzung des Gewinns als zentrale Kennziffer ist das Gegenteil von stofflicher, gebrauchswertorientierter Planung. Indem die Erzielung eines geldwertmäßig ausgedrückten Gewinns zum eigentlichen Ziel der Produktion erhoben wird, geht es bei allen wesentlichen Unterschieden zum hiesigen Kapitalismus um die „Verwertung des Werts“. Nicht der gesellschaftliche Nutzen der Arbeit der Belegschaft ist dann ausschlaggebend für ihre Beurteilung, sondern die Erbringung eines möglichst großen Mehrwerts als Voraussetzung für einen möglichst hohen Gewinn.

Wenn über die Lohnfrage die Arbeiter angetrieben werden, die Mehrwertproduktion zu steigern, hat alles, was in diesem Zusammenhang über eine aktive Rolle der Belegschaften, Beteiligungsrechte der Gewerkschaften u.ä. gesagt wird, mit tatsächlicher Produzentendemokratie so wenig zu tun, wie bei Siemens die Arbeitsplatzbewertung oder die Qualitätszirkel.

Daß im Gorbatschowschen Reformprogramm die Arbeiterklasse nur als Objekt des Wirtschaftsprozesses vorkommt, wird schon daran deutlich, daß sie nur als in Belegschaften atomisierte Klasse vorkommt. Diese Spaltung wird sich ja, wenn die Maßnahmen des 27. Parteitages tatsächlich greifen sollten, auch in einer wachsenden Lohndifferenzierung zwischen den einzelnen Betrieben manifestieren. Folge davon kann nur die Vertiefung der gesellschaftlichen Ohnmacht der Arbeiterklasse sein.

Eine theoretische Begründung für das verkündete Konzept ökonomischer Strukturreformen lieferte Gorbatschow in seinem Bericht an den Parteitag nicht. Dabei wird, nebenbei bemerkt, deutlich, daß der 27. Parteitag keineswegs so quali-



tativ neue Ergebnisse zeitigte, wie es vielfach dargestellt wird. Die diesbezügliche theoretische Diskussion hat im wesentlichen in den 60er Jahren stattgefunden und kann im Rahmen dieses Artikels nicht nachgezeichnet werden. (Sie ist in ihren Grundzügen dargestellt in Detlef Schneiders lesenswertem Aufsatz „Zum ökonomischen System der DDR“ in Kommunistische Hefte Nr. 13). Jedenfalls wurde die zentrale Betonung des betrieblichen Gewinns und die bewußte Ausweitung von Marktbeziehungen im wesentlichen damit begründet, daß anders ein richtiges Verhältnis zwischen verschiedenen Wirtschaftszweigen nicht hergestellt werden könnte und wirksame Antriebskräfte für eine dynamische Entwicklung der Wirtschaft nicht freigesetzt werden könnten.

Was die Frage einer proportionalen Entwicklung der Wirtschaft angeht, haben wir schon darauf hingewiesen, daß diese richtigen Verhältnisse zwischen den verschiedenen Sektoren der Wirtschaft sich in der kapitalistischen Marktwirtschaft des Westens nur vorübergehend und unter großen Krisen mit ihren bekannten Wirkungen auf die Arbeiterklasse einstellen, daß Gor-

batschows Reformkonzept gerade diesbezüglich wenig Effektivität im Sinne der sowjetischen Führung verspricht, weil die Beschränkungen im Wirken der Marktgesetze in der Sowjetunion gerade dort nicht sehr aufgeweicht werden, wo der Marktmechanismus im „klassischen“ Kapitalismus ansetzt, um entstandene Ungleichgewichte durch die Krisen gewaltsam vorübergehend wieder ins Lot zu bringen.

Beschäftigen wir uns also mit der Frage der „Antriebskräfte“. Die Produktivitätsentwicklung im Kapitalismus wird vor allem durch die Bewegung der Profitrate und die Peitsche der Konkurrenz vorangetrieben. Die Behauptung der bürgerlichen Ökonomen ist seit eh und je, daß, wenn diese im privaten Gewinnstreben begründeten Antriebe durch Vergesellschaftung beseitigt würden, sich allgemeine Faulheit und Desinteresse an der Wirtschaftsleitung breit machen würde. Die revisionistische Wirtschaftstheorie übernahm in den 60er Jahren diese bürgerliche These insofern, als sie nun auch in dem Streben nach betrieblichem Gewinn, in der materiellen Stimulierung der Belegschaften, in der Ausweitung der Marktbeziehungen bzw. der Simulierung ihrer Wirkungen über entsprechende Kennziffern den Weg sah, ökonomische Antriebskräfte freizusetzen.

Daß ein „Sozialismus“, der auf dieselben ökonomischen Antriebe wie der Kapitalismus angewiesen ist, auch die Stellung der Arbeiterklasse nicht qualitativ verändern kann, ist relativ leicht einsehbar. Wenn die Behauptung richtig wäre, daß andere Antriebskräfte für eine sozialistische Ökonomie nicht freizusetzen sind, wäre damit zwar ein vernichtendes Urteil über den Sozialismus gesprochen, aber keine Grundlage für eine marxistische Kritik an der Ökonomie der revisionistischen Länder mehr gegeben.

Weil die Behauptung, es gäbe keine anderen „Antriebskräfte“, identisch ist mit der Behauptung, die Befreiung der Arbeiterklasse aus ihrer Objektrolle in der Produktion sei nicht möglich, muß eine revolutionäre marxistische Kritik am Revisionismus eben diese Behauptung zentral bestreiten und eine alternative Entwicklungsmöglichkeit begründen.

Dies kann hier nur skizzenhaft und sehr allgemein geschehen. Auch in der bürgerlichen Gesellschaft wird Arbeit geleistet, deren Antriebe nicht der Mehrwertproduktion entspringt: Eine Hausgemeinschaft verschönert in gemeinsamer Anstrengung ihren Hof, ein Sportverein baut sich ein Clubhaus usw. Derartige Beispiele sind zahlreich, jeder kennt das, man muß die Aufzählung nicht verlängern. In unserem Zusammenhang sind diese Beispiele gewiß auch trivial, weil sie auf persönlichen Beziehungen beruhen und absolute Nebenpfade des Wirtschaftsverkehrs betreffen, weshalb diese Beispiele keineswegs auf die gesamte Gesellschaft ausdehnbar erscheinen.

Immerhin: Der Antriebe für diese Arbeit liegt offensichtlich darin,

daß die daran teilnehmenden Menschen die Erwartung eines gebrauchswertmäßigen Vorteils (keines tauschwertmäßigen) mit der Ableistung dieser Arbeit verbinden. Selbst, wenn man berücksichtigt, daß häufig natürlich vorher überlegt wurde, was es kosten würde, eine Firma mit den betreffenden Arbeiten zu beauftragen, wird man die Einsparung von Geld durch Eigenleistung nicht als den eigentlichen Ansporn dieser Arbeit begreifen können, weil sich tatsächlich durch diese Arbeiten kein tauschwertmäßiger Vorteil ergibt. Der eigentliche Antriebe ist der Gebrauchswert. Es geht darum, daß Menschen bestimmte Ansprüche befriedigen ohne Umweg über den Tauschwert.

Das — und nur das — läßt sich sehr wohl auf die Gesellschaft übertragen. Der Antriebe sozialistischer Wirtschaftsaktivität kann nur darin liegen, daß die unmittelbaren Produzenten Konsens darüber erreichen, welche Vorteile für die Gesellschaft und ihre einzelnen Mitglieder angestrebt werden sollen und welche wirtschaftlichen Aufgaben im einzelnen zu lösen sind, damit diese Vorteile tatsächlich realisiert werden können. Die Bestrebungen, die in eine solche demokratische Plandiskussion eingehen könnten und müßten, sind vielfältig und stellen in der bürgerlichen Gesellschaft den Antriebe für mächtige soziale Bewegungen, die sich im Kapitalismus natürlich gegen die Logik des Profits richten müssen, dar: das Streben nach mehr individuellem Konsum für die Arbeiter und Angestellten (auf dem erzwungenen Umweg über den Lohnkampf), nach mehr öffentlichen Sozialleistungen, für die Verkürzung der Arbeitszeit in ihren verschiedenen Formen, für wirksame Maßnahmen gegen die Umweltzerstörung usw. Was sich im Kapitalismus als mächtiger Antriebe für die Aktivität von vielen Millionen erweist, aus der die Produktion bestimmenden Logik des kapitalistischen Verwertungsprozesses aber weitgehend ausgespart ist (unsere Aufzählung ist ja völlig unvollständig), muß im Sozialismus zum Antriebe der Ökonomie werden.

Eine Planwirtschaft, die die an ökonomische Voraussetzungen gebundenen Ansprüche der Menschen an das Leben als Triebkräfte der Wirtschaftsaktivität freisetzen soll, hat allerdings eine umfassende Produzentendemokratie zur Voraussetzung, welche ihrerseits nicht vorstellbar ist ohne umfassende politische Demokratie für die Werktätigen.

Der Anspruch der Herrschenden in der Sowjetunion auf Wahrung ihres Monopols der Verfügung über die politische Macht, die Produktionsmittel, das gesellschaftliche Mehrprodukt steht allerdings im antagonistischen Widerspruch zur Freisetzung dieser Triebkräfte einer wirklich sozialistischen Ökonomie. Weil das aber ihr Interesse ist, ist die herrschende Klasse in der Sowjetunion angewiesen auf die Mobilisierung kapitalistischer Antriebskräfte. Das ist ihnen bisher nur schlecht gelungen. Wir wagen die Behauptung, daß es auch der Gorbatschow-Führung schlecht gelingen wird. Ein Argument dafür, daß die heutige Sowjetunion vom Standpunkt der Arbeiterklasse einen qualitativen Fortschritt gegenüber den kapitalistischen Verhältnissen hierzulande repräsentiert, ist das noch lange nicht.

§ 48 StGB: Härtere Strafen für „Rückfalltäter“ oder: Wer nicht hören kann, muß fühlen

von MANUEL KABIS

Seit mit zunehmender Armut in der BRD insbesondere die „Diebstahls-kriminalität“ sprunghaft zunimmt, rückt die Vorschrift des § 48 Strafgesetzbuch (StGB), der „Rückfall“, verstärkt in die öffentliche Diskussion. Dieser Paragraph wirkt als besonderer Knüttel für die Täter, die mehrfach vorbestraft sind. Wir wollen darstellen, was Inhalt und Zweck der Vorschrift ist und auf wen sie angewandt wird. Läßt sich behaupten, daß sie Instrument der Klassenjustiz gegen die arbeitenden und armen Klassen und Schichten ist?

Nehmen wir die Strafverfolgungsstatistik, als Beispiel die von 1980. In diesem Jahr wurden 492 393 Straftäter verurteilt, von diesen waren 193 572 vorbestraft. Die Rückfallvorschrift des § 48 wurde bei 8 423 Verurteilungen angewandt. Das mag auf den ersten Blick nicht so viel sein, nämlich ganze 1,7 Prozent aller Verurteilten. Doch dieses Verhältnis täuscht: Wer nach § 48 schärfer bestraft wird, geht in den Knast. Setzt man die über 8000 nach § 48 verschärften Verurteilungen ins Verhältnis zur Zahl der 1980 einsitzenden Strafgefangenen von 35 393, so ergibt sich, daß 23,3 Prozent aller Inhaftierten nach § 48 bestraft waren. Überhaupt vorbestraft waren 79,6 Prozent aller Gefangenen.

Wer sitzt im Knast? 1980 waren 1/3 aller sich im Erwachsenenvollzug befindlichen Gefangenen und 48 Prozent der im Jugendvollzug Einsitzenden wegen Diebstahls bestraft. Vorbestraft waren unter den wegen einfachen Diebstahls Einsitzenden 39 Prozent und unter den wegen schweren Diebstahls im Knast Befindlichen 77 Prozent. Die Rückfallvorschrift des § 48 wurde bei 3,2 Prozent der einfachen und bei 17,2 Prozent der schweren Diebstähle angewandt. Bei den Verurteilten insgesamt lag die Quote aber nur bei 1,5 Prozent. Es zeigt sich also, daß § 48 überproportional auf Diebstahlsfälle angewandt wird.

Dieses Ergebnis bringt die bürgerlichen Juristen und Kriminologen ins Schwitzen. Einerseits will man den Rückfall vermeiden, andererseits aber scheinen sich die meisten Täter die Strafe grade keine Lehre sein zu lassen. Was wird dann aus dem schönen Modell der „Warnfunktion“ der Strafe? Und, wird diese „Warnung“ dann ernst genommen, wenn ein „kleiner Krimineller“ als Rückfalltäter wegen einer Kleinigkeit ins Gefängnis muß, nach dem Motto „wer nicht hören kann, muß fühlen“? Einem Teil des Problems entledigen sich manche Juristen und Kriminologen, indem sie Mutter Natur bemühen: Von angeborenen und ererbten Verbrechenmerkmalen ist da die Rede (3) und wenn schon einer aufgrund genetischer Veranlagung kriminell ist, ist eh Hopfen und Malz verloren. Akte zu und ab in die Sicherheitsverwahrung oder die Psyche. Der nächste Teil der Fälle ist „krankheitsbedingt“. Von Kleptomanie (zwanghaftes Stehlen-müssen) bis drogenbedingter Labilität reicht die Palette. Hat man diese Leute als Hoffnungslose aussortiert, reduziert sich das ganze Problem schon mal erheblich. Und über diese Restfälle, da darf man dann auch nachdenken, ob es mit der Gerechtigkeit noch vereinbar ist, einen rückfällig gewordenen Eierdieb einzusperrern. Da wird sich



• 48 StGB ist eine Strafzumessungsvorschrift; sie setzt im Bereich des an den Täter gestellten Schuldvorwurfs an. „Keine Strafe ohne Schuld“ lautet ein strafrechtlicher Grundsatz, der laut Bundesverfassungsgericht Verfassungsrang hat: „Dieser Grundsatz ist an der Idee der Gerechtigkeit orientiert und findet seine Grundlage im Rechtsstaatsprinzip und in Art. 1 GG (Menschenwürde, d. Verf.). Das bedeutet, daß — gemessen an der Idee der Gerechtigkeit — Tatbestand und Rechtsfolge sachgerecht aufeinander abgestimmt sein müssen.“ (1) In jedem Strafverfahren wird, nachdem festgestellt ist, daß ein Angeklagter einen bestimmten Tatbestand verwirklicht hat, geprüft, wie hoch die Schuld des Täters anzusetzen ist. § 48 StGB nennt als Umstände, die das Gericht abzuwägen hat, „die Beweggründe und die Ziele des Täters; die Gesinnung, die aus der Tat spricht und der bei der Tat aufgewendete Wille; das Maß der Pflichtwidrigkeit; die Art der Ausführung und die verschuldeten Auswirkungen der Tat; das Vorleben des Täters, seine persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse, sowie sein Verhalten nach der Tat, besonders sein Bemühen, den Schaden wieder-gutzumachen.“

Das Gesetz geht nun in § 48 davon aus, daß, wer mehrfach Straftaten verübt hat, mehr Schuld auf sich geladen hat als ein einmalig straffällig Gewordener. Dabei spielt es zunächst keine Rolle, welcher Art die

Vorfälle und die Straftat, wegen der der Täter neuerlich vor Gericht steht, sind. Voraussetzung für die Anwendung der Rückfallvorschrift ist nur, daß der Täter zweimal wegen einer vorsätzlichen Tat bestraft sein und mindestens drei Monate Haft dafür verbüßt haben muß. Außerdem muß ihm vorwerfbar sein, daß er sich die früheren Strafen nicht hat als Warnung dienen lassen. Einzig in diesem Zusammenhang kann die Art der Straftat von Bedeutung sein. Wer z. B. wegen Alkohol am Steuer vorbestraft ist, wird sich durch diese Strafe nicht unbedingt von einem Diebstahl abhalten lassen. Eine solche Konstellation kann im Einzelfall die Anwendung des § 48 unangemessen werden lassen. Das Motiv des Rückfallparagraphen besteht in einer angeblichen „Schuldsteigerung“ dadurch, daß der Täter sich die Vorstrafen nicht hat als „Warnung“ dienen lassen. Wer schon früher mit dem Gesetz in Konflikt gekommen ist und dennoch erneut straffällig wird, der müsse seine Lektion eben in der Weise lernen, daß er nun härter bestraft wird, daß nämlich die Mindeststrafe für die neue Tat mindestens sechs Monate beträgt.

Wen trifft nun dieser Rückfall-paragraph? Zunächst muß man sich folgendes vor Augen halten: Absatz 2 des § 48 besagt, daß die Rückfallverschärfung nicht anzuwenden ist bei Straftaten, deren Höchstmaß der Freiheitsstrafe weniger als ein Jahr

beträgt. Dabei geht es nicht um die tatsächlich verhängte Strafe, sondern um die im Gesetz maximal angedrohte Strafhöhe. Straftaten, die mit einer Höchststrafe von weniger als einem Jahr bedroht sind, gibt es aber kaum noch; schon gar nicht fallen darunter die Delikte, die in den Strafverfolgungsstatistiken den Löwenanteil ausmachen. Die abstrakte Strafandrohung etwa für Diebstahl geht bis zu fünf Jahren Freiheitsstrafe, dabei spielt es keine Rolle, ob jemand einen Kaugummi oder einen Mercedes stiehlt. Der Wert der gestohlenen Sache spielt erst in der Strafzumessung eine Rolle. Das bedeutet aber, daß etwa die gesamte „Diebstahlskriminalität“ ohne weiteres von § 48 erfaßt ist. Nun gibt es zwar in der juristischen Literatur etliche Stimmen, die es für „kriminalpolitisch verfehlt“ halten, auch in Fällen von „Bagatelldelikten“ den Täter dem § 48 zu unterwerfen; welche praktische Folge diese Möglichkeit aber hat, zeigt ein Blick auf die Statistik und auf einzelne Beispiele. (2)

OLG Stuttgart: Zechbetrug mit einem Schaden von 20,95 DM taugliche Rückfallstrafe; OLG Hamm: Rückfallverurteilung wegen viermaligen Beförderungerschleichens mit einem Schaden von 5 DM; Bay OLG: Diebstahl eines Zinntellers im Wert von 36,90 DM rückfallbegründend. Viele Gerichte wenden also die Rückfallvorschrift also ausdrücklich auch bei sogenannter „Bagatelldelikt“ an.

dann gewunden und gewendet, ob man die Bagatelldelikt nicht lieber aus § 48 herausnehmen solle, wo doch der Bundestagsausschuß vor Verabschiedung des Gesetzes in einem Entwurf drinnen stehen hatte, die neue Straftat müsse „erheblich“ sein; oder ob nicht die zugrundgelegten Vorfälle auch mit mindestens einem Jahr Freiheitsstrafe bedroht sein sollten usw. Wie wär's denn mit dem Vorschlag, den § 48 endlich ganz zu streichen? Schließlich ist zu fragen, woher rührt die hohe „Rückfälligkeitsquote“? Lügt man sich nicht aus der Verantwortung mit Behauptungen wie „Vererbung“, „anlagebedingte Kriminalität“, „psychische Schäden“ usw., dann muß man die Frage nach den Verhältnissen stellen, die solcherlei Kriminalität hervorbringen. Wir haben oben gesehen, welchen Anteil Diebstähle in der Strafverfolgungsstatistik ausmachen. Wen soll denn ein solches Ergebnis wundern, angesichts ständig sinkender Reallöhne, drei Millionen Arbeitslosen und ständigem Sozialabbau? Die enorm hohe Zahl von Ladendiebstählen hat mittlerweile den NRW-Justizminister veranlaßt, die Gerichte aufzurufen, in Ladendiebstahlsfällen von geringem Wert des Diebesguts nach Möglichkeit die Verfahren einzustellen (eine Anweisung, die er wohl bald zurücknehmen wird nach massiver Kritik aus den Reihen von Juristen und Politikern). Daß der Diebstahl ein Delikt ist, das geradezu klassisch auf der Not aufbaut — das zuzugeben, fällt den Juristen schwer, denn die Frage der gesellschaftlichen Verhältnisse wird, jedenfalls vorgeblich, den Politikern überlassen. Die Justiz, die sich nach dem weltbewegenden Ausspruch Bendas „ihre Kundschaft nicht selbst aussucht“, ist gefragt, wenn das Kind schon in den Brunnen gefallen ist. Und da die Justiz es mit Individuen zu tun hat, die vor ihre Schranken treten müssen, will sie auch nur Individuen behandeln und das im wahrsten Sinne des Wortes, sei es mittels „Schuldzuweisung“, „Täterpsychologie“ oder eben Rückfallbestrafung. Mit diesem Instrumentarium an kriminologischen und psychologischen Forschungen, mit Warn- und Abschreckungsfunktion und anderen Schönheiten, hält man sich das eigentliche Problem vom Leibe, das nachweislich an die Grenzen des Systems stößt, zu dessen Verteidigung die Justiz gerade berufen ist. So ist auch die „Rückfallbestrafung“ nicht nur besonderes Unterdrückungsinstrument für „Unbelehrbare“ sondern zugleich ideologische Waffe gegen die Kritik der herrschenden Gesellschaftsverhältnisse. Ein weiterer Grund, warum die Vorschrift weg muß!

Anmerkungen:

(1) BVerfGE 50, 125

(2) zit. nach Wagner, Goldtammers Archiv 1979, S. 40

(3) z. B. Jescheck, Lehrbuch des Strafrechts



Gesetzestext § 48 StGB

1 Begeht jemand, nachdem er
1. schon mindestens zweimal im räumlichen Geltungsbereich dieses Gesetzes wegen einer vorsätzlichen Straftat zu Strafe verurteilt worden ist und
2. wegen einer oder mehrerer Taten für die Zeit von mindestens drei Monaten Freiheitsstrafe verbüßt hat,
eine vorsätzliche Straftat und ist ihm im Hinblick auf Art und Umstände der Straftaten vorzuwerfen, daß er sich die früheren Verurteilungen nicht hat zur Warnung dienen lassen, so ist die Mindeststrafe Freiheitsstrafe von sechs

Monaten, wenn die Tat nicht ohnehin mit einer höheren Mindeststrafe bedroht ist. Das Höchstmaß der angedrohten Freiheitsstrafe bleibt unberührt.

II Absatz 1 gilt nicht, wenn das Höchstmaß der für die neue Tat angedrohten Freiheitsstrafe weniger als ein Jahr beträgt.

III Im Sinne des Absatzes 1 Nr. 1 gilt eine Verurteilung zu Gesamtstrafe als eine einzige Verurteilung. Ist Untersuchungshaft oder eine andere Freiheitsentziehung auf Freiheitsstrafe angerechnet, so gilt sie als verbüßte Strafe im Sinne des Absatzes 1 Nr. 2.

IV Eine frühere Tat bleibt außer Betracht, wenn zwischen ihr und der folgenden Tat mehr als fünf Jahre verstrichen sind. In die Frist wird die Zeit nicht eingerechnet, in welcher der Täter auf behördliche Anordnung in einer Anstalt verwahrt worden ist.

Chronologie des Bestechungs-skandals

Seit etwa 1970 werden Schmiergelder dem Wohnungsamt bezahlt: „Anfangs sporadisch, jetzt praktisch jeder Ausländer“ (Stadtrat Roland Kugler, 6.2.86).

1983 - 1985:

Wir recherchieren über die Bestechungspraxis. Seit November 85 warnen wir die Leute: Zahlt nichts mehr! Wir werden die Sache bald aufklären lassen! Im Dezember 85 besprechen wir die Sache mit Günter Wallraff, als er in Stuttgart auftritt.

Mi., 15. 1. 86, 13.30 Uhr:

Auf einer Pressekonferenz im Rathaus mit Stadtrat Kugler (Grüne) stellen wir die Kanaken-Zeitung Nr. 2 vor. Wir nennen die Namen von vier korrupten Beamten, aber keinen Namen eines Ausländers, der bestochen hat.

14.30 Uhr:

Wir gehen mit den Pressevertretern zum Wohnungsamt. Auf dem Gang wartende Ausländer bestätigen spontan unsere Bestechungsvorwürfe. Feierlich überreichen wir Herrn Rausch ein Exemplar der Kanaken-Zeitung. Er ist so erschüttert, daß er sich die ganze Zeit auf seinen Tisch stützen muß. Einen Kommentar will er nicht geben. Aber zur „Quittung“ auf Seite 11 entfährt ihm die Bemerkung: „Das ist eine Fälschung!“ — „Wieso?“ fragt ein Journalist, „geben Sie keine Quittungen?“

Do. 16. 1.:

Die lokalen Zeitungen berichten in großer Aufmachung über unsere Bestechungsvorwürfe. Den ganzen Tag klingeln die Telefone bei der Presse, bei Rechtsanwalt Kugler, bei der Kanaken-Zeitung, aber auch bei der Stadtverwaltung und beim Wohnungsamt: Die Vorwürfe werden bestätigt. Die Stadtverwaltung dagegen auf einer Pressekonferenz: „An den Vorwürfen ist nichts dran!“

Bei Ingo Speidel geht um 8 Uhr der kürzeste von vielen Anrufen ein: „Arschloch!“ Er ist überzeugt, die sächsische Stimme des Herrn Rausch erkannt zu haben, trägt ihm aber diese Entgleisung nicht nach.

Fr., 17. 1.:

Im regionalen Fernsehprogramm bestätigen Ausländer die Bestechungspraxis. Ein Zeuge, von hinten aufgenommen, sagt aus, selbst Schmiergeld bezahlt zu haben. Im Süddeutschen Rundfunk berichtet eine Frau, daß sie bestochen hat. Obwohl das Interview mit verzerrter Stimme gesendet wird, wird die Frau später telefonisch bedroht.

So., 19. 1.:

Die Kanaken-Zeitung hat Oberbürgermeister Rommel eingeladen, mit ihm ein halbes Dutzend ausländischer Familien zu besuchen, die Schmiergeld bezahlt haben. Rommel schiebt den schwarzen Peter seinem „zuständigen Bürgermeister“ Lehmann (SPD) zu. Der hatte noch am 16. Januar möglichen Zeugen „hundertfünfzigprozentige Vertraulichkeit“ zugesichert. Aber jetzt, ein paar Tage später, wollte er sich nicht verpflichten, die Namen und Adressen der besuchten Familien für sich zu behalten: „Ich muß die Namen nennen. Sonst kann mich der Staatsanwalt in Beugehaft nehmen.“ Den Besuch sagte er dann ab — er, nicht wir.

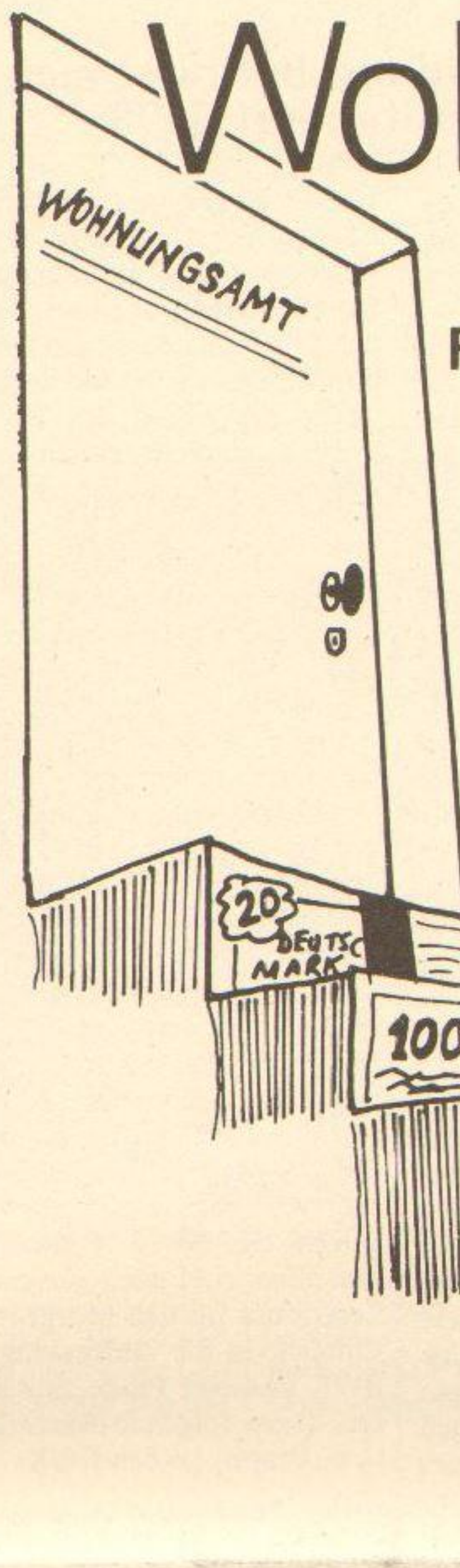
Mo., 20. 1.:

Die Staatsanwaltschaft sichert Zeugen, die bezahlt haben, zu, daß sie Einstellung des Verfahrens gegen sie wegen Notlage oder Geringfügigkeit beantragen will.

Di., 21. 1.:

Im Fernsehen sagen drei Zeugen, die ihre Namen nennen, aus, Bestechungsgelder bezahlt zu haben. In dieser Sendung antwortet Rommel auf die Frage, was geschieht mit Zeugen, die aussagen wollen: „Als erstes kommt die Kriminalpolizei zu ihnen.“ Die Stadt verkündet, Strafantrag gegen Ingo Speidel wegen Verleumdung gestellt zu haben. Aber bis heute — Mitte März — ist Speidel davon nicht informiert worden.

Korruption beim Wohnungsamt



Für einen Türken, der eine Sozialwohnung vom Stuttgarter Wohnungsamt bekommt, ist es heute die Regel, daß er dafür zwischen 500 und 2000 Mark Bestechungsgeld gezahlt hat.



Die Stuttgarter Kanaken-Zeitung enthüllt

von JÜRGEN TOBEGEN

„Ich kenne etliche Ausländer, die als Mittelsmänner fungieren für Herrn Rausch. Jeder Türke in Stuttgart weiß, daß man von Herrn Rausch eine städtische Wohnung bekommen kann, wenn man Bestechungsgeld zahlt. (...) Kommst du aus einer anderen Stadt, zahlst du bis zu 2000 Mark. Hast du schon eine Sozialwohnung und willst eine größere, reichen vielleicht 500 Mark (...) Ich kenne einen, der kam aus einer anderen Stadt und war deshalb nicht berechtigt; er mußte 3000 Mark zahlen, um eine städtische Sozialwohnung zu kriegen.“ sagt B., ein junger kurdischer Arbeiter von Daimler-Benz in Untertürkheim.

Er ist einer von acht Zeugen, deren Aussagen im Januar die „Stuttgarter Kanaken-Zeitung“ veröffentlichte. Die Lawine kam ins Rollen. Presse und Fernsehen schalteten sich ein, Oberbürgermeister Rommel mußte Stellung beziehen. Herr Rausch ist inzwischen aus dem Wohnungsamt versetzt, Herr Mersch vom Wohnungsamt gab öffentlich zu, Bestechungsgelder kassiert zu haben, Herr Steiner vom Ausländeramt wurde wegen Bestechungsverdacht verhaftet und bis jetzt hält die Staatsanwaltschaft ihr Versprechen, gegen die Zeugen nicht wegen Bestechung zu ermitteln, bzw. laufende Ermittlungen einzustellen ...

Stuttgart, eine Ausnahme? Vielleicht ist das Ausmaß des Bestechungsskandals eine Stuttgarter Besonderheit, doch Korruption dieser Art gibt es in jeder Stadt. Wenn nicht auf dem Wohnungsamt, dann in der Ausländerbehörde, beim Sozialamt oder bei

anderen offiziellen Stellen, auf die Ausländer in ihrer Not angewiesen sind. Skrupellos wird die Recht- und Sprachlosigkeit der Ausländer in Geld umgemünzt. Der Mechanismus ist immer gleich: Ein Ausländer der sich gegen diese Praxis auflehnt, wird selbst als Schuldiger abgestempelt. Denn, wer eine größere Wohnung haben will, lebt wahrscheinlich in einer zu kleinen Wohnung, die nach dem Wohnungserlaß bereits einen Ausweisgrund darstellen kann ...

Unter den Ausländern sind solche Fälle in jeder Stadt bekannt. Doch die Ausländer leben isoliert und eingeschüchtert unter uns, in einer Welt für sich. Kaum ein Deutscher kennt diese Welt, und welcher Deutsche glaubt schon einem Türken, wenn er ihm davon erzählt? Da muß sich erst ein Deutscher (Günter Wallraff) als Türke verkleiden, damit das, was Millionen Ausländer täglich seit Jahren erleben, bei Deutschen Empörung hervorruft ...

Und der Sensibilität in der Bevölkerung, die Wallraffs „Ganz unten“ erreichen konnte, verdanken die Stuttgarter „Kanaken“ die große Öffentlichkeit, die sie mit ihrer Enthüllung erreichten. Ohne Wallraff wäre dies in diesem Ausmaß wohl kaum gelungen. Zumal — und das ist das Ermutigende an dem Stuttgarter Beispiel — die „Kanaken-Zeitung“ von Ausländern selbst geschrieben wird.

Die „Kanaken-Zeitung“ ist ein Stück Hoffnung für ein neues Selbstbewußtsein unter den Ausländern bei uns. „Wenn wir nicht so leben wie die Deutschen, und nicht so werden, wie die Deutschen es

wollen, sondern wenn wir so leben, wie wir es wollen, und wenn das dann Kanake heißen soll, jawohl, dann sind wir Kanaken!“ So schreiben die Kanaken in ihrer Selbstdarstellung. „Kanakenstolz“ wollen sie unter den Ausländern stärken, Aufklärung und Bewußtsein bei den Deutschen schaffen. Mit einem ganz einfachen Mittel: sie tragen die Fakten des alltäglichen Rassismus zusammen, bei Daimler-Benz, Porsche, beim Ausländeramt, bei der Gothaer Versicherung ...

Die Betroffenen selbst kommen zu Wort, doch die Betroffenen bleiben anonym. Beim Namen genannt werden die Rassisten und Ausländerschikanierer. Diese Methode ist angreifbar — keine Beweise — doch wohl die einzige, mit der Ausländer sich im Klima der Einschüchterung und Verängstigung überhaupt zu Wort melden können. Die öffentliche Diskussion auf diesen Punkt zu stoßen — warum müssen Ausländer soviel Angst haben? — war denn auch mit ein Anliegen der „Kanaken“ bei der Enthüllung des Bestechungsskandals.

Nicht ohne Stolz stellen die „Kanaken“ in ihrer 3. Ausgabe fest: Die revolutionären, demokratischen und alternativen Parteien, die Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände, ausländische Organisationen und Arbeitervereine ... „alle diese sind verärgert über die Kanaken-Zeitung. Verständlich. Weil die Kanaken-Zeitung die Arbeit gemacht hat, die sie hätten machen sollen.“

Schafft zwei, drei ... ganz viele Kanaken-Zeitungen!

Mi., 22. 1.:

Die ersten Zeugen erscheinen beim Staatsanwalt: zwei Frauen aus der Türkei. Der Ausländerausschuß des Gemeinderats diskutiert das Thema „Korruption beim Wohnungsamt“. Die Kanaken-Zeitung hatte zum Besuch aufgerufen, und hundert Zuhörer sind gekommen, sowie Presse und Fernsehen.

Do., 23. 1.:

Die Stadtverwaltung gibt bekannt, daß einer der vier beschuldigten Beamten des Wohnungsamtes versetzt worden sei, „um ihn aus der Schußlinie zu bringen“. Es handelt sich, wie wir wissen, um Herrn Rausch.

OB Rommel weist alle Amtsleiter und Mitarbeiter an, in der Öffentlichkeit keine Stellungnahmen zu den Bestechungsvorwürfen mehr abzugeben. Eine Woche lang gab die Stadtverwaltung jeden Tag Erklärungen, wo sie alles abstritt. Und jetzt, wo der Skandal nicht mehr zu verdecken ist, verpaßt Rommel den städtischen Bediensteten einen Maulkorb.

Fr., 31. 1.:

Auf einer Pressekonferenz bestätigt der „Türkische Arbeitnehmerverein Stuttgart“ (ATIF) die Bestechungsvorwürfe und berichtet von neuen konkreten Fällen.

Do., 6. 2.:

Mit einer Erklärung, die zu 4000 Exemplaren in drei Sprachen verteilt werden soll, fordern zwei Dutzend Sozialarbeiter die Ausländer auf, die Bestechungsvorwürfe durch Zeugenaussagen zu erhärten. Die Sozialarbeiter wollen mutige Ausländer, die auszusagen bereit sind, schützen, haben aber selbst nicht die Courage, vor dem Staatsanwalt auszupacken.

Do., 20. 2.:

Durch eine Anfrage der SPD-Gemeinderäte Blessing und Maier stellt sich heraus, daß ein Beamter der Stuttgarter Ausländerbehörde Anfang Februar wegen Bestechungsverdachts verhaftet worden war. Wir wissen, daß es sich um Herrn Steiner handelt, der bei vielen Ausländern einschlägig bekannt ist. Der Stadtverwaltung war es gelungen, Steiners Verhaftung drei Wochen lang zu verheimlichen.

Do., 6. 3.:

Herr Mersch vom Wohnungsamt, von uns der Bestechlichkeit beschuldigt, gibt im Verhör zu, einmal 150 und einmal 300 DM erhalten zu haben, wie wir das in zwei konkreten Fällen in der Kanaken-Zeitung Nr. 2 berichteten. Er hätte die Umschläge mit dem Geld zunächst nicht bemerkt, zerrissen und aus dem Fenster geworfen.

Fr., 21. 3.:

Zwei Türken, die gegen Herrn Mersch bezeugt hatten, bekommen von der Staatsanwaltschaft die Mitteilung: „Das gegen Sie eingeleitete Verfahren wegen Bestechung ist eingestellt worden.“

(aus: „Kanaken-Zeitung“, Nr. 3, März 1986)



Kanake heißt Mensch (polyne-sisch), und so nennt sich die deutsch-türkisch-sprachige Zeitung in Stuttgart.



Die Stuttgarter Kanaken-Zeitung erscheint monatlich und kostet 1 Mark. Das Abo (12 Ausgaben) 18 Mark. Bestellungen an: Ingo Speidel, Fridinger Str. 14a, 7000 Stuttgart 75, Tel.: (0711) 479274.

— Anzeige —

Theorie im RM-Verlag

Marx & Engels

Marx & Engels, Manifest der Kommunistischen Partei	1,30 DM
Marx & Engels, Über Kunst und Literatur, Band 1	17,60 DM
Marx & Engels, Über Kunst und Literatur, Band 2	17,60 DM
Karl Marx, Lohnarbeit und Kapital	1,10 DM
Karl Marx, Vorwort und Einleitung von „Zur Kritik der politischen Ökonomie“	1,— DM
Karl Marx, Kritik des Gothaer Programms	1,10 DM
Friedrich Engels, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft	1,30 DM
Friedrich Engels, Die Dialektik der Natur	4,20 DM
Friedrich Engels, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates	2,— DM
Friedrich Engels, Grundsätze des Kommunismus	0,60 DM



Lenin

W. I. Lenin, Staat und Revolution	2,— DM
W. I. Lenin, Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit des Kommunismus	1,60 DM
W. I. Lenin, Über Krieg und Frieden	1,30 DM
W. I. Lenin, Zwei Taktiken der Sozialdemokratie	1,80 DM
W. I. Lenin, Materialismus und Empirio-kritizismus	4,60 DM
W. I. Lenin, Kon-spekt zu Hegels „Wissenschaft der Logik“	2,— DM
W. I. Lenin, Ausgewählte Werke in 3 Bänden, je Band	8,— DM
W. I. Lenin, Über Agitation und Propaganda	4,80 DM

Reihe Leninismus

Heft 1, Was ist Leninismus?	5,— DM
Heft 2, Die Theorie der proletarischen Revolution	5,— DM
Heft 3, Die Diktatur des Proletariats	5,— DM
Heft 4, Der Kampf um den Sieg des sozialistischen Aufbaus	5,— DM
Heft 5, vergriffen	
Heft 6, Die nationale und koloniale Frage	5,— DM
Heft 7, Die Strategie und Taktik der proletarischen Revolution	5,— DM
Bei Bestellung aller sechs lieferbaren Hefte, Gesamtpreis	24,— DM
W. I. Lenin, Über das Parteiprogramm	13,10 DM

6. Delegiertenkonferenz des BWK

„Der Prozeß der proletarischen Parteibildung befindet sich in einem ständigen Umbruch und mit ihm der BWK.“

(BWK-Mitteilungen zur Vorbereitung der DK, 18.1.86, S. 9)

Am 21./22. März fand in Köln die 6. ordentliche Delegiertenkonferenz (DK) des BWK statt. Ich hatte Gelegenheit, dort als Vertreter der KPD am zweiten Tag teilzunehmen. Da ich also nur die „Hälfte“ persönlich mitbekommen habe, da zudem die Dokumente dieser DK erst in Kürze veröffentlicht werden (zu bestellen über: BWK, Zülpicherstr. 7, 5000 Köln 1), soll dieser Artikel nicht den Anspruch einer umfassenden Berichterstattung bzw. Einschätzung in Anspruch nehmen.

1. a. Bundestagswahlen — Kandidatur

Die DK fällt keine Entscheidung für die Bundestagswahl 1987. Daß man sich nicht festlegen konnte, wurde in der Diskussion ungefähr so begründet: Die Urabstimmung in der KPD steht noch aus, wird sich aber wahrscheinlich gegen eine Wahlkandidatur aussprechen, die weitere Entwicklung der Kandidatur der MLPD ist noch nicht abzusehen, die DKP hat sich noch nicht auf eine bundeseinheitliche Teilnahme festgelegt.

Mein Eindruck: Die gemeinsame Kandidatur von GIM, BWK und KPD wäre hier sicher mehrheitsfähig gewesen; am BWK hat's da nicht gelegen. Stattdessen wurde ein Antrag verabschiedet, der dem BWK aufträgt, sich dafür einzusetzen, auf dem nächsten Bundeskongreß der Volksfront im November 87 eine positive Entscheidung in Richtung Wahlkandidatur herbeizuführen.

b. Bundestagswahlen — politisches Eingreifen
Hauptstoß soll gegen die Politik der CDU/CSU/FDP und ihre reaktionären und faschistischen Hilfspartnern geführt werden. Gleichzeitig eine klare Abgrenzung von der SPD: „Die Verfügbarkeit der Arbeiterbewegung für die SPD und die Verfügbarkeit der SPD für die Bourgeoisie mindern.“

Meinem Vorschlag, das politische Eingreifen der revolutionären Sozialisten — also auch den für Herbst geplanten Kongreß — unter die Losung zu stellen: „Keine Stimme den Wendeparteien“, wird entgegengehalten: „Wer sind denn eigentlich die ‚Wende‘-Parteien?“

Ich hatte den Eindruck, daß die akute Möglichkeit einer großen Koalition beim BWK sehr stark in der Diskussion ist. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen BWK und KPD in dieser Frage sollten mal weiterdiskutiert werden. Es geht ja nicht darum, über Wahlergebnisse zu spekulieren, es geht auch nicht darum, grundsätzlich über die „Verfügbarkeit“ der SPD für die Bourgeoisie zu debattieren, sondern eher um die Frage, wer ist jetzt, 1986 und auch 1987, die Wunschregierung des Kapitals? Wo sind die konkreten Indizien für „Pferde-wechsel“? Und mit Indizien sind nicht die Anbiederungen der Sozialdemokraten zu verstehen, die wieder fürs Kapital regierungsfähig sein wollen, sondern die Anzeichen aus dem Lager der Unternehmer. Wie gesagt, darüber sollte man in der Diskussion bleiben.

2. Programmatische Arbeit

Es wird von der DK eine „Richtlinie für die Propaganda“ verabschiedet,

unter dem Titel „Internationale Bedingungen des Klassenkampfes und Aufgaben des proletarischen Internationalismus“.

Zwei Hauptpunkte daraus:

a. Einmal findet eine Neubestimmung des Kampfes gegen den westdeutschen Imperialismus Platz. Hat früher der BWK oft sehr einseitig den „Drang nach Osten“, „den Revanchismus“ in das Zentrum seiner Angriffe gegen den westdeutschen Imperialismus gestellt, wird nun die Einbettung in die EG gewürdigt und daraus die aggressiven Bestrebungen auch in andere Himmelsrichtungen gesehen. Das ist sicher eine positive Entwicklung. Warum aber in dieser Resolution auf jede konkrete Einschätzung des Kräfteverhältnisses innerhalb der EG und die damit verbundene Einflußnahme des US-Imperialismus verzichtet wird, bleibt mir eine offene Frage.

b. Zum anderen wird die Einschätzung zu den real existierenden sozialistischen Ländern, die seit einiger Zeit im BWK diskutiert wird, festgeklopft. Festzuhalten sind sicher ziemliche Nuancen, bzw. Untersuchungsaufgaben, die diese Einschätzung bestimmen und eine weitere Diskussion ermöglichen. Festzuhalten bleibt aber auch, daß die Einschätzung „die Länder des Warschauer Paktes sind sozialistische Länder“ erst einmal steht und große Probleme aufwirft:

- theoretisch: mit der Konstruktion, es gibt Sozialismus ohne Herrschaft der Arbeiterklasse;
- in der Einigung der revolutionären Sozialisten: die Vereinigung ist möglich ohne zentrale Absage an die Theorie und Praxis der revisionistischen Parteien;
- in der Stellung gegenüber der Arbeiterbewegung: die Zustände in den Ländern des Warschauer Paktes sind gesellschaftlich fortgeschrittenere Zustände als in den Ländern des westlichen Kapitalismus.

3. Einheit der revolutionären Sozialisten, organisatorische Veränderungen im BWK

Die DK beschließt, die Arbeit des BWK so umzugestalten, daß die Zusammenarbeit mit anderen Kräften zum Bestandteil der eigenen Arbeit wird. Die Mitglieder des BWK werden aufgefordert, in der Volksfront mitzuarbeiten, daneben sollen Arbeitsgemeinschaften mit „volksfrontähnlichem Charakter“ angestrebt werden (z.B. Hochschulpolitik, Kommunalpolitik, Gewerkschaftspolitik). Vor allem auf örtlicher und regionaler Ebene sollen so gemeinsame Publikationen entstehen. Der BWK stellt dafür finanzielle und technische Mittel bereit, um dies fördern zu können, auch Kräfte werden von der bisherigen zentralen Arbeit für diese Aufgabe bereitgestellt. Zitat aus den DK-Materialien: „Es scheint möglich zu sein, die Grundlage für ein solches Zusammenwirken unter Stichworten wie: antifaschistisch, antimilitaristisch, antiimperialistisch, Arbeiterinteressen! zu fassen.“

Neben diesen Organisationsformen, deren Grundlage ein „spontanes Interesse am Kommunismus“ ist, „bilden sich Organisationen, die versuchen, das Inter-

esse am Kommunismus theoretisch zu begründen“. Hierzu zählt der BWK erst einmal die in der gemeinsamen Vollversammlung bzw. an der „Beilage beteiligten Organisationen. Das ist der zweite Schwerpunkt der Arbeit des BWK. Sie sollen zu einer gemeinsamen Dachorganisation zusammengeschlossen werden.

„Selbstverständlich steht einer Vereinigung mit anderen Organisationen prinzipiell nichts im Wege. Man muß sich nur darüber im Klaren sein, daß ein solches Zusammengehen ein viel größeres Maß an Übereinstimmung verlangt, als es etwa für die programmatische Erklärung einer angestrebten Dachorganisation nötig ist. Die Übereinkünfte müßten vor allem detaillierter, nicht etwa weitreichender sein. Eine solche Vereinigung, für die wir sind, müßte sich deswegen vor allem durch praktische Zusammenarbeit auf dem Publikationssektor einleiten und aufbauen müssen.“ (aus den DK-Materialien) Diese Zitate, die zwar noch nicht alle Überlegungen des BWK in dieser Frage umreißen, sind doch geeignet, den Lesern des „Roten Morgen“ einen Einblick in die Auffassungen des BWK in dieser Frage zu verschaffen. Dazu folgende Anmerkungen bzw. Fragen an den BWK:

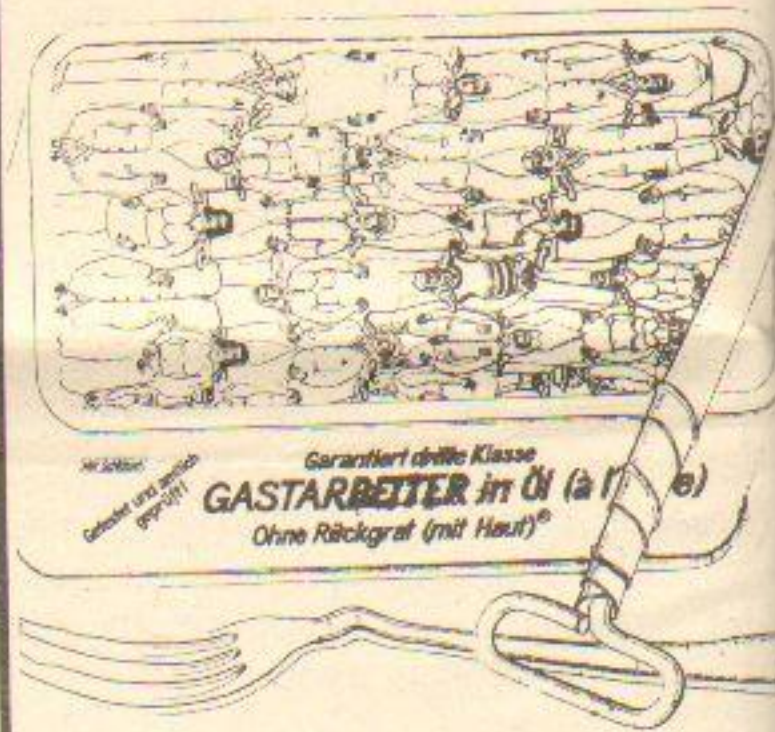
1. Man kann sich natürlich bemühen, die organisatorischen Prozesse und Umgruppierungen im Lager der Linken in den letzten Jahren, wissenschaftlich zu erfassen. Ob man diese Prozesse unter den Begriff „proletarische Parteibildung“ ordnen kann, scheint mir aber doch einigermaßen gewagt. Noch gewagter scheint mir, die Anstrengungen, die man selber als Organisation unternommen hat, mit beschränkten Kräften, mit beschränkten taktischen Mitteln, selbst allzusehr ins objektive Licht zu rücken. Die Politik, die der BWK innerhalb der Volksfront, aber auch innerhalb des Beilagenkreises vertritt, ist ja beileibe nicht unumstritten — gerade was die Frage der proletarischen Parteibildung angeht. Unumstritten nicht nur bei Organisationen, die traditionell damit nichts zu tun haben wollen, sondern auch bei Organisationen, die daran mitmachen, wie wir beispielsweise. Wenn — unter dieser Sichtweise — der Vereinigungsprozeß zwischen KPD und GIM anfangs als schädlich und gefährlich, jetzt als hinzunehmende Randscheinung interpretiert wird, die quasi im Rahmen des „objektiven Parteibildungsprozesses“ zu verkräften ist (so die Aussage des Genossen Fochler auf der DK: „Das ist so, als wenn sich die verschiedenen anarchistischen Gruppen einigen würden“ — das stört nicht weiter), so wird man den fatalen Eindruck nicht los, daß hier jemand wieder im Einklang der Geschichte schreitet. Der BWK täte gut daran, seine Politik bewußt als Alternative zu anderen Vorstellungen zu begründen und diese Alternativen auch ernsthaft darzustellen.

2. Wäre es folgerichtig nützlich, wenn man die verschiedenen Konzepte zur Vereinigung der revolutionären Sozialisten zur Diskussion zu stellen. Ist es so, daß die KPD und die GIM die Zersplitterung der revolutionären Sozialisten aufhe-

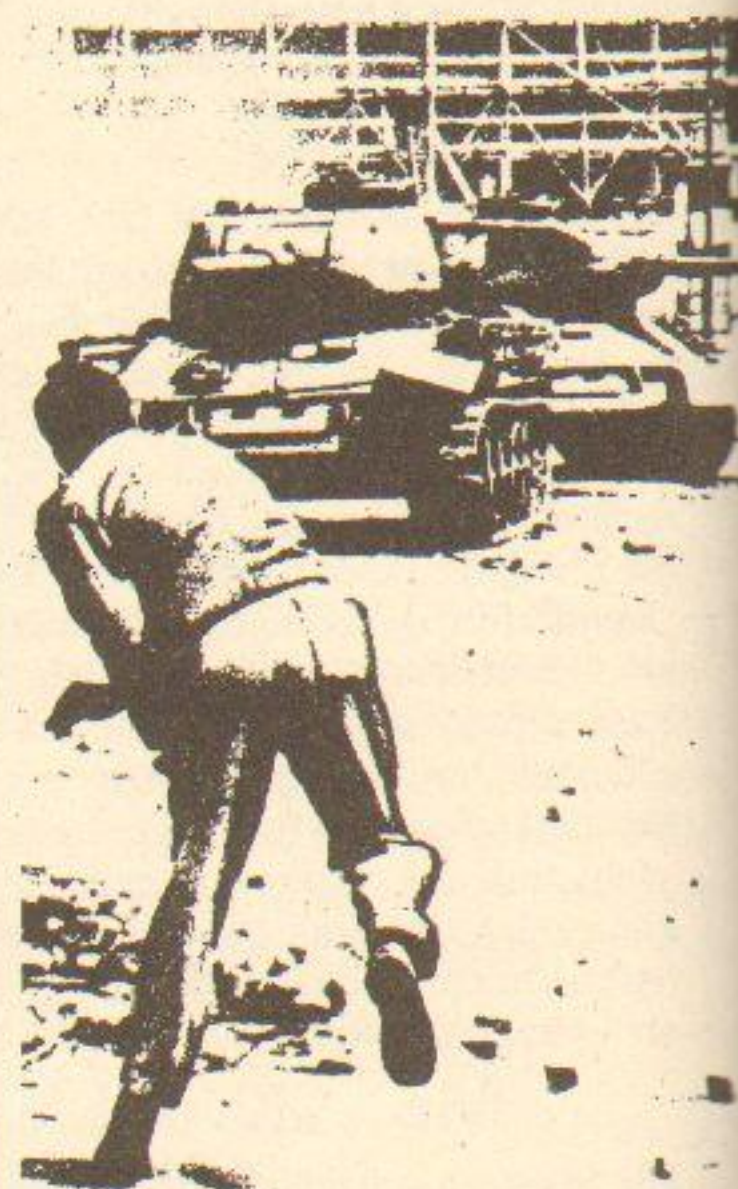
ben wollen, durch Vereinigung der Organisationen auf einer programmatischen Grundlage? Das ist so, und man kann sicher über diese programmatischen Grundlage streiten. Aber ist es auch so, daß die BWK diese Einheit im Rahmen einer schrittweisen Zusammenarbeit in einer Dachorganisation herstellen will? Diese Frage ist auch auf dieser DK — zumindest konkret — nicht beantwortet worden. Denn die „programmatische Erklärung“ die in einer gemeinsamen Dachorganisation leichter zu erstellen wäre, diese programmatische Erklärung ist auch nicht in Ansätzen entworfen worden. Es sei denn man sieht die „Volksfront-Stichworte“ — antifaschistisch, antimilitaristisch, antiimperialistisch, Arbeiterinteressen! — als eine solche Grundlage an. Diese Frage müßte doch einmal vom BWK geklärt werden. Uns reichen diese Stichworte allerdings überhaupt nicht aus, sofern sie in den Rang einer programmatischen Äußerung erhoben werden — denn der Streit beispielsweise darüber, was Arbeiterinteressen denn konkret sind, kann ziemlich ärgerlich sein. (LoK)

— Anzeige —

Politik im RM-Verlag



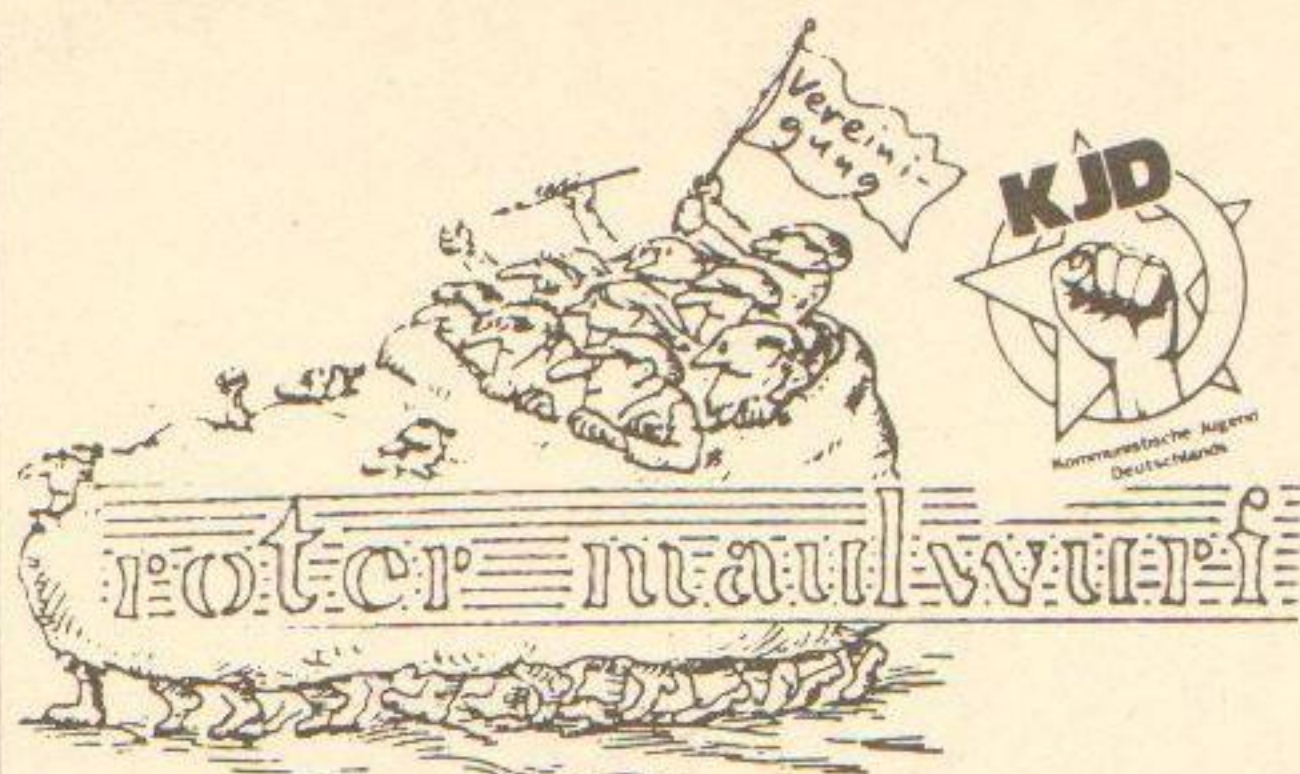
Ausländerbeschäftigungspolitik aus der Sicht der KPD. Teil I in: Kommunistische Hefte Nr. 8. Teil 2 in: Kommunistische Hefte Nr. 9. Beide Kommunistischen Hefte zusammen 10,— DM



Zwei Kommunistische Hefte, die sich kritisch mit den Anfangsjahren der DDR auseinandersetzen. Kommunistische Hefte Nr. 11: Antifaschistische Ausschüsse und Betriebsrätebewegung in der SBZ. Vom Brechen mit alten Vorstellungen: Zum Verhältnis von SED und Arbeiterklasse in den Anfangsjahren der DDR. Kommunistische Hefte Nr. 12: „Wenn Massen von Arbeitern die Partei nicht verstehen...“ Zur politischen Krise 1953 in der DDR. Beide Kommunistischen Hefte zusammen: 10,— DM

Maicamp

von KJD und Roten Maulwürfen. 1. bis 4. Mai im Waldjugendlager Stadtkyll (Eifel) in beheizbaren Hütten! Anreise am 1. Mai bis 19 Uhr. Jede Ortsgruppe möchte bitte während des Maicamps ihre Arbeit vorstellen. Bitte Fotos, Flugblätter, Zeitungsausschnitte, Plakate, Vorladungen usw. mitbringen! Freitag 2.5.: Vorstellung der Gruppen, Geländeerkundungsspiel, Eifelrundfahrt, abends: Lange Filmmacht. Samstag, 3.5.: Ausgiebige Debatten über die bevorstehende Vereinigung von KJD und Roten Maulwürfen und



abends natürlich Fete. Sonntag, 4.5.: Ausschlafen, ausgiebig frühstücken, aufräumen. Abreise. Für Nichtverdiener kostet

der Spaß 30 Mark, für alle anderen 40 Mark. Anmeldungen an: KJD, Wellinghofer Str. 103, 46 Dortmund 30.

Rock ohne Job

Das gab's noch nie: Ein Rock-Konzert zum Nulltarif für arbeitslose junge Leute. Wolf Maahn und Purple Schulz hatten die Idee, die DGB-Jugend von NRW und das DGB-Jugendmagazin „ran“ übernahmen die Organisation. Am 3. Mai findet das erste Rock-Konzert „Rock ohne Job“ statt, das für 5000 arbeitslose Fans kostenlos sein wird. Jugendliche mit Job zahlen 10 Mark Eintritt.

„Nachdem wir uns unter anderem mit „Ein Konzert für Afrika“ für die Menschen anderswo engagiert haben, wird's nun Zeit, daß wir etwas für die jungen Leute im eigenen Land tun“, erklärt Wolf Maahn. „Dieses Konzert soll die arbeitslosen Jugendlichen aus der kulturellen Isolation herausholen, in die sie unverschuldet geraten sind,“ so der DGB. Wolf Maahn möchte, daß dieses Konzert keine Eintagsfliege wird, sondern ähnlich wie die



Wolf Maahn rockt in Essen für arbeitslose Jugendliche

Aktion „Rock gegen rechts“ eine Bewegung „Rock ohne Job“ auslöst. Künstler wie Udo Lindenberg und Ulla Meineke

haben bereits ihr Interesse bekundet. **Rock ohne Job: 3. Mai, Gruga-Halle, Essen**

leserbriefe

Vorsicht!

Voll daneben finde ich die kurze Meldung im letzten RM (Nr. 10) auf Seite 2: „64 Milliarden für Israel“. Da wird „kurz und sachlich“ in acht Zeilen berichtet, aus den USA hätte der Staat Israel bislang 64 Milliarden Dollar bekommen, davon allein „35 von reichen Juden“. Ich glaube, das Interesse des westlichen Imperialismus am Staat Israel ist etwas komplexer, als es hier dargestellt wird. **Und daß über die Hälfte der Geldsumme von „reichen Juden“ kommt, was soll dem RM-Leser das sagen?**

Nicht nur die jüngsten antisemitischen Vorfälle aus CDU-Kreisen sollten zur (nur sprachlichen?) Vorsicht gemahnen. Es gibt — mindestens seit Hendrik M. Broders Auszug ins „gelobte Land“ — auch eine Debatte über Antisemitismus der Linken. Erst jüngst war die Leserbriefseite der taz voll davon. Der RM hat sich da nicht gerade mit Ruhm bekleckert.

Schönen Gruß
Michael Banos

Erschreckendes Niveau

Liebe Genossinnen und Genossen der RM-Redaktion, gerne würde ich wissen, in welcher „Pravda“ das Glückwunschtelegramm sowie der Kommentar steht, daß die Unruhen nach der Wahl US-gesteuert wurden. So steht es jedenfalls im RM 8/86.

In den mir vorliegenden „Pravdas“ steht von beidem jedenfalls kein Wort. Im Gegenteil! So wird am 22. Februar 1986 in der „Pravda“ von einer Pressekonferenz berichtet, die Marcos gegeben hat, und in der er sagt, daß die Unruhen auf den Philippinen die USA zu verantworten hätten. Es ist hier klar er-

sichtlich, daß das Marcos gesagt hat und nicht die „Pravda“. Im gleichen Artikel wird kurz über die Opposition berichtet, wie auch schon an den Tagen zuvor. **Von einem Telegramm — kein Spur!** Am Tag zuvor, am 21. Februar 1986, sthet in der „Pravda“ ein Kommentar zu den Philippinen, in dem die Einmischung der USA in die inneren Angelegenheiten der Philippinen angegriffen wird, gleichzeitig aber auch gesagt wird, daß es Sache des philippinischen Volkes ist, sich so oder so zu den Wahlen zu verhalten. Auch gefälschte Wahlen seine keine Berechtigung, sich in die inneren Verhältnisse einzumischen. Falsch?

Aber ich begnüge mich nicht mit dieser Feststellung. Wenn es nicht so traurig wäre, würde ich euch vorschlagen, die amerikanische Nachrichtenagentur ap zu abonnieren, den „Roten Morgen“ in „Gute Nacht“ umzubenennen und dann ap abzuordnen — wie wär's noch mit den „Schmetterlingsbomben“ in Afghanistan, die die Sowjets — besser Russen — dort abwerfen, um Frauen und Kinder zu verstümmeln?

Genossinnen und Genossen, wie ihr mit Nachrichten umgeht, ist, gelinde gesagt, leichtfertig. In einer Situation, wo den USA die Scheiße bis zum Hals steht, druckt ihr eine US-Meldung zu dieser Situation ab, die gegen die SU gerichtet ist. Eine US-Meldung!! Ungeprüft!! Ihr müßt eigentlich wissen, wenn ihr euch mehr um die Mitglieder als Individuen kümmern würdet, daß es in der Partei Leute gibt, die russisch können. Hättet ihr die nicht mal fragen können?

Aber, was wichtiger ist: **besser kann man den Kampf gegen den Revisionismus nicht unwirksam machen.** Und der ist verdammt nötig. Gerade in letzter Zeit, wo immer mehr über die Gorbacov-Vorschläge zur

Abrüstung diskutiert wird, immer weniger, welche entscheidende Kraft die Völker spielen müssen im Kampf um Frieden, auch und v.a. die Völker einschließlich der Arbeiterklasse in den imperialistischen Zentren. Wenn überhaupt, tun das die Autonomen. Früher haben wir das auch mal getan ... Und auch was die Frage der Rolle der Völker angeht, hätte die Kritik an der sovjetischen Position zu den Philippinen ansetzen können und müssen. In der „Pravda“ waren die Akteure nur Marcos, Aquino und die USA, kein Wort von den Guerillakämpfern der NPA und der Eigendynamik der Massenaktionen, mit der Aquino v.a. aber die Klasse von ihr und Marcos heute zu kämpfen hat.

Aber auch auf anderen Ebenen muß konkret der Revisionismus und seine Politik begriffen werden. Er macht's uns doch oft sehr leicht, z.B. jetzt der Parteitag der bulgarischen KP. Es ist schon lächerlich, wie auf einmal die Kritik blüht. Es ist offensichtlich, Gorbacov hat das Signal gegeben. Wunderbar kann man hier das Hörigkeitsverhältnis aufzeigen, das eigenständige Denken dieser Partei, für wie dumm die Revisionisten das Volk halten wollen usw. usw. Eigentlich haben wir dem doch wirklich etwas entgegenzusetzen: unser Demokratieverständnis, unser Verständnis von kommunistischen Parteien untereinander usw. Aber was machen wir: amerikanische Propaganda!

Die Ursachen für den RM-Hammer — wie übrigens auch für die völlig unhistorische Ehekritik von Jo. im RM 10/1986 betrifft (Wie wär's mal mit dem dialektischen und historischen Materialismus? Gut nachzulesen bei Stalin.) — **sehe ich darin, daß überhaupt nicht mehr klar ist, was Revisionismus**

Postmoderne?

von MICHAEL BANOS

„Deutschland bekommt eine neue Zeitschrift, ob es will oder nicht!“, „Wer dieses Heft nicht haben will, muß tot sein.“ Zwei freche Werbesprüche des seit Februar in 400 000 Auflage erscheinenden Magazins TEMPO. TEMPO ist die erste bundesdeutsche Illustrierte für „Zeitgeist“. Vom Hamburger finanzkräftigen Jahreszeiten-Verlag mit Hilfe von zeitgeist-zeitungserfahrenen Machern vom österreichischen Magazin WIENER auf den Markt gebracht, füllt das neue Blatt angeblich die Lücke, die seit den späten Sechzigern das Magazin TWEN hinterlassen hat. TWEN ging ein, als die Studenten- und außerparlamentarische Bewegung mit konkreten Perspektiven zur Veränderung der Gesellschaft auf den Plan rückte.

Jetzt, einige Jahre nach dem Wende-Beginn, ist die Zeit offensichtlich wieder reif für ein ähnliches Blatt. TEMPO ist natürlich nicht direkt mit TWEN zu vergleichen. Sprache, Stil und eben der Zeitgeist haben sich verändert. Und der Zeitgeist gibt sich heute „postmodern“. Postmodern ist beileibe nicht nur ein Modewort, mit dem in Kulturkolumnen so ungefähr alles bezeichnet wird, was neu und avantgardistisch daherkommt. Das ganze postmoderne Gehabe und Denken ist auch mehr als die Mache einiger Zeitungsleute, die einen Markt aufreißen wollen.

„Mitten in der Krise will man uns weismachen, wir hätten die Moderne (und damit ihre Krisen) bereits hinter uns. Wenn der Begriff des Postmodernen überhaupt einen Sinn hat, dann nur, weil uns die Moderne um ihre Modernität betrog.“

Dieses Zitat stammt vom Bloch-Schüler Burghard Schmidt. Es enthält einen Hinweis auf die Stimmungslage, die sich hinter dem Begriff „Zeitgeist der Postmoderne“ versteckt hält. Galten lange Zeit Sachlichkeit, Zukunftsglaube, Rationalität und auf historischen gesellschaftlichen Fortschritt gerichtete Aktivitäten als positive Werte, so ist bei Teilen der sogenannten Postadoleszenz (der jungen Erwachsenen, der in der „Nachjugendphase Lebenden) ein Wandel eingetreten. Die Atom- und Weltraumrüstung, die Umweltzerstörung, die weiterhin entfremdete Arbeit, die Verdattung und ähnliche Entwicklungen werden als Schiefenlauf des Fortschritts der Moderne interpretiert, daraus resultiert die Flucht in die sogenannte Postmoderne.

überhaupt ist. „Irgendwie ist mensch doch antirevisionistisch, muß mensch ja auch sein, sonst könnte mensch sich auch auflösen und in die DKP gehen.“ Und deshalb greift mensch schnell auch nach US-Strohhalmen. An konkreten Punkten in der Innenpolitik gibt's ja bald nichts mehr, seitdem wir uns immer mehr der realen Arbeiterbewegung in der



Zurück zu TEMPO, wie zeigt sich dieser Zeitgeist in der Illustrierten? Zunächst einmal wird dem Leser über Sprache und Stil des Blattes extremes „In-Sein“ vermittelt. Das ist schon nicht ganz richtig, weil In ist nämlich **HIP**. Und der Insider ist ein **Hipster** oder **Yuppie**. Er ist vor allem anders — nämlich besser als die anderen, gibt sich überlegen, jeder neuen Mode zugetan, solange sie nicht von vielen oder gar allen angenommen ist. Das Hipsein erleichtert TEMPO mit snobistischen Modetips, mit der hunderttausendfachen Bekanntgabe von Lokalen, Treffs und Trends für den postmodernen Einzelgänger. Ginge es aber nur um diese Attitüden des sich selbst auferlegten Zwangs zum Anderssein, TEMPO könnte man schnell vergessen.

TEMPO greift auch politische, gesellschaftskritische Themen auf. Einige Beispiele aus den ersten beiden Ausgaben: Über die ersten Monate des Joschka Fischer als Minister, Stammheim-Film und -Buch werden besprochen, man mischt sich in den niedersächsischen Giftmüllskandal ein, des alten Herbert Wehners Attacken gegen Rau, Brandt und Co werden genüßlich aufgemacht veröffentlicht. Als in der ersten Ausgabe die TEMPO-Redakteure noch vorgestellt wurden, fand sich unter anderem ein ehemaliger „Pflasterstrand“-Mitstreiter darunter und ein Bonn-Korrespondent der taz. Kurz: TEMPO macht auf „Anspruch“, will keineswegs ein reines Weltflucht-Modeblättchen sein.

Aber was zeichnet diese politischen Artikel aus? Vordergründig kritisch oder ironisch ist der Kern dieser Artikel, Postmodernismus auf den Punkt gebracht: nämlich zynisch, von oben betrachtet, im Grunde gelangweilt über alles, was sich bewegt, zeigt sich der postmoderne Zeitgeistler ganz einfach als Reaktionär. Ein Beispiel aus dem Artikel „Mythos RAF“ aus der Februar-Ausgabe. Da wird der

RAF die gleiche „Konsequenz“ wie der Generation ihrer Väter — gemeint sind hier die Nazis mit all ihren Verbrechen! — unterstellt, und als Zeitzeugin äußert sich Astrid Proll in TEMPO wie folgt: **„Wir langweilten uns zu Tode und erfanden die RAF.“** „Zeitgeist à la TEMPO 1986!

Ein letzter Gedanke: Der Hipster, Yuppies, die Hip-Typen von heute sind nicht etwa **Aussteiger**, sie sind vor allem — oder wollen sein — **Aufsteiger**. In der ersten Ausgabe von TEMPO wurden erfolgreiche Hip-Menschen vorgestellt, junge Adlige nämlich, die mitteilten, was Hip ist. Konnte man den in diesem Artikel verbreiteten Ratschlag, vom Adel könne man in Zeiten vermehrter Freizeit (nicht etwa größerer Arbeitslosigkeit) vor allem den Müßiggang erlernen, den sie jahrhundertlang erfolgreich gepflegt und entwickelt hätten, konnte man also diesen Ratschlag noch als Ironie hinnehmen, so zeigt die zweite TEMPO-Ausgabe doch ganz offen das Ideal des Hipsters. Mit dem Werbespruch **„RAFFEN STATT RAF“** wird der Artikel „Millionäre unter dreißig“ angekündigt. Originalton: **„Die erste Million mußt du machen, bevor du dreißig bist. TEMPO präsentiert sieben Deutsche, die's geschafft haben. Ohne Papa und ohne Buckeln. Einfach so — mit Ideen, Frechheit und dem bedingungslosen Willen zum Erfolg. Geld allein macht nicht unglücklich.“** Man könnte lange aus den Bekenntnissen der erfolgreichen Jungmillionäre zitieren. (Bsp.: **„Das Durchschnittsalter meiner 120 Mitarbeiter liegt bei 23 Jahren. Wenn die Gruppe locker aus sich rauskommt — das finde ich toll.“**) Sie unterscheiden sich aber lediglich in ihrer Wortwahl und in Äußerlichkeiten von den altbekannten Unternehmern, den klassischen Kapitalisten (welch schreckliches Wort, aus der 68er-Zeit, — total out!).

Kurz, der Zeitgeist in TEMPO weht von rechts. TEMPO ist eine Zeitung, die einer Strömung Ausdruck verleiht, die keine Ideale (mehr) hat, und aus dieser Haltung leicht auf neuerpackte alte Ideale hereinfällt. Arroganz, Zynismus — das Anderssein, der Traum vom „Über-den-Dingen- und Über-den-anderen-Stehen“ wird hier verbreitet. Nichts Positives ist an der Illustrierten TEMPO zu erkennen. Negatives Tempo aber ist Rückschritt. Hoffen wir, daß dies TEMPO sich bald totgelaufen hat.

BRD und WB angenähert haben und auf etlichen Gebieten ihr Denken zur Grenze unseres Denkens gemacht haben.

Es führt zu weit, das jetzt genauer auszuführen, geht's doch um die US-RM-SZ-FAZ-taz...-Meldung. Aber ich würde gern mal was dazu im RM schreiben, was Revisionismus für mich heute ist usw.

Genossinnen und Genossen, die Meldung muß zurückgenommen werden oder konkret belegt. Und ihr müßt erklären, wie ihr zu so einer leichtfertigen Haltung kommt. Vernünftig und nicht lapidar: da sind wir wohl einer Falschmeldung aufgesessen.

Mit kommunistischen Grüßen
W. aus Bochum

Draculas Erben



„Der amerikanische Ahnenforscher William Addams Reitweiser will Schauriges in der Ahnenreihe des englischen Königshauses entdeckt haben: Gemeinsamer Vorfahre von Prinz Charles und Gattin Diana soll ein Prinz Vlad sein, der im 15. Jahrhundert im heutigen Rumänien hauste und als überaus blutrünstig galt. Charles sei mit ihm über eine Urgroßmutter von Königin Elizabeth verwandt, und Lady Di's Linie lasse sich bis zu Vlads Großtanten zurückverfolgen. Wie Reitweiser weiter wissen will, diene Prinz Vlad als Vorbild für die Horrorgeschichten über den Blutsauger Dracula.“
aus: „stern“ 15/85

Absicht oder Dummheit?

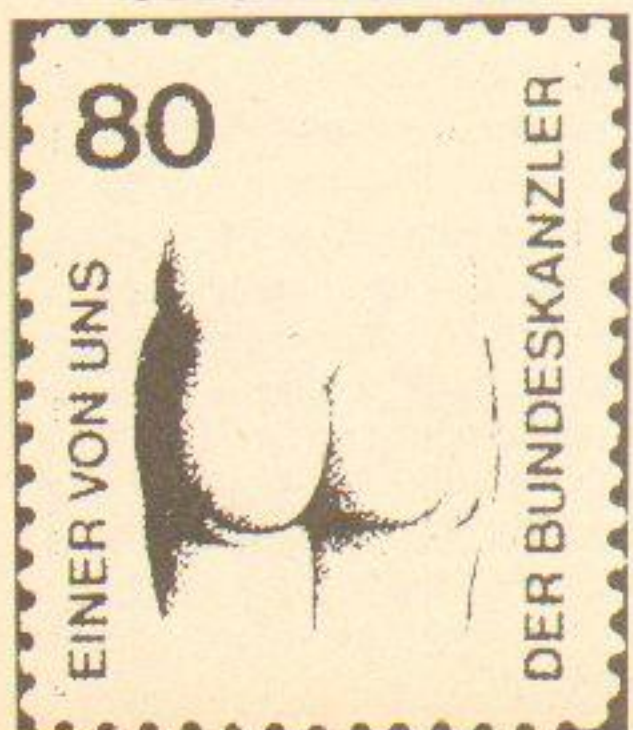
sigung tilnær virkeligheden



Die dänische Zeitung „Søndagsavisen“ druckte dieses Bild von CSU-Chef Franz Josef Strauß und schrieb dazu, daß es sich um den Grünen-Sprecher Rainer Trampert handle. Titel des Artikels: „Vorsichtige Annäherung an die Wirklichkeit.“

aus: „stern“ 15/86

Sonderbriefmarke

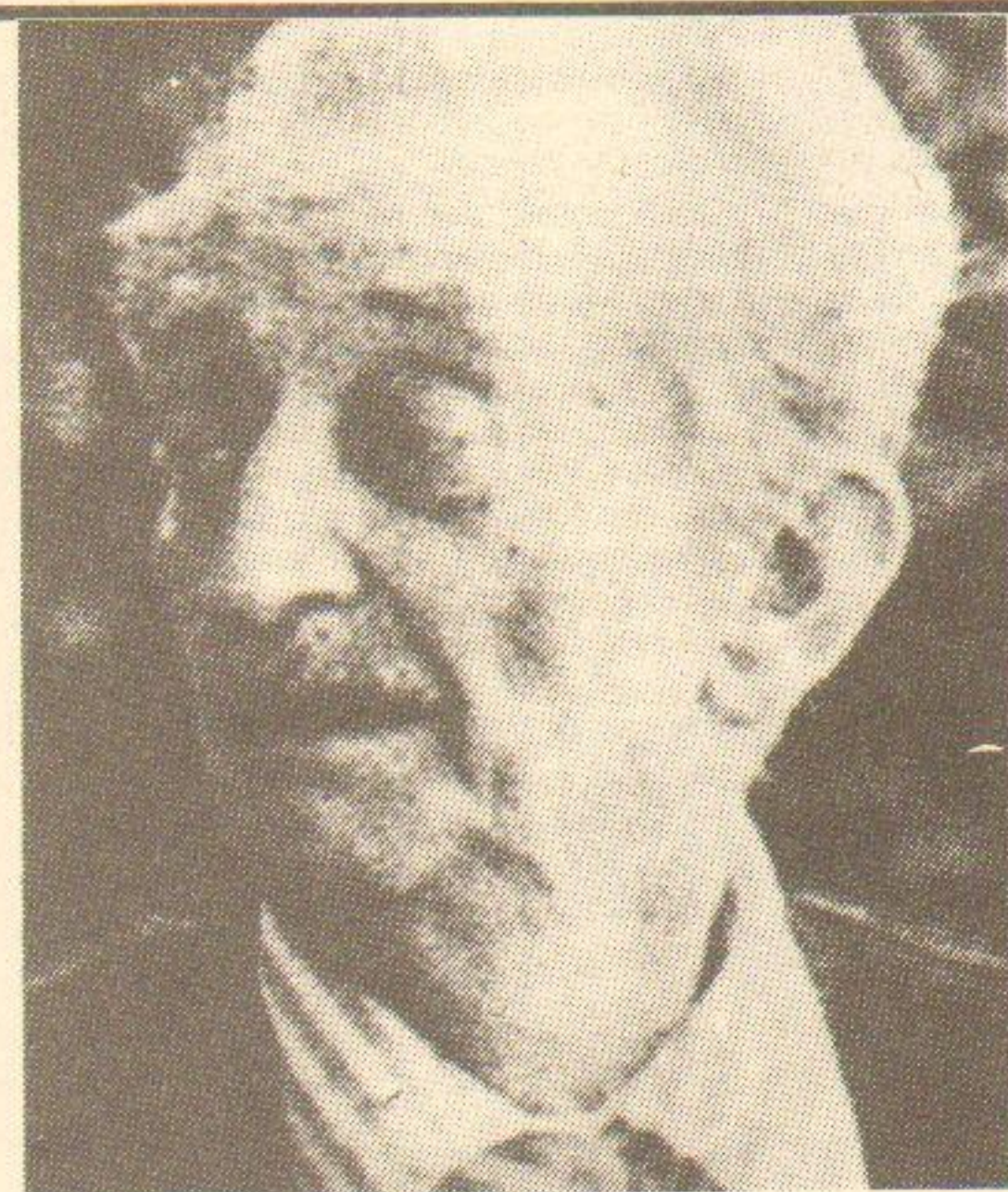


Das Neueste aus dem Berliner Untergrund

Heinrich fürs Grobe Bonn braucht dir

Ein Plädoyer für preußische Hygiene

von JOSEF MENGELE



Alle Welt glaubt, daß der Arzt von Auschwitz tot ist. Doch der Massenmörder lebt. „Ich erfreue mich bester Gesundheit, dort, wo Lummers Millionen

hinfließen“, so der Absender auf dem Brief von Josef Mengele, den der RM aus dem Berliner Untergrund fischte.

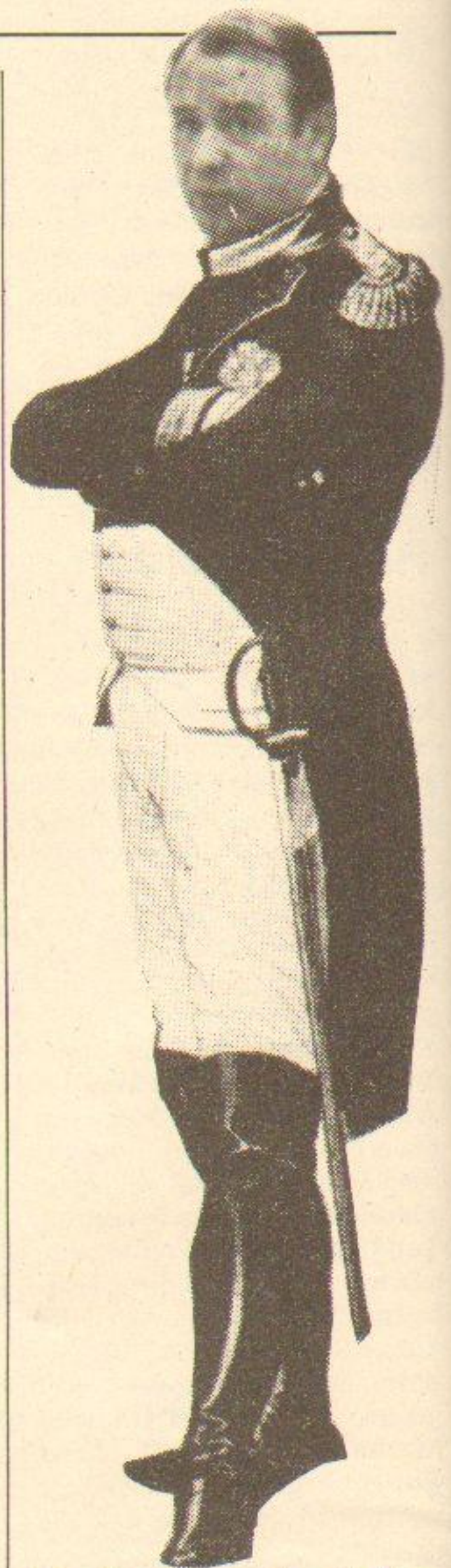
Größen nicht bestechen lassen. Er hat für das Geld, das er bekam, etwas geleistet. Während so manche CDU-Mimose noch in die Windeln schiß, hat Kamerad Lummer als Fluchthelfer deutsche Brüder und Schwestern aus dem Osten befreit. Kamerad Lummer ist ein wahrhaft deutscher Mann. Dieser Arbeitersohn hat sich um das deutsche Volk verdient gemacht.

Kamerad Lummer — dieser Name steht für Rechtsbewußtsein. 2000 Mark soll er laut „Spiegel“

an die „Arbeitsgemeinschaft 17. Juni“ gezahlt haben, damit sie nicht bei den Senatswahlen kandidiert ... Da lacht doch der rechtsradikale Hühnerstall! Hat die Linkspresse denn immer noch nicht kapiert, daß Deutsch-Nationale in Berlin nicht kandidieren dürfen (Besatzer-Terror!)? Hat das Deutsche Reich immer noch nicht kapiert, daß Berlins Rechte sich demnächst eine Regierung kaufen kann, so prall gefüllt ist unser Sparstrumpf mit den Lummer-Groschen ...

Kamerad Lummer — dieses Herz schlägt für die Außenpolitik. Meine Freunde sind auch seine Freunde: Pinochet, Stroessner, Gemayel ... Während Strauß auf die Nigger aufpaßt, von Togo bis Südafrika, liebt Kamerad Lummer die Action des Bürgerkrieges. 17 mal war er bei seinem Freund Gemayel im Libanon. Warum? Um im Pool zu baden, mit dem Fernglas das geteilte Beirut zu sehen? Das kann er auch daheim in der Frontstadt haben. Es spricht für die Käuflichkeit der Lügen gazetten „stern“ und „Spiegel“, daß sie nicht schreiben, was jeder weiß: Kamerad Lummer hat Waffen verkauft. Putsch hat die finanzielle Seite abgewickelt und Kamerad Hoffmann, der Begründer unserer Wehrsportgruppen, hat die Lieferungen organisiert. In ausgedienten Lkws der Bundeswehr, die im Feldzug zur Reinerhaltung der Rasse, gegen die Palästinenser immer noch besser eingesetzt sind als auf der Mülldeponie.

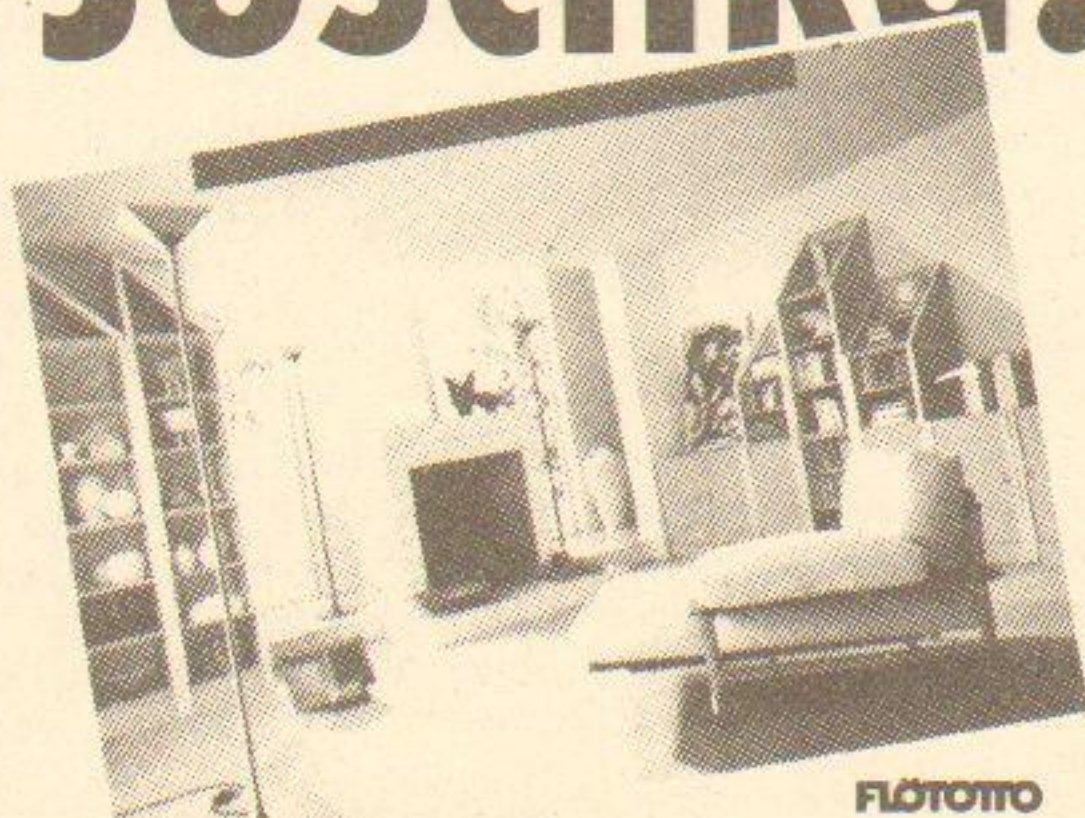
Wenn ich Kamerad Lummer nicht persönlich des öfteren träfe, ich hätte braun gesehen nach seinem Rücktritt. Doch so weiß ich, daß er sich lediglich von einer Last befreite, in die Wanderprediger Weizsäcker ihn zwängte. Heinrich gibt nicht auf. Die Unterwelt hat aus dem Lausbuben einen ganzen Kerl gemacht, der aus Niederlagen zu noch größeren Erfolgen emporsteigt. Ich denke in diesem Augenblick an unseren legendären Führer Adolf, der auch nicht ohne Schlappen ans Ziel kam ...



Der Napoleon des Volksempfindens

Kamerad Lummer — sein Herz schlägt für die Reichshauptstadt — wird erkennen, daß der Weg zum wiedervereinigten Reich heute nur über Bonn führen kann. Er ist der Hoffnungsträger der wehrhaften Demokratie, die mit Führerpersönlichkeiten allzu dürftig bestückt ist. Wer soll das deutsche Volk in seinen Bann ziehen, seit Kamerad Strauß resigniert hat? Die Waschlappen Kohl, Albrecht, Diepgen, Stoltenberg, Späth? Wir brauchen einen Mann, zu dem das Reich wieder emporblicken kann, den die Deutschen verdient haben. Lummie für Bonn! Heinrich, Bonn braucht dir!

PC für Joschka.



„Spiegel“, 7. April 1986

„PC für Joschka“

Die Grünen werden werbewirksam

Wer noch immer daran zweifelte, daß die Grünen in dieser Republik zum „Machtfaktor“ avanciert sind, den belehrte am Montag die Firma „Flötotto“ eines besseren: „PC für Joschka“ heißt die neueste Werbe-Headline, mit der der Spezialist für funktionale Möbel, an dessen „gesundheitsfördernden“ Schreibtischen sich ganze Schülergenerationen abgearbeitet haben, ganzseitig im „Spiegel“ um Käufer wirbt. Die „freie Marktwirtschaft“ hat die Grünen entdeckt, denn grün ist die Hoffnung.

Doch wer jetzt glaubt, daß „PC“ die Abkürzung für eine neue chemische Kunststoffverbindung sei, die eines Tages den Umweltminister in Form von Plastikmöbel-Altlastenbergen beschäftigen wird, der irrt. „PC“ steht für „Personal Color“, von „Joschka-Lind“ bis zum satten „Petra (Kelly)-Dunkel“. Die Werbefritzen von „Flötotto“ blicken durch: Der Hoffnungsträger der Grünen wird zum Hoffnungsträger der danniederliegenden Möbelindustrie. Ob die Firma „Flötotto“ dafür dem Minister im Gegenzug das immer noch spartanisch ausgestattete Ministerbüro regierungsfunktional einrichtet, war gestern in Wiesbaden nicht zu erfahren. „Flötotto“ kann nämlich „in allen Farben der Welt“ liefern, u.a. auch im sozialdemokratischen Rot. Doch nach dem Rau'schen Motto „versöhnen statt spalten“ käme — aus innerparteilichen Gründen — für das Ministerbüro von Joschka Fischer nur eine Farbe in Frage: das Jutta Dittfurth-Giftgrün.

Klaus-Peter Klingelschmitt

Seite 20 - Frankfurter Rundschau



Makaber Witz eines „Spaßvogels“ oder bloß die Gedankenlosigkeit eines für das Anbringen von Schildern verantwortlichen Beamten in der Straßenverkehrsverwaltung? In jedem Fall ist das, was die Kombination der beiden Schilder an einem Pfahl in Lauterbrunnen ausdrückt, leider allzuoft traurige Wirklichkeit: Das Altersheim als Sackgasse. (Bild: AP)

Das Ende

taz, 8. April 1986